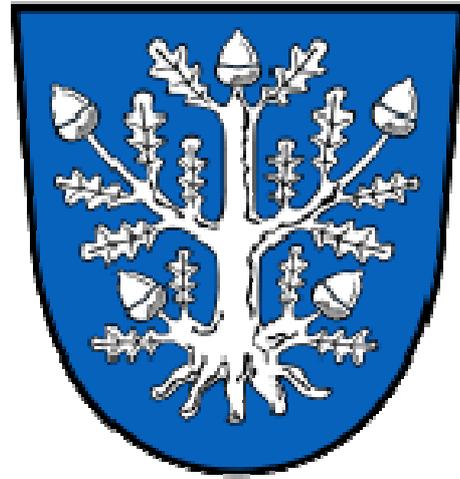


Offenbach am Main



Haushaltssicherungskonzept der Stadt Offenbach für das Haushaltsjahr 2009

**Stadt
Offenbach
am Main**



Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Haushaltssicherungskonzepts (HSK)	4
2. Ursachen für die Entwicklung zu nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalten - Historische Entwicklung	5
2.1 Historische Entwicklung der Ausgaben	6
2.2 Historische Entwicklung der Einnahmen	8
3. Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach	10
3.1. Sicherheit und Ordnung (Produktbereich 02)	12
3.1.1 Statistik und Wahlen	12
3.1.2 Allgemeine Gefahrenabwehr, Verkehrsangelegenheiten	13
3.1.3 KFZ-Zulassung, Fahrerlaubnisse, Melde- und Passangelegenheiten	14
3.1.4 Aufenthaltsangelegenheiten	15
3.1.5 Brandschutz - Gefahrenabwehr, Rettungsdienst	16
3.1.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung	17
3.1.7 Zusammenfassung Produktbereich Sicherheit und Ordnung	18
3.2. Schulträgeraufgaben (Produktbereich 03)	19
3.2.1 Schulen	19
3.2.2 Schülerbeförderung und sonstige schulische Aufgaben	20
3.2.3 Zusammenfassung Schulträgeraufgaben	21
3.3. Kultur und Wissenschaft (Produktbereich 04)	22
3.3.1 Museen und Archiv	22
3.3.2 Kulturförderung	23
3.3.3 VHS	24
3.3.4 Bibliothek	26
3.3.5 Sonstige Aufgaben im Bereich Kultur und Wissenschaft	27
3.3.6 Zusammenfassung Kultur und Wissenschaft	28
3.4. Soziale Leistungen (Produktbereich 05)	29
3.4.1 Eingliederungshilfen	29
3.4.2 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	30
3.4.3 Hilfe in Einrichtungen	31
3.4.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende	32
3.4.5 Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt	33
3.4.6 Soziale Einrichtungen	34
3.4.7 Unterhaltsvorschuss	35
3.4.8 Wohngeld und sonstige delegierte Aufgaben	36
3.4.9 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Soziale Leistungen	37
3.4.10 Zusammenfassung Soziale Leistungen	38
3.5. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 06)	39
3.5.1 Kinder in Tageseinrichtungen	39
3.5.2 Jugendarbeit	42
3.5.3 Erzieherische Hilfen	43
3.5.4 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	44
3.5.5 Zusammenfassung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	45
3.6. Gesundheitsdienste (Produktbereich 07)	46
3.6.1 Gesundheit und Veterinäraufsicht	46
3.7. Sportförderung (Produktbereich 08)	48
3.7.1 Sportförderung	48
3.7.2 Sportstätten und Badeseen	49
3.7.3 Zusammenfassung Sportförderung	50
3.8. Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen (Produktbereich 09)	51
3.8.1 Stadterneuerung	51

3.8.2	Grundstückswertermittlung	52
3.8.3	Raumbezogene Informationssysteme, Flughafenausbau	53
3.8.4	Zusammenfassung Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	54
3.9.	Bauen und Wohnen (Produktbereich 10)	55
3.9.1	Bauaufsicht	55
3.9.2	Grundstücksgeschäfte und Erbbaurechte	56
3.9.3	Verwaltung von Grundstücken, Wohnungsbau, Landwirtschaft	57
3.9.4	Fehlbelegungsabgabe	58
3.9.5	Wohnbauförderung	59
3.9.6	Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Bauen und Wohnen	60
3.9.7	Zusammenfassung Bauen und Wohnen	61
3.10.	Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV (Produktbereich 12)	62
3.10.1	Gemeinde- und Kreisstraßen	62
3.10.2	Landes- und Bundesstraßen	63
3.10.3	Zusammenfassung Verkehrsflächen und –anlagen	64
3.11.	Natur- und Landschaftspflege (Produktbereich 13)	65
3.11.1	Freiflächen und Gewässerschutz	65
3.11.2	Bewirtschaftung des Stadtwaldes	66
3.11.3	Zusammenfassung Natur- und Landschaftspflege	67
3.12.	Umweltschutz (Produktbereich 14)	68
3.12.1	Umweltdienstleistungen	68
3.13.	Wirtschaft und Tourismus (Produktbereich 15)	69
3.13.1	Wirtschaftsförderung, Europaangelegenheiten	69
3.14.	Allgemeine Finanzwirtschaft (Produktbereich 16)	71
3.14.1	Steuern und Finanzwirtschaft	71
3.15.	Innere Verwaltung (Produktbereich 01)	73
3.15.1	Stadtverordnetenversammlung und Magistrat	73
3.15.2	Personalsteuerung	74
3.15.3	Personalvertretung, Gleichstellung, Prüfungen	75
3.15.4	Gebäudeverwaltung	76
3.15.5	Zentrale Dienste	77
3.15.6	Sonstige Aufgaben im Bereich Innere Verwaltung	78
3.15.7	Zusammenfassung Innere Verwaltung	80
3.16.	Zusammenfassung: Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach	81
4.	Personalzahlen und –kosten	85
5.	Investitionen und Finanzierung	88
6.	Städtisches Vermögen (Beteiligungen, Grundstücke) Fehler! Textmarke nicht definiert.	
7.	Kreditaufnahmen, Schuldenstand, Bürgschaften	92
8.	Abstimmung des Haushaltssicherungskonzepts mit den Leitlinien des Innenministeriums	96
9.	Fazit	99

1. Rechtliche Grundlagen und Ziele des Haushaltssicherungskonzepts (HSK)

Das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2009 wird gemäß § 24 Abs. 4 GemHVO-Doppik i. V. m. § 92 Abs. 4 HGO sowie der Auflage 8 der Genehmigung des Haushaltsplans 2008 des Regierungspräsidenten vom 28. Mai 2008 vorgelegt.

§ 92 Abs. 4 HGO stellt fest, dass der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll. Ist der Haushaltsausgleich nicht möglich, ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Es ist von der Gemeindevertretung zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Gem. § 24 Abs. 4 GemHVO sind darin die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Weiterhin hat es verbindliche Festlegungen über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Konsolidierungszeitraum zu enthalten.

Mit der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes durch den Magistrat, dem Beschluss des Konzepts durch die Stadtverordnetenversammlung und der Vorlage bei dem Regierungspräsidium Darmstadt erfüllt die Stadt Offenbach am Main ihre aus § 92 Abs. 4 HGO resultierende Verpflichtung.

Strukturell orientiert sich das HSK an den Vorgaben des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport (HMdIuS) vom 03.08.2005, Staatsanzeiger Seite 3261, der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden.

In der Gesetzesbegründung (Hessischer Landtag Drs. 16/2463) wird zum Thema Haushaltssicherungskonzept folgendes aufgeführt:

„Das HSK ist ein Instrument zur Festlegung der Konsolidierungslinie und der dafür notwendigen Maßnahmen. Es muss Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Konsolidierungszeitraum. Wegen der Bedeutung ausgeglichener Haushalte für eine stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde ist das Haushaltssicherungskonzept von der Gemeindevertretung zu beschließen. Es ist der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen, weil es wichtige Informationen zur Beurteilung der Frage enthält, ob die Haushaltsgenehmigungen nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt werden können.“

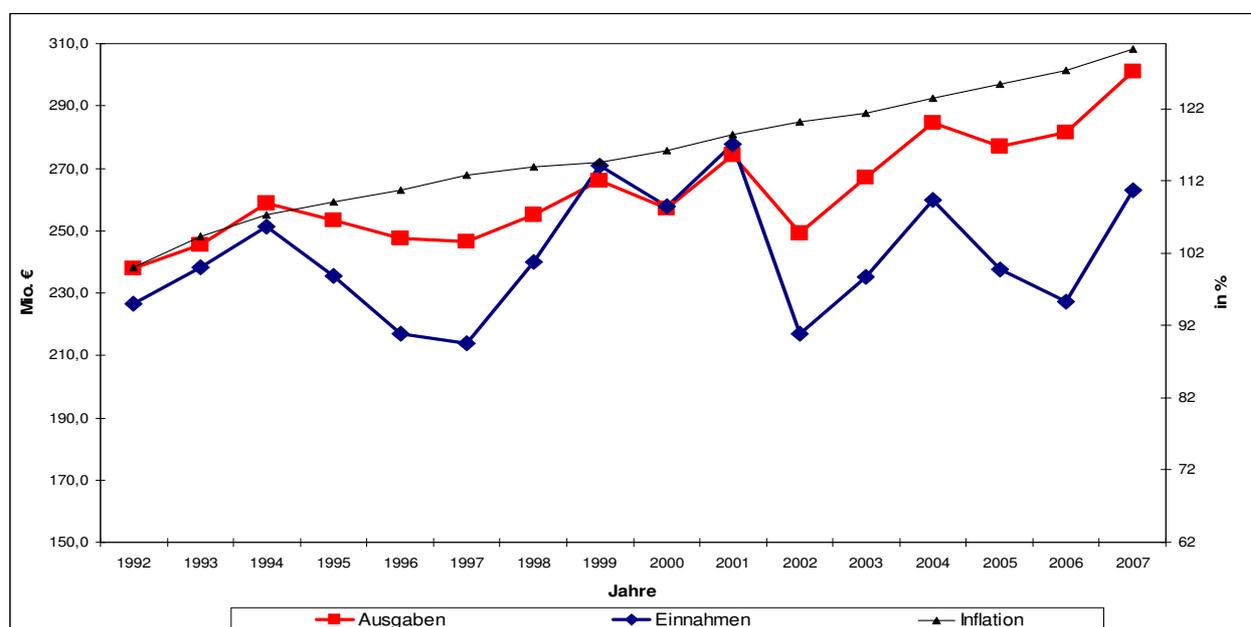
Die Stadt Offenbach hat erstmals 1992 und von da an jährlich bis zum Jahr 2000 aufgrund der defizitären Haushalte Haushaltssicherungskonzepte (früher auch als Haushaltssanierungskonzepte bezeichnet) erstellt. Bis 2005 entfiel dies aufgrund positiver Prognosen, die sich aus 1999/2000/2001 durch Haushaltsüberschüsse ergeben haben. Seit dem Jahr 2002 sind die Offenbacher Haushalte wieder defizitär. Seit 2006 ist wieder jährlich ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen.

2. Ursachen für die Entwicklung zu nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalten - Historische Entwicklung

Hauptursache für die außerordentliche Verschlechterung der Finanzlage seit 1992 war der strukturelle Wandel in Offenbach. Traditionsreiche Industrieunternehmen schrumpften, bauten Arbeitsplätze ab oder schlossen ihre Tore ganz. Die Folge waren stark steigende Sozialkosten gepaart mit stagnierenden und teilweise dramatisch sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Steuer- und Sozialgesetzgebung verschärfte diese Entwicklung. Diverse Unternehmensteuerreformen führten zu einer weiteren Reduzierung des Gewerbesteueraufkommens, die Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit zu einer Erhöhung der von der Kommune abzuführenden Gewerbesteuerumlage.

Abbildung 1

Haushaltsentwicklung - Gesamtplan Verwaltungshaushalt



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Einnahmen	226,5	238,1	251,2	235,5	216,9	214,0	240,0	270,9	257,8	277,7	216,9	235,0	260,0	237,5	227,3	262,9	
Ausgaben	237,7	245,3	258,9	253,4	247,5	246,6	255,1	266,1	257,1	274,2	249,3	267,1	284,4	277,2	281,4	301,2	
Deckung (in %)	95,3	97,1	97,1	93,0	87,7	86,8	94,1	100,0	100,0	100,0	87,0	88,0	91,4	85,7	80,8	87,3	
Defizit (-) / Überschuss	-11,3	-7,2	-7,6	-17,8	-30,6	-32,6	-15,0	4,8	0,7	3,5	-32,5	-32,1	-24,4	-39,7	-54,1	-38,3	
Ausgabensteigerung gegenüber in %	1992	0,0	3,2	8,9	6,6	4,1	3,7	7,3	11,9	8,1	15,3	4,9	12,4	19,6	16,6	18,3	26,7
	Vorjahr	0,0	3,2	5,5	-2,1	-2,3	-0,4	3,4	4,3	-3,4	6,7	-9,1	7,1	6,5	-2,6	1,5	7,1
Inflation	Index 1992	100	104,39	107,27	109,15	110,65	112,78	113,91	114,54	116,17	118,42	120,18	121,43	123,43	125,31	127,32	130,2

Erläuterungen:

1992-2007 = Rechnungsergebnisse

Alle Ausgaben sind bereinigt um die Altdefizite

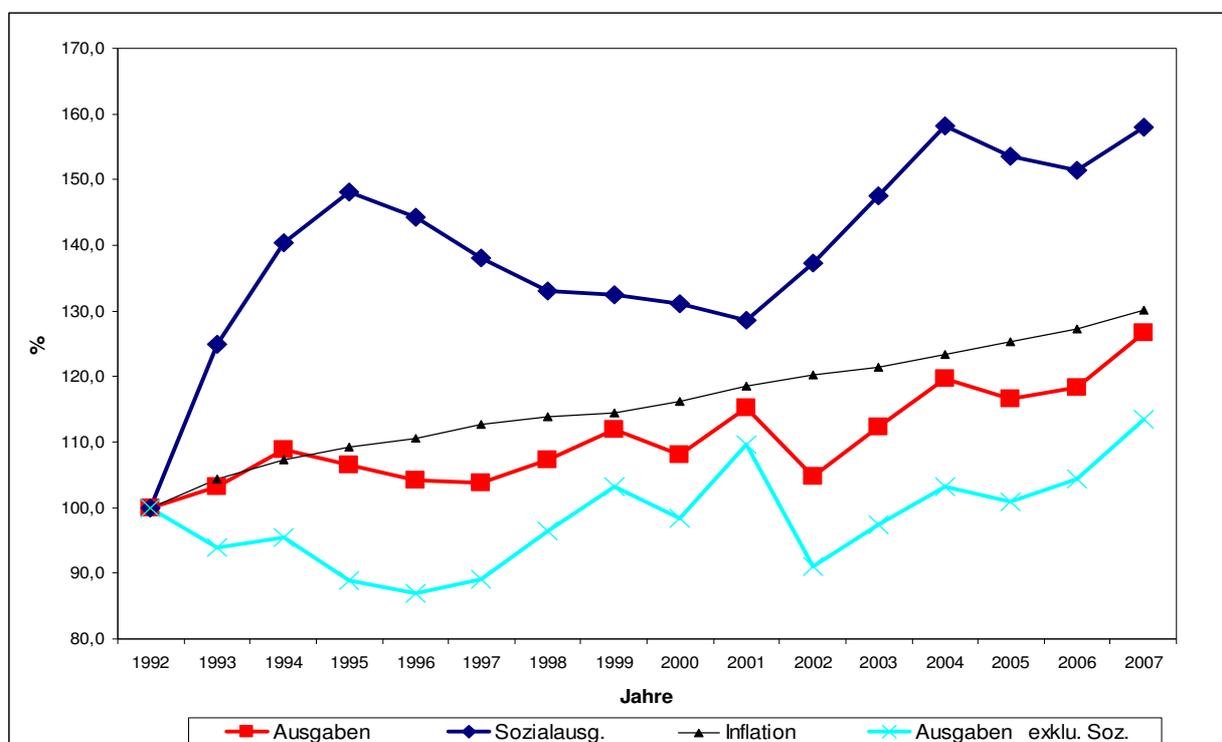
Die Ausgaben wuchsen im Durchschnitt kontinuierlich schneller als die Einnahmen (siehe Abbildung 1). Trotz außerordentlicher Anstrengungen gelang eine dauerhafte und nachhaltige Sanierung nicht. Weder die Gewerbesteuereinnahmen (hier waren die Jahre 1999 - 2001 die Ausnahme) noch die anteiligen Einkommensteueranteile verzeichneten nennenswerte Steigerungen. Die Gesamteinnahmen des Jahres 2006 lagen auf dem Niveau des Jahres 1992; und selbst die 2007 stark steigende Allgemeine Finanzzuweisung führte nicht dazu, das Niveau von 1999 zu übertreffen.

2.1 Historische Entwicklung der Ausgaben

Strikte Haushaltsdisziplin kennzeichnet die Ausgabenpolitik Offenbachs seit vielen Jahren. Aufwendungen wurden wo immer möglich abgebaut, zusätzliche Aufwendungen nur bei Unabweisbarkeit (durch Sozialgesetze, Verpflichtungen für Bau und Betrieb von Kindergärten, Tarifsteigerungen für Personalkosten, Energie etc.) in den Haushalt aufgenommen. Dass das Defizit in Offenbach strukturelle Gründe hat und nicht auf unwirtschaftliches Verwaltungshandeln zurückzuführen ist, wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach festgestellt (u.a. in der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofs im „Vierzehnten zusammenfassenden Bericht zur Konsolidierungsprüfung der Großstädte Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden“ (Hessischer Landtag Drs. 16/3243) sowie in den Haushaltsgenehmigungen der Kommunalaufsicht für 2006-2008). Dennoch stiegen zwischen 1992 und 2007 die Gesamtausgaben der Stadt Offenbach von 237,7 Mio. € auf 301,2 Mio. € um 26,7 % an. Insgesamt bewegte sich die Ausgabensteigerung aber unterhalb der Inflationsrate (Abbildung 2).

Indexierte Ausgabenentwicklung

Abbildung 2



Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Ausgaben	100,0	103,2	108,9	106,6	104,1	103,7	107,3	111,9	108,1	115,3	104,9	112,4	119,6	116,6	118,3	126,7
Sozialausg.	100,0	125,0	140,4	148,2	144,4	138,1	133,0	132,4	131,1	128,7	137,4	147,5	158,3	153,5	151,4	158,0
Ausgaben exkl. Soz.	100,0	94,0	95,5	88,9	87,0	89,2	96,4	103,3	98,4	109,7	91,1	97,5	103,3	101,0	104,3	113,4
Inflation	100,0	104,4	107,3	109,1	110,7	112,8	113,9	114,5	116,2	118,4	120,2	121,4	123,4	125,3	127,3	130,2

Erläuterungen:

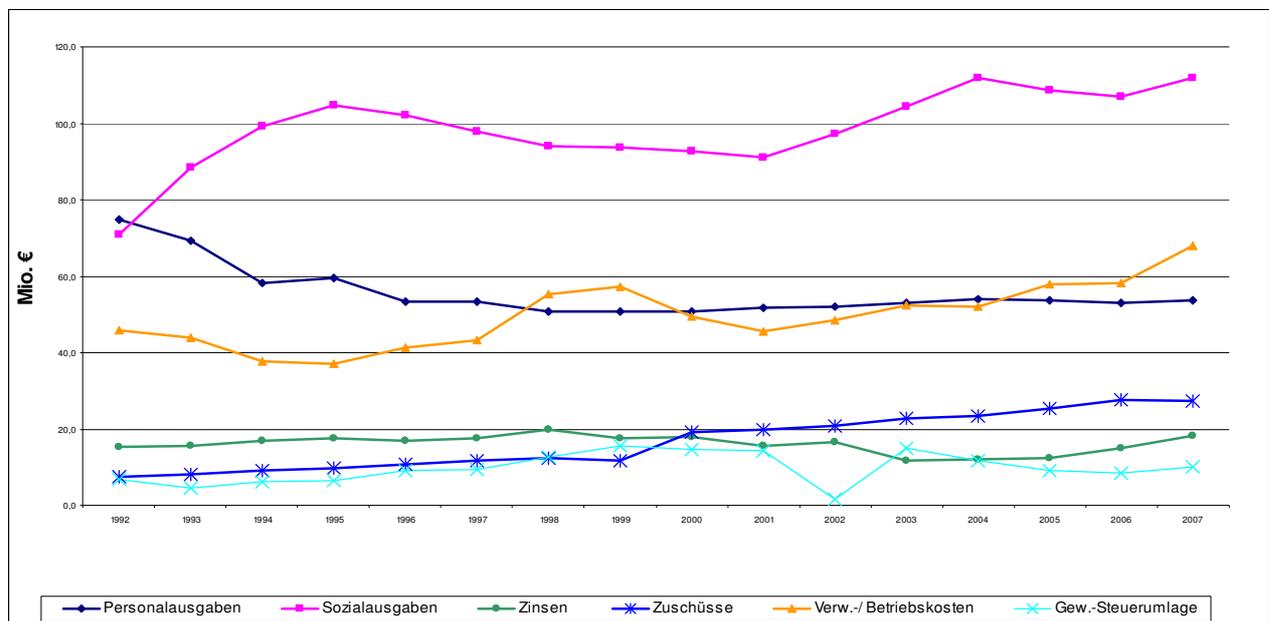
Einnahmen u. Ausgaben indiziert (Basisjahr 1992)
 Alle Ausgaben sind bereinigt um die Altdefizite

Diese Abbildung macht auch die besondere Bedeutung der Sozialausgaben sichtbar. Die Entwicklung der Sozialausgaben insgesamt liegt deutlich über der Inflationslinie, während die Gesamtausgaben exklusive Sozialausgaben sich deutlich darunter bewegen.

Die Entwicklung der Hauptausgabegruppen sind in Abbildung 3 dargestellt.

Entwicklung der Hauptausgabegruppen (in Mio. €)

Abbildung 3



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Gesamtausgaben	237,7	245,3	258,9	253,4	247,5	246,6	255,1	266,1	257,1	274,2	249,3	267,1	284,4	277,2	281,4	301,2
Personalausgaben	74,7	69,3	58,1	59,5	53,3	53,5	50,8	50,6	50,6	51,6	52,2	53,1	53,9	53,7	52,9	53,5
Sozialausgaben	70,7	88,4	99,3	104,8	102,1	97,7	94,1	93,7	92,7	91,0	97,2	104,4	112,0	108,6	107,1	111,8
davon reine Sozialausgaben	55,6	73,6	83,4	90,5	88,4	83,6	79,0	76,8	75,0	73,0	79,0	89,0	95,2	48,9	41,4	45,6
davon LWV	15,1	14,8	15,9	14,3	13,7	14,1	15,1	16,9	17,7	18,0	18,2	15,4	16,8	19,1	19,1	19,8
davon KdU														40,6	46,6	46,4
Zinsen	15,2	15,6	16,8	17,6	17,0	17,7	19,8	17,6	17,9	15,7	16,5	11,8	12,1	12,5	15,1	18,1
Gew.-Steuerumlage	7,0	4,6	6,0	6,4	9,2	9,4	12,7	15,6	14,5	14,3	1,5	14,9	11,8	9,2	8,6	10,2
Zuschüsse (Vereine, Verbände)	7,4	8,3	9,2	9,6	10,8	11,9	12,4	11,6	19,2	19,8	20,9	22,9	23,5	25,5	27,8	27,2
Verwaltungs/Betriebskosten excl. KdU	45,9	43,9	37,6	37,1	41,1	43,1	55,4	57,4	49,4	45,6	48,4	52,4	52,1	58,0	58,3	67,8

Die Ausgaben für die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtransfers sowie für die Kosten der Unterkunft sind seit 1992 kontinuierlich um fast 60 % von 70,7 Mio. € auf 111,8 Mio. € angestiegen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Zahlungen an den Landeswohlfahrtsverband. Diese erhöhten sich seit 1992 von 15,1 Mio. € auf 19,8 Mio. €. Zu den Sozialausgaben wurden auch die Kosten der Unterkunft (Folge der Hartz-IV-Gesetzgebung) hinzugerechnet, die haushaltstechnisch allerdings als Verwaltungs- und Betriebsausgaben ausgewiesen werden. Diese bewegen sich in 2007 bei ca. 46,0 Mio. €.

Die Zinsausgaben haben sich seit 1992 relativ gering erhöht, obwohl die Summe aus langfristigen Verbindlichkeiten und Kassenkrediten sich beinahe verdoppelte (vgl. Kapitel 7). Hier spiegelt sich das deutlich gesunkene Zinsniveau wieder.

Die Personalausgaben, die in 1992 noch bei 74,7 Mio. € gelegen haben, konnten trotz Tarifsteigerungen im Jahr 2007 auf 53,5 Mio. € gesenkt werden. Der Sanierungserfolg von insgesamt 21,2 Mio. € ist eine erfreuliche Entwicklung. Die deutliche Senkung der Personalkosten ist auch auf die erfolgten Ausgliederungen seit 1992 zurückzuführen. Danach beträgt die eingesparte Summe seit 1992 insgesamt 308,9 Mio. € (Quelle: Personalbericht 2008, Tabelle 3.1).

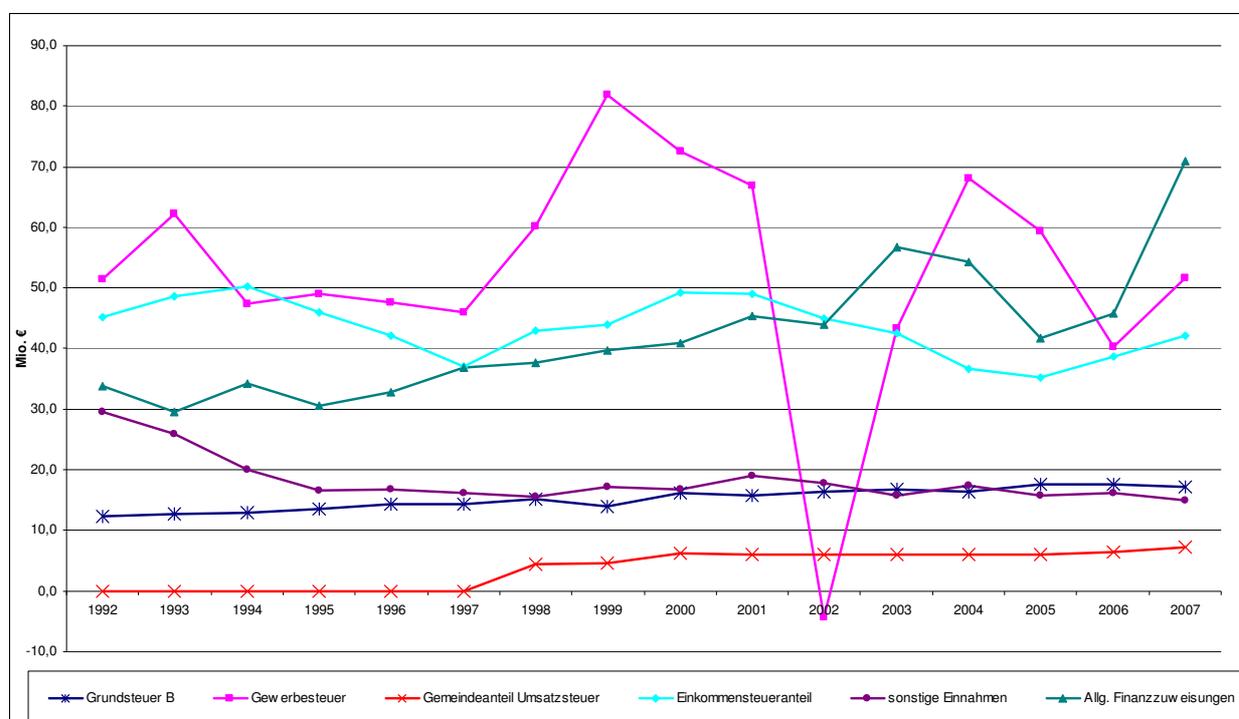
Ausführliche Information zur Bevölkerungs-, Bildungs- und Sozialstruktur in Offenbach geben der im Intranet der Stadt Offenbach eingestellte Sozialbericht 2007 (www.offenbach.de/stepone/data/pdf/cc/0e/00/sozialbericht2007.pdf) sowie der Bericht 2006 zur Erziehung und Bildung in Offenbach (www.offenbach.de/stepone/data/pdf/7a/0c/00/ebo20062.pdf).

2.2 Historische Entwicklung der Einnahmen

Im Zeitraum von 1992 bis zum Jahr 2007 sind die Gesamteinnahmen von 226,5 Mio. € auf 262,9 Mio. € gestiegen – ein Anstieg um 16 %. Die Entwicklung der Haupteinnahmegruppen sind in Abbildung 4 dargestellt. Während die städtischen Einnahmen von 1992 an kontinuierlich stiegen, sind vor allem bei den wesentlichen Einnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer und der Gebühren und Entgelte seit 1997 starke Schwankungen zu verzeichnen.

Entwicklung der Haupteinnahmegruppen (in Mio. €)

Abbildung 4



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Gesamteinnahmen	226,5	238,1	251,2	235,5	216,9	214,0	240,0	270,9	257,8	277,7	216,9	235,0	260,0	237,5	227,3	262,9
Grundsteuer B	12,4	12,6	12,9	13,6	14,3	14,4	15,1	13,9	16,1	15,7	16,3	16,8	16,4	17,5	17,7	17,1
Gewerbesteuer	51,5	62,1	47,5	49,0	47,6	46,1	60,1	82,0	72,6	66,8	-4,3	43,4	68,0	59,4	40,3	51,6
Gemeindeant. Umsatzsteuer	0	0	0	0	0	0	4,3	4,5	6,2	6,1	6,1	6,0	6,0	6,1	6,4	7,3
Einkommensst. Anteil	45,1	48,6	50,3	45,9	42,2	37,1	42,9	44,0	49,3	49,1	45,0	42,5	36,7	35,3	38,6	42,1
sonstige Einnahmen	29,5	26,0	20,0	16,7	16,9	16,1	15,5	17,2	16,7	19,0	17,8	15,7	17,4	15,7	16,1	15,0
davon sonstige Steuern	2,0	2,2	2,3	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,3	6,2	2,1	1,9	1,9	1,8	1,8	0,7
davon Gebühren / Entgelte	15,9	16,6	7,0	7,3	7,3	6,1	7,0	7,4	7,3	7,5	7,0	7,3	7,8	6,7	7,3	6,9
davon Konzessionsabgaben	11,6	7,2	10,7	7,0	7,3	7,9	6,5	7,6	7,1	5,4	8,7	6,4	7,8	7,1	7,0	7,4
Allgemeine Finanzaufwendungen	33,7	29,6	34,3	30,5	32,8	36,8	37,6	39,6	41,0	45,3	44,0	56,7	54,4	41,7	45,8	71,0

nachrichtlich

GewSt. an Gesamteinnahme	22,7	26,1	18,9	20,8	21,9	21,5	25,0	30,3	28,1	24,1	-2,0	18,5	26,2	25,0	17,7	19,6
Allg. Finanzaufw. an Gesamt	14,9	12,4	13,6	13,0	15,1	17,2	15,7	14,6	15,9	16,3	20,3	24,1	20,9	17,6	20,2	27,0

Besonders hervorzuheben ist hier der dramatische Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen von 2001 auf 2002 um 71,0 Mio. €. Aufgrund der guten Konjunktur betrug sie in 2007 wieder 51,6 Mio. €, allerdings ist damit lediglich wieder das Niveau von 1992 erreicht.

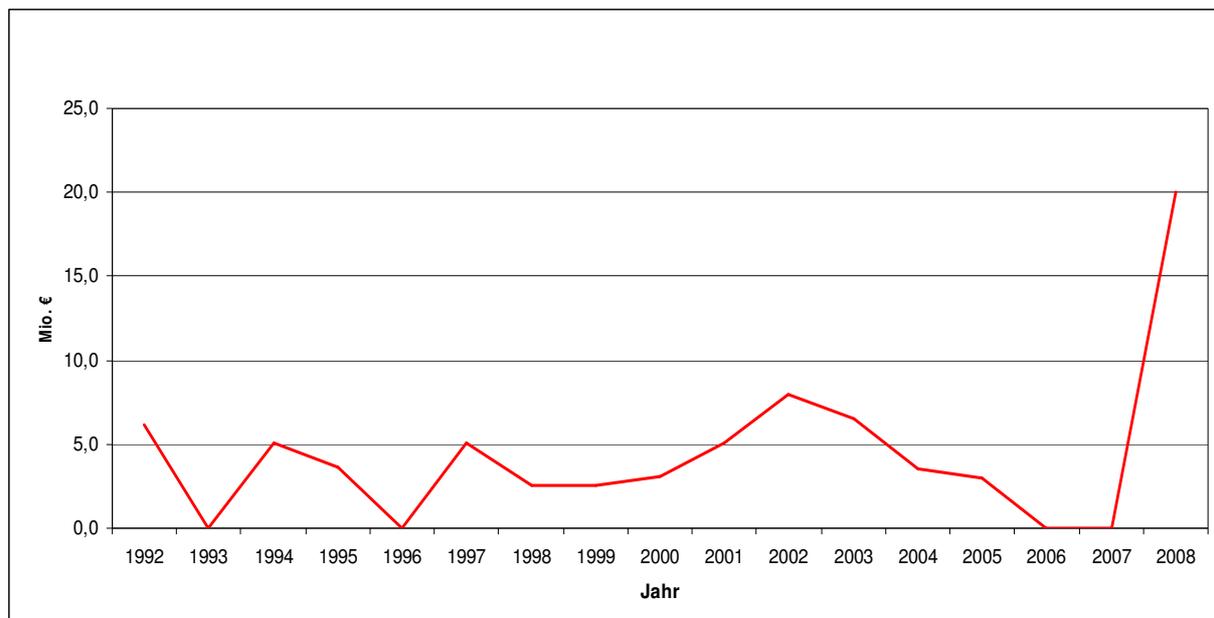
Im gleichen Zeitraum ist die Grundsteuer B von 12,4 Mio. € auf 17,1 Mio. € um 37 % gestiegen, der Einkommensteueranteil ist dagegen von 45,1 Mio. € auf 42,1 Mio. € zurückgegangen.

Zur größten Einnahmeposition mit der stärksten Zuwachsrate hat sich der gestiegene Anteil an den Landessteuern, die sogenannten Schlüsselzuweisungen entwickelt. Sie stiegen im Betrachtungszeitraum 1992 bis 2007 fast 40,0 Mio. € auf 71,0 Mio. € und erreichten somit eine Steigerungsrate von 110 %. Dies reichte aber nicht aus, um die gestiegenen Ausgaben auszugleichen.

Auch die Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock (Abbildung 5) in den vergangenen Jahren konnten die Deckungslücke nicht schließen. Sie schwankten zwischen 2001 und 2004 zwischen 3,0 Mio. € und 8,0 Mio. €, für 2005 und 2006 wurden insgesamt 20,0 Mio. € angewiesen, der Geldeingang erfolgte im Januar 2008.

Zuweisungen Landesausgleichsstock

Abbildung 5



Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Mio. €	6,1	0,0	5,1	3,6	0,0	5,1	2,6	2,6	3,1	5,1	8,0	6,5	3,5	3,0	0,0	0,0	20,0

Rechnungsergebnisse = Jahr des Zugangs

3. Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach

Die seitens der Stadt Offenbach zu erbringenden Aufgaben bzw. Leistungen sind durch Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes Hessen festgelegt (vgl. hierzu u.a. HGO §§ 4, 4a, 19, 51 und 66). Die weit überwiegende Zahl der seitens der Stadt zu erbringenden Leistungen ist der Art und der Höhe nach festgelegt, die sogenannten Pflichtleistungen. Weitere seitens der Stadt zu erbringende Leistungen, insbesondere im Bereich der Kultur und des Sport, sind der Art, nicht aber der Höhe nach durch Vorschriften fixiert, die sogenannten freiwilligen Leistungen.

In diesem Kapitel werden die wesentlichen seitens der Stadt Offenbach erbrachten Leistungen im Detail dargestellt; auch sind Maßnahmen zu identifizieren und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, die geeignet sind, das Haushaltsdefizit bei gleichzeitiger Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung zu mindern (oder gar abzubauen). Als Maßnahmen kommen insbesondere in Betracht:

- Einhalten des Kostendeckungsprinzip in gebührenrelevanten Bereichen
- Reduzierung von freiwilligen Leistungen
- Abbau von kommunalen Leistungen
- Kooperationen auf kommunaler Ebene
- Hauswirtschaftliche Sperrungen gemäß § 114n HGO.

Die nachfolgenden Erörterungen beziehen sich auf die Ergebnisrechnung und den Produkthaushalt entsprechend dem Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem (NKRS). Die Darstellung folgt der Gliederung des Produktbuchs und den dort aufgeführten Bezeichnungen der Produktbereiche. Dies ermöglicht sowohl eine direkte Gegenüberstellung von spezifischen Aufwendungen und Erträgen meist auf Produktebene als auch eine Abwägung der Gestaltungsmöglichkeiten im Detail. Hiermit wird auch den durch die Einführung der Doppik gegebenen neuen Möglichkeiten Rechnung getragen.

Abweichend von der Gliederung des Produktbuchs erfolgt die Darstellung der Aufwendungen und Erträge der Allgemeinen Verwaltung (Produktbereich 01), d.h. der Steuerung der Verwaltung als abschließendes Kapitel zusammen mit der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Dies erscheint sinnvoll, da erst durch die Festlegung der seitens der Stadt zu erbringenden Leistungen der hierfür benötigte Umfang der inneren Verwaltung zu beurteilen ist.

Die im Rahmen des Produktbereich 11 (Ver- und Entsorgung) festgelegten Leistungen werden durch ausgegliederte, privatrechtlich geführte Unternehmen erbracht. Sie erscheinen deshalb nicht im Haushaltsplan. Nähere Informationen zu den Beteiligungen der Stadt Offenbach geben die Beteiligungsberichte, die im Internet abgerufen werden können.

Jedes Kapitel zeigt die Aufwendungen und Erträge des Produkts sowie die Darstellung des erzielten Kostendeckungsgrads, teilweise sind sie in Produktbündeln zusammengefasst. Den Abschluss bildet eine Übersicht über den Produktbereich.

Die Angaben für das Jahr 2007 basieren auf dem Rechnungsergebnis (RE) und die für das Jahr 2008 auf dem von der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2007 beschlossenen Haushalt. Die Angaben für 2009 – 2012 entsprechen den Ansätzen im Entwurf des Haushaltsplans 2009 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung. Da es sich bei dem Rechnungsergebnis 2007 um die kamerale, ab 2008 um die doppische Darstellung handelt, sind die Zahlen in einigen Fällen nur bedingt vergleichbar. Das Rechnungsergebnis 2007 kann jedoch als Orientierung dienen.

Grundlage für die Einteilung in die verschiedenen Ertrags- und Aufwandsgruppen bildeten die Kontengruppen laut Kommunalem Verwaltungskontenrahmen. Der Übersichtlichkeit wurden sie zusammengefasst, nachfolgende Erläuterung zeigt exemplarisch enthaltene Sachkonten:

Die privatrechtlichen und sonstige Erträge setzen sich aus Umsatzerlösen, Mieten, Pachten, Erbbauzinsen, Fehlbelegungsabgabe, Konzessionsabgaben, Erträgen aus Schadenersatzleistungen, Mahngebühren, Eintrittsgeldern etc. zusammen.

Unter Gebühren fallen u.a. Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren, Erträge aus Buß- und Verwarnungsgeldern.

Bei der Kostenerstattung handelt es sich vor allem um Zuweisungen von Land, Bund, EU, überlassene Verwaltungskosten oder übergeleitete Unterhaltsansprüche.

Zu dem inneren und kalkulatorischen Ertrag und Aufwand gehören interne Leistungen von bzw. für andere Organisationseinheiten.

Der Personalaufwand beinhaltet neben den Dienst- und Amtsbezügen, den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, den Versorgungsbezügen der Beamten und Arbeitnehmer auch die Beihilfen an Versorgungsempfänger sowie die Zusatzversorgung und weitere Personalnebensausgaben. Dabei berücksichtigt die Entwicklung der Personalaufwendungen neben den personellen Veränderungen auch die Tarifentwicklung. In der Planung 2008 wurden für beide Bedienstetengruppen je 2,0 % veranschlagt. Weiterhin ist im Planansatz 2008 die Zuführung zum Pensionsfond (rund 1,3 Mio. €) enthalten, der auf alle Unterabschnitte der Versorgungsaufwendungen verteilt ist. An Besoldungserhöhungen sind im Jahr 2009 für die Beamten / Beamtinnen 3,0 % und die Beschäftigten 3,2 % (2,8 % zzgl. Einmalzahlung) eingeplant. Die Personalkosten der Folgejahre 2010 bis 2013 sind als mittelfristige Finanzplanung pauschal mit 1,5 % - soweit es sich um beeinflussbare Aufwendungen handelt – hochgerechnet.

Die Sach-, Dienst- und sonstigen Leistungen bestehen vor allem aus Aufwendungen für Mieten, Pachten, Energie, Wasser, Abwasser, Instandhaltungsaufwand und Abschreibungen.

Zu den Zuschüssen und Umlagen gehören insbesondere die Sozialhilfeleistungen, die Grundsicherung, die Leistungsbeteiligung an den Leistungen der Kosten und Unterkunft und Eingliederung für Arbeitsuchende und Zuschüsse für freie Träger im Rahmen von Tageseinrichtungen für Kinder.

3.1. Sicherheit und Ordnung (Produktbereich 02)

3.1.1 Statistik und Wahlen

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.01.01 Statistik
- 02.01.02 Untersuchungen/Analysen (Erstellung steuerungsrelevanter Berichte zur Kommunalstatistik)
- 02.01.03 Wahlen und Abstimmungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	760	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	36.000	50.000	15.000	15.000	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	2.990	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
Summe Erträge	3.750	39.000	53.000	18.000	18.000	3.000
Personalaufwand	-277.647	-320.738	-341.956	-283.753	-348.753	-262.650
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-20.860	-80.937	-107.070	-130.067	-125.567	-38.840
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-298.507	-401.675	-449.026	-413.820	-474.320	-301.490
Produktsaldo	-294.757	-362.675	-396.026	-395.820	-456.320	-298.490
Kostendeckungsgrad	1,3%	9,7%	11,8%	4,3%	3,8%	1,0%

Diese Produktgruppe stellt eine Pflichtaufgabe dar. Die Aufwandsentwicklung ist abhängig von den jeweils im Jahr stattfindenden Wahlen und variiert entsprechend. Für die in 2009 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag werden die Kosten auf der Basis von Pauschalen bezogen auf Wahlberechtigte erstattet. Die Erstattungsbeträge decken erfahrungsgemäß allenfalls 60,0 % der tatsächlichen Kosten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Wahlorganisation in Offenbach im Vergleich zu anderen Städten sehr kosteneffizient arbeitet und die von der Kommune zu tragenden Wahlkosten deutlich unter denen von Vergleichsstädten liegen. Das war u. a. Ergebnis der letzten vergleichenden Prüfung des Landesrechnungshofes. Eine Erhöhung der Erträge ist wegen der feststehenden Pauschalsätze nicht möglich.

Der Personalaufwand steigt in 2008 durch eine Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase und in 2009 durch eingeplante externe Personalkosten aufgrund der bevorstehenden Wahlen.

Die Kostendeckung des Produktbündels steigt im Wahljahr 2009 auf 11,8 %.

3.1.2 Allgemeine Gefahrenabwehr, Verkehrsangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.01 Allgemeine Gefahrenabwehr
- 02.02.02 Ordnungsrechtliche Dienstleistungen
- 02.02.03 Verkehrsangelegenheiten

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	4.205	4.540	4.540	4.540	4.540	4.540
Gebühren	3.223.851	3.781.800	3.908.480	3.908.480	3.908.480	3.908.480
Kostenerstattung	-37.008	136.140	145.140	145.140	145.140	145.140
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	19.200	23.380	23.380	23.380	23.380	23.380
Summe Erträge	3.210.247	3.945.860	4.081.540	4.081.540	4.081.540	4.081.540
Personalaufwand	-2.656.877	-2.631.060	-2.664.400	-2.704.100	-2.704.100	-2.743.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-957.961	-1.233.270	-1.151.840	-1.151.840	-1.151.840	-1.151.840
Zuschüsse, Umlagen	-100.000	-100.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-10.443	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
Summe Aufwendungen	-3.725.282	-3.982.330	-3.944.240	-3.983.940	-3.983.940	-4.023.740
Produktsaldo	-515.034	-36.470	137.300	97.600	97.600	57.800
Kostendeckungsgrad	86,2%	99,1%	103,5%	102,4%	102,4%	101,4%

Diese Pflichtaufgaben werden ab 2009 insgesamt kostendeckend erfüllt. Im Bereich der Verkehrsangelegenheiten sind die Erträge doppelt so hoch wie die Aufwendungen. Dank technischer und personeller Investitionen bei der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs können die Erträge stabil bei 4,1 Mio. € gehalten werden.

Die Verwaltungsgebühren werden jährlich überprüft und mit dem vorgegebenen Rahmen der Verwaltungsgebührenordnung sowie den Gebührensätzen der Nachbarstädte verglichen. Dabei wird ein sozialverträgliches Mittelmaß gewählt.

3.1.3 KFZ-Zulassung, Fahrerlaubnisse, Melde- und Passangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.04 Zulassung von Fahrzeugen
- 02.02.05 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen
- 02.02.06 Melde,- Pass- und Lohnsteuerangelegenheiten

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	1.934.273	2.163.000	2.163.000	2.163.000	2.163.000	2.163.000
Kostenerstattung	1.500	33.710	33.710	33.710	33.710	33.710
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.935.773	2.196.710	2.196.710	2.196.710	2.196.710	2.196.710
Personalaufwand	-1.908.574	-2.099.433	-2.206.093	-2.238.656	-2.238.656	-2.271.991
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-842.670	-973.780	-975.070	-975.070	-975.070	-940.070
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-142.840	-162.800	-162.800	-162.800	-162.800	-162.800
Summe Aufwendungen	-2.894.084	-3.236.013	-3.343.963	-3.376.526	-3.376.526	-3.374.861
Produktsaldo	-958.311	-1.039.303	-1.147.253	-1.179.816	-1.179.816	-1.178.151
Kostendeckungsgrad	66,9%	67,9%	65,7%	65,1%	65,1%	65,1%

Bei den o.g. Pflichtaufgaben handelt es sich um Aufgaben, für die die Stadt Offenbach im Auftrag des Bundes und des Landes Hessen aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen zuständig ist.

Die Gebühren sind bundesweit durch den Bund oder das Land Hessen festgesetzt und können von der Gemeinde nicht beeinflusst werden. Die Erträge aus den Gebühren decken zwar insgesamt die Sachleistungen, jedoch nur teilweise die Personalaufwendungen, so dass beispielsweise bei den Melde- Pass- und Lohnsteuerangelegenheiten ein Kostendeckungsgrad von nur 42,8 % erzielt wird, wohingegen bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen eine Kostendeckung gegeben ist. Ein entscheidender Unterschied besteht darin, dass im Bereich der Kfz-Zulassung alle Dienstleistungen gebührenpflichtig sind, aber im Melde-, Pass- und Lohnsteuerbereich eine Vielzahl gebührenfreier Dienstleistungen vorkommen. Beispiele sind das Ausstellen von Lohnsteuerkarten, Meldebescheinigungen für soziale Zwecke, An-/Ab- und Ummeldungen von Wohnungen oder auch die gebührenfreie Ausstellung des ersten Personalausweises für Jugendliche. Die Gebührenfreiheit für diese Dienstleistungen ist vom Gesetzgeber so gewollt, die entstehenden Personal- und Sachkosten führen also unweigerlich zu einem Defizit.

Die niedrigeren Personalkosten des Produktbündels im Rechnungsergebnis 2007 resultieren aus fehlender Lohnfortzahlung lang erkrankter Mitarbeiter. Zukünftig werden sich die Personalkosten aufgrund der Höhergruppierungen junger Mitarbeiter, die sukzessive die Voraussetzung für die Eingruppierung in die Endstufe A9 erreichen, moderat steigern.

Deshalb sinkt der Kostendeckungsgrad von 66,9 % im Jahr 2007 auf 65,7 % im Jahr 2009.

3.1.4 Aufenthaltsangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.09 Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber
- 02.02.10 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- 02.02.11 Ausstellung von Aufenthaltstitel/Freizügigkeitsbescheinigungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	168.835	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
Kostenerstattung	30.157	68.000	68.000	68.000	68.000	68.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	198.992	278.000	278.000	278.000	278.000	278.000
Personalaufwand	-1.361.252	-1.434.580	-1.447.400	-1.468.500	-1.468.500	-1.490.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-213.379	-352.330	-368.080	-368.080	-368.080	-368.080
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.574.631	-1.786.910	-1.815.480	-1.836.580	-1.836.580	-1.858.380
Produktsaldo	-1.375.638	-1.508.910	-1.537.480	-1.558.580	-1.558.580	-1.580.380
Kostendeckungsgrad	12,6%	15,6%	15,3%	15,1%	15,1%	15,0%

Diese Pflichtaufgaben der Stadt Offenbach werden im Auftrag des Landes durchgeführt. Ein Kostenersatz ist nicht gegeben. Die Gebühren richten sich nach der Aufenthaltsverordnung und sind festgeschrieben. Eine Erhöhung der Erträge ist somit nicht möglich.

Im Bereich der Asylbewerber können keine Gebühren oder Kostenbeiträge erhoben werden, so dass keine Erträge vorhanden sind. Im Produkt aufenthaltsbeendende Maßnahmen ist durch den Kostenersatz des Landes eine Kostendeckung von 9,7 % gegeben, bei der Ausstellung von Aufenthaltstitel werden 21,9 % erreicht.

Aufgrund einer Langzeiterkrankung sank im Jahr 2007 der Personalaufwand.

Bei fast konstanten Personalaufwendungen im Produktbündel stabilisiert sich das Produktsaldo ab 2008 bei -1,5 Mio. €, die Kostendeckung bei rund 15%.

3.1.5 Brandschutz - Gefahrenabwehr, Rettungsdienst

Hierzu gehören die Produkte:

02.03.01	Gefahrenabwehr
02.03.02	Gefahrenvorbeugung
02.03.03	Genehmigungen und Service für Dritte
02.04.01	Rettungsdienst

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	50.957	32.240	29.620	32.240	32.240	28.120
Gebühren	922.019	754.170	790.420	754.170	754.470	457.220
Kostenerstattung	216.896	222.510	222.510	222.510	222.510	199.400
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	31.470	58.000	58.000	58.000	58.000	58.000
Summe Erträge	1.221.342	1.066.920	1.100.550	1.066.920	1.067.220	742.740
Personalaufwand	-7.138.351	-7.218.950	-7.504.750	-7.608.850	-7.608.850	-7.714.750
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-717.160	-1.393.200	-1.829.485	-1.434.785	-1.498.885	-1.456.685
Zuschüsse, Umlagen	-2.077	-3.630	-3.630	-3.630	-3.630	-3.630
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-7.857.589	-8.615.780	-9.337.865	-9.047.265	-9.111.365	-9.175.065
Produktsaldo	-6.636.246	-7.548.860	-8.237.315	-7.980.345	-8.044.145	-8.432.325
Kostendeckungsgrad	15,5%	12,4%	11,8%	11,8%	11,7%	8,1%

Die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dieser Pflichtaufgaben im Jahr 2008 in Höhe von knapp 700 T€ resultiert aus der Erfassung der laufenden Bauunterhaltungsaufwendungen. Aufgrund von Renovierungsprojekten bei der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr erhöht sich der Ansatz 2009 um weitere 400 T€. Für die Folgejahre sinken die Aufwendungen auf das Niveau von 2008.

Das Produkt Rettungsdienst arbeitet mit 87,4 % kostendeckend, wobei neben der Einnahme für die Verwaltungsgebühr der Leitstelle das Land bei dieser Pflichtaufgabe einen Teil der Personalkosten erstattet. Die Verwaltungsgebühr der Leitstelle wurde im Rahmen der zweijährigen Überprüfung im Jahr 2007 angepasst. Eine vollständige Kostendeckung ist hier nicht zu erreichen, da der Feuerwehrtel der Leitstelle mit Hilfe von Steuern finanziert werden muss.

Die Gebühren für Brandverhütungsschauen sind durch Satzung der Stadt Offenbach geregelt und orientieren sich im Mittel der kreisfreien Städte Hessens. Für Rettungsdiensteinsätze wird ein Benutzungsentgelt erhoben, das durch Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) festgelegt wird.

Ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts vom 22.08.2007 hat für erstattungsfähige Kosten eines Feuerwehreinsatzes gezeigt, dass Vorhaltungskosten nur anteilig einfließen dürfen. Aus diesem Grund muss die Feuerwehrgebührenordnung überarbeitet werden. Somit ist die Stadt Offenbach gezwungen, die Gebührensatzung anzupassen, weswegen mit deutlich geringeren Erträgen zu rechnen sein wird.

Insgesamt sinkt somit der Kostendeckungsgrad von 15,5 % im Jahr 2007 auf nur noch 8,1 % bis zum Jahr 2012.

3.1.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung

Hierzu gehören die Produkte:

- 02.02.07 Ordnungswidrigkeitsverfahren
- 02.02.12 Verkehrsangelegenheiten
- 02.02.08 Personenstandsbeurkundungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	148.014	140.500	138.500	138.500	138.500	138.500
Gebühren	72.268	62.500	53.500	62.500	62.500	52.500
Kostenerstattung	0	100	100	100	100	100
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	220.282	203.100	192.100	201.100	201.100	191.100
Personalaufwand	-785.827	-835.938	-828.619	-840.500	-840.500	-852.358
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-33.029	-53.896	-151.379	-55.379	-55.579	-55.579
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-818.856	-889.834	-979.998	-895.879	-896.079	-907.937
Produktsaldo	-598.574	-686.734	-787.898	-694.779	-694.979	-716.837
Kostendeckungsgrad	26,9%	22,8%	19,6%	22,4%	22,4%	21,0%

In diesem Pflichtaufgabenbereich sind die Aufgabe der Baustellengenehmigungen und Halteverbote, die Ordnungswidrigkeitsverfahren im Bereich des Wohngeld- und Wirtschaftsstrafgesetzes sowie die Personenstandsbeurkundungen zusammen gefasst.

Die vereinnahmten Beträge im Bereich der Ordnungsverfahren im Wohnungsamt ergeben sich aus einer Vielzahl an ordnungsrechtlichen Verstößen, die nur mit geringen Summen geahndet werden können. Die Stadt wird in diesem Bereich für den Bund und das Land tätig, die keinen Kostenersatz leisten.

Im Bereich des Produkts 02.02.12 Verkehrsangelegenheiten ist die Rechtsgrundlage für das Verlangen von Gebühren bei Baustellengenehmigungen die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr. Ein Einfluss zur Gebührenerhöhung besteht nicht, so dass dort der Kostendeckungsgrad von 26,4 % nicht verbessert werden kann.

Auch die Erträge für die Personenstandsbeurkundungen im Standesamt sind durch landesrechtliche Vorschriften festgelegt. Hier konnte im Jahr 2007 eine größere Einnahme verbucht werden. Die Sach- und Dienstleistungen steigen in 2009 wegen der Einführung einer neuen Software zur gesetzlich ab 01.01.2009 vorgeschriebenen elektronischen Personenstandsbeurkundung um fast 100 T€. Dadurch verschlechtert sich der Kostendeckungsgrad des Produkts einmalig um 2,9 % von 23,6 % im Jahr 2008 auf 18,7 % im Jahr 2009.

Insgesamt sinkt der Kostendeckungsgrad dieses Produktbündels von 26,9 % im Rechnungsergebnis 2007 auf 21,0 % im Ansatz 2012.

3.1.7 Zusammenfassung Produktbereich Sicherheit und Ordnung

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	203.936	177.280	172.660	175.280	175.280	171.160
Gebühren	6.321.246	6.971.470	7.125.400	7.098.150	7.098.450	6.791.200
Kostenerstattung	211.546	496.460	519.460	484.460	484.460	446.350
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	53.660	84.380	84.380	84.380	84.380	84.380
Summe Erträge	6.790.387	7.729.590	7.901.900	7.842.270	7.842.570	7.493.090
Personalaufwand	-14.128.528	-14.540.699	-14.993.218	-15.144.359	-15.209.359	-15.335.948
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.785.059	-4.087.413	-4.582.924	-4.115.221	-4.175.021	-4.011.094
Zuschüsse, Umlagen	-102.077	-103.630	-113.630	-113.630	-113.630	-113.630
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-153.283	-180.800	-180.800	-180.800	-180.800	-180.800
Summe Aufwendungen	-17.168.948	-18.912.542	-19.870.572	-19.554.010	-19.678.810	-19.641.473
Produktsaldo	-10.378.561	-11.182.952	-11.968.672	-11.711.740	-11.836.240	-12.148.383
Kostendeckungsgrad	39,6%	40,9%	39,8%	40,1%	39,9%	38,1%

Der Produktbereich Sicherheit und Ordnung besteht ausschließlich aus Pflichtaufgaben. Er weist im Vergleich zum Rechnungsergebnis insgesamt ein steigendes Defizit aus, von 10,3 Mio. € in 2007 auf 12,1 Mio. € in 2012. In den Fällen, in denen die Gebühren landes- oder bundesrechtlich fest vorgegeben sind, hat die Stadt keine Einflussmöglichkeit. Ist ein bestimmter Rahmen vorgegeben, orientiert sie sich an den Nachbarstädten und nimmt ein der Leistungsfähigkeit der Offenbacher Bevölkerung entsprechendes sozialverträgliches Mittelmaß ein.

Der Kostendeckungsgrad liegt mit geringen Schwankungen um 40 %.

3.2. Schulträgeraufgaben (Produktbereich 03)

3.2.1 Schulen

Hierzu gehören die Produkte:

03.01.01	Grundschulen
03.03.01	Grund-, Haupt- und Realschulen mit Förderstufe
03.06.01	Haupt- und Realschulen mit Förderstufe
03.07.01	Gymnasien
03.08.01	Gesamtschulen
03.09.01	Förderschulen
03.10.01	Berufliche Schulen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	130.333	105.480	100.320	105.480	105.480	100.320
Gebühren	4.840	8.300	8.300	8.300	8.300	8.300
Kostenerstattung	3.075.453	3.058.260	3.115.000	3.114.400	3.112.900	3.110.100
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250
Summe Erträge	3.221.876	3.183.290	3.234.870	3.239.430	3.237.930	3.229.970
Personalaufwand	-1.919.264	-2.086.000	-2.181.341	-2.213.942	-2.213.942	-2.246.040
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.429.251	-2.624.000	-3.238.240	-3.653.600	-3.943.000	-4.150.740
Zuschüsse, Umlagen	-853.989	-891.460	-976.380	-1.010.370	-1.010.340	-1.010.340
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670
Summe Aufwendungen	-4.210.174	-5.609.130	-6.403.631	-6.885.582	-7.174.952	-7.414.790
Produktsaldo	-988.298	-2.425.840	-3.168.761	-3.646.152	-3.937.022	-4.184.820
Kostendeckungsgrad	76,5%	56,8%	50,5%	47,0%	45,1%	43,6%

Das Produktbündel Schulen besteht aus Pflichtaufgaben. Die Summe der Erträge ist stabil, ebenso die Aufwendungen für das Personal, allerdings müssen durch die Abschreibungen auf Gebäude, technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung vor allem ab 2010 höhere Kosten für Sachleistungen eingeplant werden. Aus diesem Grund wird die Kostendeckung bis zum Jahr 2012 kontinuierlich sinken.

Zur Finanzierung der Schulträgeraufgaben erhält die Stadt allgemeine Finanzausweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz. In ihrer Funktion als Oberzentrum erhält die Stadt Finanztransfers („Gastschulbeiträge“) nach dem Hessischen Schulgesetz (HSchG) für die Bereitstellung von Schulplätzen für die Schülerinnen und Schüler anderer Gebietskörperschaften ihres Einzugsbereichs. Die Kommune hat keinen Einfluss auf die Höhe dieser Gastschulbeiträge. Für die Beschulung Offenbacher Schülerinnen und Schüler an den Schulen der umgebenden Gebietskörperschaften und an Schulen in privater Trägerschaft ist die Stadt in der Zahlungspflicht gemäß dem HSchG und dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz (EschFG). Während die Beruflichen Schulen und die Gymnasien aufgrund ihres Anteils an diesen Zuweisungen und ihrer Gastschulbeiträge mit 77,8 % bzw. 82,6 % einen guten Kostendeckungsgrad erreichen, reichen diese Erträge bei den anderen Schulformen bei weitem nicht, um annähernd kostendeckend zu arbeiten und liegen dort zwischen 16,2 % und 54,6 %. Für das Produktbündel insgesamt sinkt der

Kostendeckungsgrad wegen o.g. Steigerung der Aufwendungen kontinuierlich von 76,5 % im Rechnungsergebnis 2007 zu 43,6 % im Jahr 2012.

In der Planung der Personalaufwendungen für 2008 ist die Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase für 3 Stellen enthalten.

3.2.2 Schülerbeförderung und sonstige schulische Aufgaben

Hierzu gehören die Produkte:

- 03.11.01 Schülerbeförderung
- 03.13.01 Sonstige schulische Aufgaben (Vergabe, Vermietung, Verpachtung schulischer Einrichtungen und Parkflächen, Medienzentrums, Lehrschwimmbad, Jugendverkehrsschule)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	47.630	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	530	530	530	530	530
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	47.630	38.530	38.530	38.530	38.530	38.530
Personalaufwand	-105.818	-122.670	-113.359	-115.058	-115.058	-116.760
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-937.403	-881.300	-881.320	-881.320	-881.320	-881.320
Zuschüsse, Umlagen	-131.415	-134.040	-134.040	-134.040	-134.040	-134.040
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.174.635	-1.138.010	-1.128.719	-1.130.418	-1.130.418	-1.132.120
Produktsaldo	-1.127.005	-1.099.480	-1.090.189	-1.091.888	-1.091.888	-1.093.590
Kostendeckungsgrad	4,1%	3,4%	3,4%	3,4%	3,4%	3,4%

Die Pflichtaufgabe der Gewährleistung der Schülerbeförderung nach dem Hessischen Schulgesetz kostet die Stadt 1,1 Mio. €, ohne dass zur Refinanzierung eine gesetzliche Ertragsposition herangezogen werden könnte.

Das höhere Rechnungsergebnis 2007 bei den Sach- und Dienstleistungen erklärt sich durch den Anstieg bei der Einzelschülerbeförderung, deren Entwicklung in dieser Höhe nicht prognostiziert wird.

Die Vergabe der schulischen Einrichtungen erfolgt für sportliche und kulturelle Zwecke kostenlos an Vereine, die im Landessportbund organisiert sind. Hierbei handelt es sich um eine weit verbreitete Praxis zur Förderung des Vereinswesens, da diese mit ihrem ehrenamtlichen Engagement wesentliche Beiträge zur Integration benachteiligter Bevölkerungsschichten leisten und somit im hohen Maße für die Stadtgesellschaft identitätsprägend und sozial stabilisierend wirken. Dies steht auch im Einklang mit der Leitlinie des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte vom 27.09.2005, wonach der Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für Sportvereine bei der Nutzung kommunaler Sportstätten nicht als freiwillige Leistung nachteilig angerechnet werden soll.

Auch in diesem Produkt wirkt sich im Jahr 2008 die Doppelbesetzung in der Altersteilzeit-Freistellungsphase für 3 Stellen aus. Der Kostendeckungsgrad liegt stabil bei 3,4 %.

3.2.3 Zusammenfassung Schulträgeraufgaben

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	177.963	143.480	138.320	143.480	143.480	138.320
Gebühren	4.840	8.300	8.300	8.300	8.300	8.300
Kostenerstattung	3.075.453	3.058.790	3.115.530	3.114.930	3.113.430	3.110.630
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250
Summe Erträge	3.269.506	3.221.820	3.273.400	3.277.960	3.276.460	3.268.500
Personalaufwand	-2.025.081	-2.208.670	-2.294.700	-2.329.000	-2.329.000	-2.362.800
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.366.654	-3.505.300	-4.119.560	-4.534.920	-4.824.320	-5.032.060
Zuschüsse, Umlagen	-985.404	-1.025.500	-1.110.420	-1.144.410	-1.144.380	-1.144.380
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670	-7.670
Summe Aufwendungen	-5.384.810	-6.747.140	-7.532.350	-8.016.000	-8.305.370	-8.546.910
Produktsaldo	-2.115.304	-3.525.320	-4.258.950	-4.738.040	-5.028.910	-5.278.410
Kostendeckungsgrad	60,7%	47,8%	43,5%	40,9%	39,4%	38,2%

Bis auf die kostenlose Vergabe schulischer Einrichtungen an Vereine, die im Landessportbund organisiert sind, handelt es sich um Pflichtaufgaben. Der Kostendeckungsgrad beträgt im Jahr 2009 insgesamt 43,5 %. Einnahmesteigerungen bei den Pflichtaufgaben sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht möglich. In diesem Bereich wirken sich in den Folgejahren besonders die Abschreibungen aufgrund der notwendigen Investitionen zum Substanzerhalt der Schulen sowie die gesetzlich verpflichtende Übernahmeregulierung für die Kosten der Schülerbeförderung negativ auf den Produktsaldo, so dass sich der Kostendeckungsgrad von noch 60,7 % im Jahr 2007 auf 38,2 % im Jahr 2012 reduzieren wird.

3.3. Kultur und Wissenschaft (Produktbereich 04)

3.3.1 Museen und Archiv

Hierzu gehören die Produkte:

04.02.01	Museum für Schriftkunst
04.02.02	Stadtmuseum
04.02.03	Stadtarchiv

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	15.633	23.170	23.170	23.170	23.170	23.370
Gebühren	2.250	2.500	1.610	1.610	1.800	1.800
Kostenerstattung	17.500	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	35.383	25.670	24.780	24.780	24.970	25.170
Personalaufwand	-611.284	-541.980	-693.600	-703.300	-703.300	-713.600
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-81.434	-74.940	-76.610	-72.680	-76.250	-78.070
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-692.719	-616.920	-770.210	-775.980	-779.550	-791.670
Produktsaldo	-657.336	-591.250	-745.430	-751.200	-754.580	-766.500
Kostendeckungsgrad	5,1%	4,2%	3,2%	3,2%	3,2%	3,2%

Bei diesen Aufgaben handelt es sich um freiwillige Aufgaben. Der Kostendeckungsgrad sinkt um 1,0 % vom Haushaltsansatz 2008 zum Haushaltsansatz 2009.

Die Erträge aus den Eintrittsgeldern werden ab 2008 leicht ansteigen. Die Höhe der Eintrittspreise für das aus einer Stiftung hervorgegangene Museum für Schriftkunst und für das Stadtmuseum sind mit 2,50 € bezogen auf die Ausstellungsfläche angemessen und werden deshalb nicht erhöht. Zudem fehlt die Akzeptanz der Bevölkerung. Die Museen stellen jährlich projektbezogene Besuchsanträge an die hessische Landesregierung. Diese werden vom Land in nicht vorausschaubarer Höhe gewährt und werden deshalb jeweils mit dem Nachtrag eingestellt. Im Jahr 2007 betragen die Zuweisungen z.B. 14,0 % an den Aufwendungen des Stadtmuseums.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verringern sich in 2008 im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2007, ebenso die Personalaufwendungen in 2008, da hier eine A 12-Stelle nicht enthalten ist, die jedoch in 2007 bereits dort verrechnet und in 2009 eingeplant worden ist.

Der Kostendeckungsgrad bei dieser freiwilligen Leistung sinkt vom Rechnungsergebnis 2007 in Höhe von 5,1 % auf 3,2 % ab 2009.

3.3.2 Kulturförderung

Hierzu gehören die Produkte:

- 04.05.01 Musikpflege
- 04.10.01 Kulturförderung und allgemeine Veranstaltungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	160.322	183.470	177.460	177.460	181.510	181.510
Gebühren	1.379	3.800	3.800	3.800	3.800	3.800
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	161.701	187.270	181.260	181.260	185.310	185.310
Personalaufwand	-583.097	-619.130	-614.700	-622.700	-624.500	-632.800
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-328.567	-333.680	-377.630	-377.890	-401.950	-407.190
Zuschüsse, Umlagen	-1.634.833	-1.600.330	-1.567.200	-1.564.780	-1.562.280	-1.566.720
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.546.497	-2.553.140	-2.559.530	-2.565.370	-2.588.730	-2.606.710
Produktsaldo	-2.384.796	-2.365.870	-2.378.270	-2.384.110	-2.403.420	-2.421.400
Kostendeckungsgrad	6,3%	7,3%	7,1%	7,1%	7,2%	7,1%

Der Produktsaldo ist in diesem freiwilligen Bereich im Rahmen der Ziel- und Budgetvereinbarungen seit 2008 im Saldo auf 2,4 Mio. € festgesetzt worden. Die entsprechenden Erträge werden nach einer Erhöhung im Jahr 2008 konstant bleiben, ebenso der Kostendeckungsgrad.

Bei den fünf größten Ausgabeblöcken im Bereich der Zuschüsse mit allein 1,5 Mio. € handelt es sich im Einzelnen um die Zuschüsse für die Kulturvereinigungen, die Musikschule, für das nicht in kommunaler Trägerschaft befindliche Ledermuseum und um den Zuschuss für die originär staatliche Aufgabe der Förderung der Hochschule für Gestaltung.

Unter den 82 Großstädten der Bundesrepublik Deutschland (nicht berücksichtigt sind die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) rangieren die kommunalen Kulturausgaben der Stadt Offenbach auf den untersten Plätzen, so lag die Stadt Offenbach bei der jüngsten ausgewerteten Vergleichsstudie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder 2003 auf der 80. Position mit einer Summe von 32,0 € pro Einwohner. Bei den deutschen Großstädten sind innerhalb des Pro-Kopf-Vergleiches lediglich Siegen und Remscheid mit einem noch geringeren Betrag in der Finanzierung kommunaler Kulturangebote und – förderungen beteiligt. Die durchschnittlichen Ausgaben der Städte von 100.000 - 200.000 Einwohnern lagen gleichzeitig bei einem Durchschnitt von 59,5 €, die Ausgaben von Wettbewerbern in der Region Rhein-Main liegen z.B. in Aschaffenburg bei 80,5 € oder bei Darmstadt (abzüglich der Landesmittel) bei 89,3 €. Städte in ähnlicher Situation wie Offenbach (keine am Ort bestehenden personalintensiven Kulturinstitutionen, unmittelbare geografische Nähe zu starken Wettbewerbern) geben in der Regel mindestens den doppelten Pro-Kopf-Betrag aus, so z.B. Mülheim an der Ruhr (73,4 €) (Quelle: Kultur Stadt Offenbach, Version 2008_02).

Damit wird deutlich, dass die Stadt Offenbach in ihrer Funktion als Großstadt für ihre Bürger und in der Funktion als Oberzentrum für die Bevölkerung der Region die

Selbstverwaltungsaufgabe, die Kultur zu fördern, bereits jetzt nur mit einem sehr niedrigen Budget nachkommt.

Der Landesrechnungshof hatte bereits in seinem Prüfbericht aus dem Jahr 2004 festgestellt, dass Offenbach im Bereich der Kulturförderung und Kulturverwaltung im Vergleich mit den anderen hessischen Großstädten die geringsten Zuschüsse leistet. Dazu trägt bei, dass Offenbach kein Theater unterhält und auch keine Bürgerhäuser zur Verfügung stellt.

Die Erhöhung der Personalaufwendungen in 2008 erklärt sich aus der Planung einer TVÖD 06-Vollzeitstelle, die aber nur zu 50,0 % tatsächlich besetzt ist.

Insgesamt steigt der Kostendeckungsgrad vom Rechnungsergebnis 2007 in Höhe von 6,3 % auf 7,1 % in 2012.

3.3.3 VHS

Hierzu gehört das Produkt:

04.07.03 Veranstaltungen und sonstige Leistungen der VHS

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	990.632	984.500	943.110	934.500	934.500	934.500
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	660.058	465.000	525.000	524.000	524.000	524.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.650.691	1.449.500	1.468.110	1.458.500	1.458.500	1.458.500
Personalaufwand	-1.558.799	-1.593.150	-1.667.200	-1.681.100	-1.681.100	-1.695.500
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-552.983	-611.540	-605.890	-609.740	-609.740	-609.740
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.111.782	-2.204.690	-2.273.090	-2.290.840	-2.290.840	-2.305.240
Produktsaldo	-461.091	-755.190	-804.980	-832.340	-832.340	-846.740
Kostendeckungsgrad	78,2%	65,7%	64,6%	63,7%	63,7%	63,3%

Nach § 3 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen (HWBG) ist die Sicherung eines bedarfsdeckenden Angebots an Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung durch Einrichtungen der kreisfreien Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern zu gewährleisten. Es handelt sich somit um eine Pflichtaufgabe, für die die Stadt vom Land Hessen Zuweisungen erhält.

Die Arbeit der Volkshochschule basiert auf der durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Satzung über die Volkshochschule der Stadt Offenbach am Main. Die Höhe der Teilnahmeentgelte und Honorarsätze werden in einer Entgelt- und Honorarordnung festgesetzt.

Die Haushaltspläne der Volkshochschule zeigen, dass in den Plänen sich niederschlagende Steigerungen der Zuschüsse ausschließlich durch tarifliche Steigerungen der Personalkosten für hauptamtliches Personal bedingt sind.

Das Rechnungsergebnis 2007 weicht hinsichtlich des Zuschussbedarfes stark nach unten ab. Dies liegt u.a. daran, dass es der Volkshochschule bislang gelungen ist, zusätzliche Aufträge und Projekte und darüber Drittmittel zu akquirieren, durch die vorher nicht planbare Deckungsbeiträge erzielt werden konnten. So lagen z.B. die Einnahmen für die Teilnahme an Integrationskursen, Kostenersatz durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und auch der ARGE MainArbeit bei über 340 T€, während im Haushaltsplan nur 120 T € eingestellt waren. Dies liegt z.T. daran, dass die Kostenersatzleistungen des BAMF im Laufe des Jahres erheblich erhöht wurden (von 2,05 € auf 2,35 € pro UStd). Außerdem ist im Vorfeld nicht kalkulierbar, wie viele Menschen tatsächlich diese Deutschkurse mit dieser Förderung in Anspruch nehmen können. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass dies im Laufe der Jahre wieder abnehmen wird.

Grundsätzlich gilt für die Arbeit der Volkshochschule, dass zusätzliche Unterrichtsveranstaltungen in der Regel zwar zusätzliche Honorarkosten verursachen, diese aber durch Teilnahmeentgelte wieder refinanziert werden. Je besser die Auslastung der Veranstaltungen, je geringer der städtische Zuschuss. Von daher können die Erträge und Aufwendungen nicht getrennt voneinander betrachtet und interpretiert werden.

Der Kostendeckungsgrad betrug deshalb im Jahr 2007 78,2 %, in den Folgejahren wird mit einer geringeren Kostendeckung gerechnet (63,3 % im Jahr 2012).

Umfang und Angebot der VHS sind auf die Sozialstruktur der Bevölkerung der Stadt Offenbach zugeschnitten, die Volkshochschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Bildungsniveaus in der Kommune. Ihre Aufgaben sind außer der Durchführung von Veranstaltungen auch Bildungs- und Weiterbildungsberatung. Sie leistet durch ihr Engagement in ämterübergreifenden Projekten sowie durch die Beteiligung an Bundes- und Landesprojekten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung einer der zentralen Aufgaben in Offenbach, der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur.

3.3.4 Bibliothek

Hierzu gehören die Produkte:

- 04.08.01 Programmarbeit und spezielle Dienstleistungen
- 04.08.02 Medien und Informationen (Bestand)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	48.334	42.630	42.030	42.030	43.770	44.110
Gebühren	29.525	33.100	33.100	33.100	33.100	33.100
Kostenerstattung	13.500	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	91.360	75.730	75.130	75.130	76.870	77.210
Personalaufwand	-1.141.028	-1.227.310	-1.200.900	-1.218.700	-1.218.700	-1.237.100
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-108.765	-125.690	-125.800	-125.800	-126.750	-129.380
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.249.792	-1.353.000	-1.326.700	-1.344.500	-1.345.450	-1.366.480
Produktsaldo	-1.158.433	-1.277.270	-1.251.570	-1.269.370	-1.268.580	-1.289.270
Kostendeckungsgrad	7,3%	5,6%	5,7%	5,6%	5,7%	5,7%

Bei der Bibliothek handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die die Stadt als kommunaler Bildungsträger wahrnimmt.

Im Jahr 2007 hat die Stadt noch Zuweisungen des Landes für die Bibliothek erhalten, für 2008 und die Folgejahre ist deren Eingang noch unsicher. Demzufolge sinkt der Kostendeckungsgrad.

Die Personalkosten sind im Rechnungsergebnis aufgrund von Stellenbesetzungssperren geringer als in den Folgejahren. In 2008 erklärt sich die Erhöhung des Personalaufwandes aus der Planung von zwei Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase sowie einer Rückkehr aus einer Beurlaubung. Die Reduzierung in 2009 kommt durch die Nachbesetzung einer TVöD 15-Stelle mit einer niedrigeren Entgeltgruppe zustande.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen im Jahr 2008 aufgrund von einmaligen höheren Ausgaben im Bereich der Literarischen Veranstaltungen.

Offenbach ist die einzige der kreisfreien Städte Hessens, die nur eine Bibliothek für das gesamte Stadtgebiet besitzt. Um die Öffnungszeiten und die Zuverlässigkeit in der Ausleihe zu gewährleisten, übernehmen auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Verwaltungsbereich der Stadtbibliothek entsprechende Tätigkeiten im Kundendienst.

Im Rahmen einer Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt werden die jeweiligen Bibliotheksausweise gegenseitig anerkannt, so dass ohne zusätzliche Kosten ein Mehrwert für Bürger beider Städte entstanden ist.

Die Kostendeckung sinkt vom Rechnungsergebnis 2007 mit 7,3 % auf 5,7 % im Jahr 2012.

3.3.5 Sonstige Aufgaben im Bereich Kultur und Wissenschaft

Hierzu gehört das Produkt:

04.09.01 Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	71.471	235.000	235.000	235.000	235.000	235.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	71.471	235.000	235.000	235.000	235.000	235.000
Personalaufwand	0	0	0	0	0	0
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.587	-3.953	-3.960	-3.960	-3.960	-3.960
Zuschüsse, Umlagen	-286.065	-381.781	-381.781	-381.781	-381.781	-381.781
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-287.651	-385.734	-385.741	-385.741	-385.741	-385.741
Produktsaldo	-216.180	-150.734	-150.741	-150.741	-150.741	-150.741
Kostendeckungsgrad	24,8%	60,9%	60,9%	60,9%	60,9%	60,9%

Es handelt sich um die verschiedensten, zum Teil innovativen Projekte zur Förderung von Beschäftigung in Offenbach, zur Schaffung von Angeboten des offenen Lernens (z. B. Selbstlernzentrum Offenbach) sowie zur Beratung für Weiterbildungsinteressierte (Weiterbildungsberatungsstelle, Bildungsnetz Rhein-Main). Für die verschiedenen Angebote in diesem Bereich werden teilweise Zuschüsse des Landes, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und Entgelte von Seiten der MainArbeit genutzt. Diese decken zu 61 % die Aufwendungen.

3.3.6 Zusammenfassung Kultur und Wissenschaft

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.214.922	1.233.770	1.185.770	1.177.160	1.182.950	1.183.490
Gebühren	33.154	39.400	38.510	38.510	38.700	38.700
Kostenerstattung	762.529	700.000	760.000	759.000	759.000	759.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	2.010.605	1.973.170	1.984.280	1.974.670	1.980.650	1.981.190
Personalaufwand	-3.894.208	-3.981.570	-4.176.400	-4.225.800	-4.227.600	-4.279.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.073.335	-1.149.803	-1.189.890	-1.190.070	-1.218.650	-1.228.340
Zuschüsse, Umlagen	-1.920.898	-1.982.111	-1.948.981	-1.946.561	-1.944.061	-1.948.501
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-6.888.442	-7.113.484	-7.315.271	-7.362.431	-7.390.311	-7.455.841
Produktsaldo	-4.877.837	-5.140.314	-5.330.991	-5.387.761	-5.409.661	-5.474.651
Kostendeckungsgrad	29,2%	27,7%	27,1%	26,8%	26,8%	26,6%

Insgesamt erhöhen sich die Aufwendungen im Bereich Kultur und Wissenschaft, bei denen es sich bis auf das Angebot der VHS um freiwillige Leistungen handelt, um langfristig 500 T€. Der Kostendeckungsgrad sinkt von 29,2 % im Jahr 2007 auf 26,6 % im Jahr 2012.

Mit 7,3 Mio. € betragen diese jedoch lediglich 2,4 % an der Summe der ordentlichen Aufwendungen von 304 Mio. € (siehe 3.16).

Die Stadt Offenbach hat als Oberzentrum die Aufgabe, im Rahmen der Daseinsvorsorge auch Angebote in den Bereichen der Bildung und Kultur vorzuhalten bzw. zu unterstützen. In der Vergangenheit wurden bereits zur Haushaltssanierung gerade in diesem Bereich Leistungen gekürzt (Schließung des Theaters, Schließung von drei Schwimmbädern: Tambour-, Park- und Stadtbad sowie Übergabe des Schwimmbads Rosenhöhe in die Trägerschaft eines Vereins). Ein minimales Angebot muss jedoch aufrechterhalten werden, weswegen von weiteren Kürzungen abgesehen werden muss.

3.4. Soziale Leistungen (Produktbereich 05)

3.4.1 Eingliederungshilfen

Hierzu gehört das Produkt:

05.01.01 Hilfe nach Kapitel 5 - 9

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	4.611	2.578	3.800	3.800	3.800	3.800
Gebühren	232	120	120	120	120	120
Kostenerstattung	658.257	488.280	661.050	661.050	661.050	661.050
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	663.099	490.978	664.970	664.970	664.970	664.970
Personalaufwand	-1.004.572	-1.046.671	-1.036.186	-1.064.704	-1.064.704	-1.079.666
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-44.954	-50.355	-52.675	-52.408	-52.408	-52.408
Zuschüsse, Umlagen	-10.251.598	-7.974.960	-11.094.300	-11.094.300	-11.094.300	-11.094.300
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-11.301.124	-9.071.986	-12.183.161	-12.211.411	-12.211.411	-12.226.374
Produktsaldo	-10.638.025	-8.581.009	-11.518.191	-11.546.441	-11.546.441	-11.561.404
Kostendeckungsgrad	5,9%	5,4%	5,5%	5,4%	5,4%	5,4%

Es handelt sich um Pflichtaufgaben nach dem Sozialgesetzbuch XII. Zu diesem Produkt zählen die Eingliederungshilfe und Hilfen zur Gesundheit, ambulante Hilfe zur Pflege und Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen.

Der im Jahr 2008 niedrigere Planungsansatz bei den Erträgen, bei denen es sich vor allem um Kostenersatz des Landeswohlfahrtsverbandes handelt, erklärt sich daraus, dass im Planungszeitraum für 2008 noch nicht absehbar war, dass die bisher konstanten Fallzahlen steigen würden (besonders im Bereich der Integrativen Kindertagesstätten und der individuellen Schwerstbetreuung in Schulen).

Der von der Stadt nicht beeinflussbare Kostenersatz dieser Pflichtaufgabe ist bei weitem nicht kostendeckend, der Kostendeckungsgrad sinkt von 2007 mit 5,9 % auf 5,4 % in 2012.

3.4.2 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Hierzu gehört das Produkt:

05.01.02 Grundversorgung nach dem SGB XII außerhalb von Einrichtungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	4.405	1.789	3.500	3.500	3.500	3.500
Gebühren	696	360	360	360	360	360
Kostenerstattung	1.231.598	1.955.950	1.944.450	1.945.450	1.945.450	1.944.450
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.236.698	1.958.099	1.948.310	1.949.310	1.949.310	1.948.310
Personalaufwand	-1.563.718	-1.635.424	-1.606.549	-1.649.342	-1.649.342	-1.672.618
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-65.465	-73.918	-77.202	-76.828	-76.828	-76.828
Zuschüsse, Umlagen	-12.106.018	-11.301.660	-12.920.000	-12.920.000	-12.920.000	-12.920.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-13.735.201	-13.011.002	-14.603.751	-14.646.169	-14.646.169	-14.669.445
Produktsaldo	-12.498.503	-11.052.903	-12.655.441	-12.696.859	-12.696.859	-12.721.135
Kostendeckungsgrad	9,0%	15,0%	13,3%	13,3%	13,3%	13,3%

Zu der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zählen die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung, die Hilfe zum Lebensunterhalt für Kontingentflüchtlinge und die Wohnraumhilfe. Diese Leistungen sind Pflichtleistungen und werden nach dem Sozialgesetzbuch XII gewährt.

Bei der durch Bundesgesetz auf die Kommunen delegierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Fallzahlen steigend, so dass sich Kostenersatz und Sozialhilfeleistungen erhöhen und die Aufwendungen auf hohem Niveau im besten Fall verharren werden. Die Steigerung bei den Hilfeleistungen, die sich bereits im Rechnungsergebnis 2007 zeigt, war zum Planungszeitraum für 2008 nicht absehbar.

Die Kosten eines Falles werden aufgrund der gesetzlichen Ansprüche der Hilfebedürftigen durch die Regelsatzerhöhung sowie der gestiegenen und weiterhin steigenden Energiekosten im Bereich der Kosten der Unterkunft und Heizung eine steigende Tendenz aufweisen. Hinzu kommt der verstärkte Übergang der Zuständigkeit von SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) zu SGB XII aufgrund fehlender Erwerbsfähigkeit und der städtischen Altersstruktur.

Im Jahr 2008 ist mit höheren Erstattungen aufgrund verstärkter Restarbeiten im Bereich der Kostenerstattung nach § 107 BSHG (Kostenerstattung bei Umzug) zu rechnen. Deshalb steigt der Kostendeckungsgrad von 9,0 % in 2007 auf 15,0 % in 2008 und reduziert sich ab 2009 auf 13,3 %.

Auch bei dieser Pflichtaufgabe hat die Stadt nur einen geringen Einfluss auf eine Erhöhung der Erträge.

3.4.3 Hilfe in Einrichtungen

Hierzu gehört das Produkt:

05.01.03 Hilfe in Einrichtungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.258	511	1.000	1.000	1.000	1.000
Gebühren	1.392	720	720	720	720	720
Kostenerstattung	206.872	286.720	221.500	221.500	221.500	221.500
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	209.523	287.951	223.220	223.220	223.220	223.220
Personalaufwand	-439.811	-457.500	-455.062	-467.789	-467.789	-474.349
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-17.633	-19.794	-20.722	-20.615	-20.615	-20.615
Zuschüsse, Umlagen	-5.161.477	-5.058.550	-5.520.000	-5.520.000	-5.520.000	-5.520.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-5.618.921	-5.535.844	-5.995.784	-6.008.404	-6.008.404	-6.014.964
Produktsaldo	-5.409.399	-5.247.893	-5.772.564	-5.785.184	-5.785.184	-5.791.744
Kostendeckungsgrad	3,7%	5,2%	3,7%	3,7%	3,7%	3,7%

Bei dem Produkt Hilfe in Einrichtungen handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Sozialgesetzbuch XII.

Die Zahl der Hilfebedürftigen, die Anspruch auf Hilfe in Einrichtungen haben, hat in den letzten Jahren stagniert. Seit 2007 steigen die Fallzahlen leicht. Trotz des geringen Anstiegs hat sich jedoch die Höhe der Bezuschussung stark nach oben verändert, da immer mehr Pflegebedürftige in die höchste Pflegestufe 3 eingestuft werden. Durch das Pflegeversicherungsweiterentwicklungsgesetz wird die Leistung der Pflegestufe III zwar gering erhöht, dies hat jedoch aufgrund der steigenden Tendenz letztendlich nicht die Auswirkung der Kosteneinsparung.

Die Möglichkeiten der Beteiligung der Unterhaltspflichtigen, anderer Sozialleistungsträger und die Kostenbeiträge der Hilfebedürftigen werden wie in allen Bereichen der Sozialhilfe ausgeschöpft. Trotzdem lässt sich dadurch dauerhaft nur ein Kostendeckungsgrad von 3,7 % erreichen.

3.4.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende

Hierzu gehört das Produkt:

05.02.01 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	13.534.754	14.157.300	12.200.000	12.200.000	12.200.000	12.200.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	13.534.754	14.157.300	12.200.000	12.200.000	12.200.000	12.200.000
Personalaufwand	-1.234.989	-824.164	-714.914	-725.369	-725.369	-736.021
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-688	-7.550	-6.800	-6.800	-6.800	-6.800
Zuschüsse, Umlagen	-46.848.264	-47.900.000	-46.450.000	-46.450.000	-44.950.000	-44.950.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-48.083.940	-48.731.714	-47.171.714	-47.182.169	-45.682.169	-45.692.821
Produktsaldo	-34.549.186	-34.574.414	-34.971.714	-34.982.169	-33.482.169	-33.492.821
Kostendeckungsgrad	28,1%	29,1%	25,9%	25,9%	26,7%	26,7%

Dieses Produkt beinhaltet die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, bei denen es sich um Pflichtaufgaben handelt.

Durch die Tätigkeit eines Ermittlungsdienstes, das Verfolgen von Ansprüchen bei Unterhaltspflichtigen und die konsequente Umsetzung von Rückforderungen bei zu Unrecht bezogenen Leistungen werden die Erträge optimiert. Der gesetzlich vorgesehene Kostenersatz, die Leistungsbeteiligung des Bundes für die Unterkunft und Heizung, reduzierte sich ab 01.01.2008 von vorher 31,2 % auf 28,6 %. Obwohl die Zahl der Hilfebedürftigen deutlich gesunken ist, bleiben die nicht im gleichen Ausmaß gesunkenen und im Zuständigkeitsbereich der Kommune liegenden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung auf hohem Niveau. Trotz der strikten Anwendung von Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen und der Einhaltung von Angemessenheitsgrenzen bei der Übernahme von Mietkosten ist in den Jahren bis 2010 keine wesentliche Entspannung zu erwarten. Während bei den Mietkosten keine Steigerungen erwartet werden, ist bei den Energiekosten mit deutlichen Mehrbelastungen zu rechnen.

Auch die Berechnungsmethode für den Finanzierungsanteil des Bundes benachteiligt Offenbach etwas, da hier die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zugrunde gelegt wird, die tatsächlichen Aufwendungen, die in Offenbach pro Bedarfsgemeinschaft aufgrund deren überdurchschnittlicher Größe (Familien) höher sind, aber außer Betracht bleiben.

Allerdings wird sich die nach dem Planungszeitraum beschlossene Änderung des Wohngeldgesetzes entlastend auswirken (siehe auch Anmerkung zu 3.4.8).

Außerdem wird erwartet, dass sich ab 2010, abgeleitet aus Prognosen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der demografischen Struktur, die Zahl der Hilfeempfänger insgesamt weiter signifikant sinken wird und damit auch die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Der Personalaufwand im Rechnungsergebnis 2007 ist höher, da der Anteil der Kommune von der MainArbeit GmbH für das 2. Halbjahr 2006 – nach der Umstellung von Pauschal- auf Spitzkostenabrechnung - erst in 2007 in Rechnung gestellt wurde. Für den Ansatz 2008 standen daher zum Planungszeitpunkt Anfang 2007 hinsichtlich der zu erwartenden Ausgaben / Einnahmen noch keine ausreichenden Erfahrungswerte zur Verfügung. Der Ansatz 2009 liegt noch unter dem des Vorjahres, was auf ursprünglich eingeplante Einnahmen zurückzuführen ist. Diese sind jedoch aus heutiger Sicht nicht zu halten und werden per Änderungslisten für den Haushaltsplan 2009 angepasst.

Trotz der vorgenannten mittelfristigen Reduzierung der Aufwendungen sinkt der Kostendeckungsgrad von 28,1 % im Jahr 2007 ab 2009 auf 25,9 %, da die Leistungsbeteiligung des Bundes zurückgeht. Ab 2011 steigt der Kostendeckungsgrad wieder auf 26,7 %.

3.4.5 Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt

Hierzu gehört das Produkt:

05.03.01 Leistungen zum Lebensunterhalt und sonstige Leistungen für Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.258	511	1.000	1.000	1.000	1.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	291.022	91.080	94.000	94.000	94.000	94.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	292.280	91.591	95.000	95.000	95.000	95.000
Personalaufwand	-221.963	-232.173	-228.024	-234.094	-234.094	-237.397
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-17.278	-19.434	-20.362	-20.255	-20.255	-20.255
Zuschüsse, Umlagen	-1.330.981	-1.832.890	-1.104.500	-1.048.500	-1.048.500	-1.048.500
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.570.222	-2.084.497	-1.352.886	-1.302.849	-1.302.849	-1.306.152
Produktsaldo	-1.277.942	-1.992.906	-1.257.886	-1.207.849	-1.207.849	-1.211.152
Kostendeckungsgrad	18,6%	4,4%	7,0%	7,3%	7,3%	7,3%

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, deren Erledigung vom Land auf die Kommune übertragen worden ist. Bei der Ausführung ist die Stadt an die Weisungen des Landes und des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde gebunden. Die Zahl der Asylbewerber und Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt ist kontinuierlich gesunken, was im Planungszeitraum für 2008 in diesem Ausmaß nicht voraussehbar war. Entsprechend sinkt auch die Kostenbeteiligung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz. Die Zuweisung von Asylbewerbern erfolgt zentral durch das Regierungspräsidium / Landeszuweisungsstelle.

Aufgrund der in der Regel pro Fall auf 2 Jahre befristeten und nicht bedarfsdeckenden pauschalen Kostenerstattung des Landes ist zukünftig nur ein Kostendeckungsgrad von ca. 7 % zu erwarten. Die hohe Kostendeckung in 2007 mit 18,6 % resultiert aus einmaligen Kostenerstattungen aufgrund des Landesaufnahmegesetzes.

Die Stadt hat keinen Einfluss auf die Zuweisungen bzw. auf die entsprechende Kostenbeteiligung.

3.4.6 Soziale Einrichtungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.04.01 Soziale Einrichtungen
- 05.06.01 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	226.082	217.871	28.420	28.420	28.420	28.420
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	226.082	217.871	28.420	28.420	28.420	28.420
Personalaufwand	-276.512	-288.898	-284.498	-292.152	-292.152	-296.269
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-181.283	-229.518	-46.007	-45.900	-45.900	-45.900
Zuschüsse, Umlagen	-1.578.583	-1.841.460	-1.904.150	-1.904.150	-1.904.150	-1.904.150
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510
Summe Aufwendungen	-2.114.888	-2.438.386	-2.313.165	-2.320.712	-2.320.712	-2.324.829
Produktsaldo	-1.888.806	-2.220.515	-2.284.745	-2.292.292	-2.292.292	-2.296.409
Kostendeckungsgrad	10,7%	8,9%	1,2%	1,2%	1,2%	1,2%

Die Stadt ist nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII verpflichtet, soziale Einrichtungen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Gemäß § 5 SGB XII sollen die Träger der Sozialhilfe u. a. mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten und diese in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen unterstützen, wozu auch finanzielle Unterstützung zählt. Somit handelt es sich um eine Pflichtaufgabe, bei der die Höhe der Unterstützung durch ein angemessenes Maß gekennzeichnet ist. Die Stadt hat hierzu begonnen, ein einheitliches Zuwendungsvertragswesen mit einer ausführlichen Leistungsbeschreibung und entsprechenden Evaluierungsmöglichkeiten aufzubauen. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege erledigen die Aufgaben professionell und effizient, zusätzlich unterstützt durch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement. Ohne diesen Beitrag wären übertragene Aufgaben durch den kommunalen Träger kostenintensiv zu erbringen.

Die privatrechtlichen Entgelte sinken ab 2009 um ca. 200 T€, um den gleichen Betrag sinken die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Dies liegt daran, dass die Mietzahlungen für die Betreuungsunterkunft der Diakonie für obdachlose Menschen bisher durch die Stadt Offenbach gezahlt wurden und die Diakonie den Betrag erstattet hatte. Ab 2008 hat die Diakonie die Räume selbst direkt angemietet, zum Planungszeitraum für das Haushaltsjahr 2008 waren die Verhandlungen noch nicht beendet.

Im Jahr 2007 wurden weniger Zuschüsse als geplant ausgezahlt. Zudem sind ab 2008 die Aufwendungen aufgrund von neuen bzw. erweiterten Aufgabenbereichen gestiegen (Schuldnerberatung, Förderung niedrigschwelliger Beratungsangebote bei Demenz). Für die Jahre ab 2009 sind die Zuschüsse mit einem gleichbleibenden Betrag veranschlagt.

Die Kostendeckung sinkt aus den genannten Gründen ab 2009 auf nur noch 1,2 %.

3.4.7 Unterhaltsvorschuss

Hierzu gehört das Produkt:

05.07.01 UVG-Leistung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	1.035.360	1.250.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.035.360	1.250.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
Personalaufwand	-583.097	-615.387	-658.180	-667.840	-667.840	-677.640
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.846	-6.173	-6.399	-6.399	-6.399	-6.399
Zuschüsse, Umlagen	-1.820.000	-1.840.000	-2.040.000	-2.040.000	-2.040.000	-2.040.000
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.407.943	-2.461.560	-2.704.578	-2.714.238	-2.714.238	-2.724.039
Produktsaldo	-1.372.583	-1.211.560	-1.354.578	-1.364.238	-1.364.238	-1.374.039
Kostendeckungsgrad	43,0%	50,8%	49,9%	49,7%	49,7%	49,6%

Die Unterhaltsvorschussleistungen steigen aufgrund leicht gestiegener Fallzahlen. Seit Einführung des SGB II stellen mehr Anspruchsberechtigte Anträge. Wegen der positiven Geburtenrate in Offenbach bleiben die Leistungen auf hohem Niveau.

Bis 01.01.2000 wurden die Leistungen des Unterhaltsvorschuss hälftig vom Bund und Land gezahlt, bis der Bund beschloss, lediglich ein Drittel zu übernehmen und dem Land die Möglichkeit eröffnete, das 2. Drittel auf die Kommunen zu verlagern.

Bei dieser Pflichtaufgabe decken die Erstattungsleistungen vom Land sowie die Erträge aufgrund der Ersatzleistungen durch die Unterhaltspflichtigen zur Hälfte die Aufwendungen. Ersatzleistungen von Unterhaltspflichtigen können nur dann realisiert werden, wenn diese leistungsfähig sind und somit tatsächlich unterhaltspflichtig sind.

Der Kostendeckungsgrad steigt vom Rechnungsergebnis 2007 mit 43 % auf 49,6 % im Jahr 2012.

3.4.8 Wohngeld und sonstige delegierte Aufgaben

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.10.01 Wohngeld
- 05.10.02 Sozialversicherungsrecht
- 05.10.03 Delegierte Aufgaben und sonstige Hilfen
- 05.10.04 Flüchtlingsdienst
- 05.10.05 Abwicklung des Lastenausgleichs

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	629	276	520	520	520	520
Gebühren	20	140	140	140	140	140
Kostenerstattung	100.000	227.160	227.160	227.160	227.160	227.160
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	100.649	227.576	227.820	227.820	227.820	227.820
Personalaufwand	-881.945	-889.756	-913.498	-929.746	-929.746	-942.820
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-30.288	-48.561	-48.971	-48.168	-48.168	-48.168
Zuschüsse, Umlagen	-62.000	-134.070	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-974.233	-1.072.387	-1.072.469	-1.087.913	-1.087.913	-1.100.987
Produktsaldo	-873.584	-844.811	-844.649	-860.093	-860.093	-873.167
Kostendeckungsgrad	10,3%	21,2%	21,2%	20,9%	20,9%	20,7%

Im Bereich der Produkte Wohngeld und Sozialversicherungsrecht bearbeitet die Stadt die Anträge im Auftrag des Bundes. Das Wohngeld wird von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen und direkt vom Land Hessen an die Wohngeldberechtigten gezahlt, die Renten direkt von den gesetzlichen Rentenversicherungsträgern. Eine Kostenerstattung für die Personal- und Sachaufwendungen ist bei dieser Pflichtaufgabe in beiden Fällen nicht vorgesehen.

Durch die geplante Gesetzesänderung des Wohngeldgesetzes wird sich die Anzahl der berechtigten Personen aufgrund höher anerkannter Miethöchstbeträge, der Steigerung der Tabellenwerte um 8 % und der Berücksichtigung einer Heizkostenkomponente erhöhen.

In einem Vertrag aus 1978 wurde vereinbart, dass die beiden Pflichtaufgaben Flüchtlingsdienst für Deutschstämmige aus den Vertreibungsgebieten (z.B. Polen, Rumänien, ehemalige Tschechoslowakei, ehemalige Sowjetunion) und Lastenausgleich zur Schadensfeststellung für Kriegssachschäden für Anspruchsberechtigte des Kreises und der Stadt Offenbach von der Stadt Offenbach erledigt werden. Dazu hat der Kreis Offenbach seine Mitarbeiter, für die er weiterhin die Personalkosten zahlt, an die Stadt Offenbach abgeordnet. Er finanziert, bezogen auf die jährliche Fallzahl, rund 78 % der Gesamtkosten.

Insgesamt steigt der Kostendeckungsgrad des Produktbündels von 10,3 % im Jahr 2007 auf 20,7 % im Jahr 2012.

3.4.9 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Soziale Leistungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 05.08.01 Vollzug des Betreuungsgesetzes
- 05.10.06 Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktintegration

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	629	256	500	500	500	500
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	753.680	1.024.900	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	754.310	1.025.156	1.000.500	1.000.500	1.000.500	1.000.500
Personalaufwand	-349.432	-420.270	-363.422	-369.120	-369.120	-374.534
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-9.236	-10.167	-10.041	-11.058	-11.058	-9.368
Zuschüsse, Umlagen	-1.113.113	-1.285.029	-1.307.529	-1.351.309	-1.351.309	-1.351.309
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.471.782	-1.715.466	-1.680.992	-1.731.486	-1.731.486	-1.735.211
Produktsaldo	-717.472	-690.311	-680.492	-730.986	-730.986	-734.711
Kostendeckungsgrad	51,3%	59,8%	59,5%	57,8%	57,8%	57,7%

Beim Betreuungsbehördengesetz (BtBG) handelt es sich um ein Bundesgesetz. Im BtBG ist geregelt, dass die Länder diese Pflichtaufgabe delegieren können. In der Regel sind die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte zur Erfüllung von behördlichen Aufgaben im Bereich des Betreuungsrechtes vom Land bestimmt. Die zu betreuenden Fälle werden in der Regel von den Amtsgerichten zugewiesen. Aufgrund der Zunahme von Fällen musste mehr Personalkapazität in die Betreuungsbehörde gegeben werden. In wenigen Fällen können im Rahmen von Schadensersatzleistungen Erträge verbucht werden, so dass praktisch keine Kostendeckung vorhanden ist.

Bei den Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung handelt es sich um Eingliederungsmaßnahmen in Arbeit für Arbeitsuchende, für die nach dem SGB II die Zuständigkeit des kommunalen Trägers gegeben ist, z. B. Schuldnerberatung, psychosoziale Hilfen, sowie sonstige Maßnahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung. Es werden entsprechende Maßnahmen mit örtlichen Trägern und sonstigen externen Anbietern gefördert. Ergänzend zu Mitteln aus dem Haushalt der Kommune werden Mittel des Europäischen Sozialfonds eingeworben. Der Kostendeckungsgrad beträgt 76 %.

Der Kostendeckungsgrad des Produktbündels erhöht sich von 2007 von 51,3 % auf 57,7 % im Jahr 2012.

3.4.10 Zusammenfassung Soziale Leistungen

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	238.873	223.790	38.740	38.740	38.740	38.740
Gebühren	2.340	1.340	1.340	1.340	1.340	1.340
Kostenerstattung	17.811.544	19.481.390	17.698.160	17.699.160	17.699.160	17.698.160
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	18.052.756	19.706.520	17.738.240	17.739.240	17.739.240	17.738.240
Personalaufwand	-6.556.040	-6.410.244	-6.260.333	-6.400.153	-6.400.153	-6.491.315
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-371.671	-465.469	-289.179	-288.429	-288.429	-286.739
Zuschüsse, Umlagen	-80.272.035	-79.168.619	-82.450.479	-82.438.259	-80.938.259	-80.938.259
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510	-78.510
Summe Aufwendungen	-87.278.255	-86.122.842	-89.078.500	-89.205.351	-87.705.351	-87.794.822
Produktsaldo	-69.225.499	-66.416.322	-71.340.260	-71.466.111	-69.966.111	-70.056.582
Kostendeckungsgrad	20,7%	22,9%	19,9%	19,9%	20,2%	20,2%

Die Entwicklung des Saldos zeigt, dass der Fehlbetrag von 2007 bis 2012 aus den bereits genannten Gründen um 800 T€ wächst und der Kostendeckungsgrad von 20,7 % im Jahr 2007 auf 20,2 % im Jahr 2012 sinkt.

Es gibt in diesem Pflichtleistungsbereich wenige Einflussmöglichkeiten, die eine signifikante Ertragssteigerung zur Folge haben könnten. Der hohe Ausgabebedarf in Offenbach hat seine Ursachen in den bekannten Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels, aber auch in den Folgen der Immigration und einer nach wie vor unausgewogenen Sozialstruktur.

Der Personalaufwand erhöht sich in diesem Bereich insgesamt für 2008 durch 2 Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase. In 2009 sinkt der Ansatz durch den Beginn von 2 Altersteilzeit-Arbeitsphasen sowie durch den Wechsel von überplanmäßig eingesetzten Nachwuchsbeamten /-beamtinnen zur Mainarbeit.

3.5. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produktbereich 06)

3.5.1 Kinder in Tageseinrichtungen

Hierzu gehören die Produkte:

06.01.02	Tagespflege
06.01.03	Landesaufgaben Betriebserlaubnisse
06.01.05	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen von 0 bis unter 3 Jahren
06.01.06	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen von 3 bis unter 6 Jahren
06.01.07	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen von über 6 Jahren

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	1.815.593	1.851.600	2.063.240	2.063.240	2.063.240	2.063.240
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.815.593	1.851.600	2.063.240	2.063.240	2.063.240	2.063.240
Personalaufwand	-196.827	-208.860	-222.686	-226.008	-226.008	-229.384
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-5.015	-136.341	-463.085	-449.085	-438.185	-378.385
Zuschüsse, Umlagen	-22.237.311	-26.212.490	-29.957.050	-31.193.820	-30.944.630	-30.944.630
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-22.439.153	-26.557.692	-30.642.821	-31.868.913	-31.608.823	-31.552.399
Produktsaldo	-20.623.560	-24.706.092	-28.579.581	-29.805.673	-29.545.583	-29.489.159
Kostendeckungsgrad	8,1%	7,0%	6,7%	6,5%	6,5%	6,5%

Diese Pflichtaufgabe beinhaltet neben der Erziehung, Bildung und Betreuung junger Menschen auch die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Produkt umfasst alle Aufwendungen des dritten Abschnitts SGB VIII.

Gemäß einstimmigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.6.08 sollen die Rechtsansprüche dieser Produktgruppen in den nächsten Jahren wie folgt realisiert werden:

1. Der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes gemäß § 24a SGB VIII Abs.2 Nummer 1 i.V.m. den §§ 24a Abs. 1 und 24 Abs. 2 erfolgt in den nach Anlage 1 festgelegten Ausbaustufen bis 2010.
2. Der Ausbau an U3-Plätzen zur Sicherung des in 2013 eintretenden Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz erfolgt in den nach Anlage 1 festgelegten Ausbaustufen U3 bis 2013 für 35% der Population.
3. Der aktuelle Bedarf und der erreichte Ausbaustand zum 15.3.08 wird gem. § 24a Abs. 2 Nummer 2 wie in Anlage 1 unter „Plätze zum 15.3.08“ - für U3 aus 22% und für Hortplätze aus 22% der Population aufgeführt - festgestellt.
4. Die notwendigen Haushaltsmittel für den nach Punkt 1 bis 3 beschlossenen Ausbau sind durch den Magistrat in den jeweiligen Haushaltsplanentwürfen vorzusehen.
5. Die Ausbauplanung ist durch den Magistrat jährlich hinsichtlich Population und Bedarf zu überprüfen. Die daraus folgende Fortschreibung der Ausbauplanung ist den Ergebnissen der Überprüfung anzupassen und der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig vorzulegen, damit bis spätestens 15. Juni des jeweiligen Jahres hierüber beschlossen werden kann.

Ausbaustufen U3 bis 2010 (gem. §24a SGBVIII) / 2013 (Eintritt Rechtsanspruch)								
	Plätze U3 zum 15.3.08		Ausbau 08	Ausbau 09	Ausbau 10	Ausbau 11	Ausbau 12	Ausbau 13
In Einrichtungen	313		10	130	90	150	150	176
Tagepflege	157		60	30	30			
Gesamt	470		70	160	120	150	150	176
Population U3 in OF	3703	am 15.3.08						
Davon	sind:	Fehlbedarf 08	Fehlbed. 08	Fehlbed. 09	Fehlbed. 10	Fehlbed. 11	Fehlbed. 12	Fehlbed. 13
22%	815	-345	-275	-115	5			
35%	1296	-826	-756	-596	-476	-326	-176	0

Ausbaustufen Hort gem. §24a SGB VIII					
	Plätze zum 15.3.08		Ausbau 08	Ausbau 09	Ausbau 10
Hort	690		125	125	150
Population 6-10 Jahre	4992	am 15.3.08			
Davon	sind:	Fehlbedarf 08	Fehlbed. 08	Fehlbed. 09	Fehlbed. 10
22%	1098	-408	-283	-158	-8

Die Bedarfsdeckung für 22% der betroffenen Jahrgänge U3 bis 2010 in Offenbach ergibt sich aus der Novellierung des SGB VIII. Nach der Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern zum Ausbau von Kindertagesplätzen bis 2013 soll der Bedarf für 35 % der entsprechenden Population gedeckt werden. Als Grundlage für die Ausbaustufen im Hort wurden die Bedarfsdeckung U3 analog angewendet.

Der mit der Novellierung des SGB VIII in 2005 definierte Bildungsauftrag an den öffentlichen Träger der Jugendhilfe bezogen auf die Kinder von 0 bis 6 Jahren und die Hortkinder lässt eine Kostensenkung zulasten der Angebotsqualität nicht zu. Es steht daher nicht zu erwarten, dass die Ausgaben in diesem Leistungsbereich gesenkt werden können. Im Gegenteil, die gesetzliche Verpflichtung zum bedarfsdeckenden Ausbau der Betreuung und Bildung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren bis zum Jahre 2013 lässt in erheblichem Umfang weitere Haushaltsbelastungen durch die Jugendhilfe erwarten. Hinzu kommt, dass diese Plätze wesentlich kostenintensiver als Kindergarten- oder Hortplätze sind.

Das Land beteiligt sich mit den Förderprogrammen „Knirps/Bambini“ zu einem geringen Teil an den Kosten. Die Elternbeiträge sind im Haushalt nicht verbucht, da diese dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten bzw. den freien Trägern zufließen.

Bei der Tagespflege, die die Beratung der Eltern, die Erteilung der Pflegeerlaubnis an qualifizierte Tagespflegepersonen sowie die Auszahlung der Tagessätze umfasst, beträgt durch die Zuweisungen des Landes der Kostendeckungsgrad 43 %. Der Ausbau der Kindertagespflege wird durch die Stadt Offenbach forciert, da es sich bei dieser Form der

Tagesbetreuung um die günstigste zur Erfüllung des Rechtsanspruches handelt. Seit 2005 wurde die Anzahl der Kinder in Tagespflege von ca. 50 auf ca. 200 vervierfacht.

Je mehr Kinder die Einrichtungen in Anspruch nehmen, desto größer wird in Offenbach zudem die Summe der benötigten Kostenbeteiligung für Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen. Zusätzlich zu dieser Elternentlastung nach § 90 SGB VIII werden aufgrund des vom Land Hessen festgesetzten letzten freien Kindergartenjahres zusätzlich alle Eltern von Kindergartenkindern die Beitragskosten der Halbtagsbetreuung erlassen. Diese Kosten werden durch Landesmittel zu 100% gedeckt.

Die Höhe der Beiträge für Kindertagesstättenplätze ist von der Stadt Offenbach beeinflussbar. Aus diesem Grund wurde eine Beitragserhöhung in Erwägung gezogen.

Für eine unterstellte Beitragserhöhung von 10 % wurden die eintretenden Haushaltseffekte errechnet. Unter Berücksichtigung der Elternentlastung gem. § 90 SGB VIII würde dies lediglich zu einer Nettoentlastung im Haushalt von ca. 82 T€ führen.

Angesichts dieser Summe wiegt der bildungspolitische Schaden für die Offenbacher Familien sowie die standortpolitischen Folgen schwerer. Von einer Beitragserhöhung wird deshalb abgesehen.

Dass die Sach- und Dienstleistungen vom Rechnungsergebnis 2007 um 100 T€ steigen, liegt vor allem an den Abschreibungen auf Gebäude der Kindertagesstätten.

Die Kostendeckung sinkt von 8,1 % im Rechnungsjahr 2007 auf 6,5 % ab dem Jahr 2009.

3.5.2 Jugendarbeit

Hierzu gehören die Produkte:

06.02.01	Jugendsozialarbeit
06.02.02	Genderprojekte in der Jugendhilfe
06.02.03	Entlastung der Familien
06.02.04	Bildung/Kooperation Schulen
06.02.05	Begegnung, Kommunikation und Information
06.02.06	Interkulturelle Verständigung

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	37.990	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	262.611	453.770	506.330	506.330	506.330	406.330
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	300.601	453.770	506.330	506.330	506.330	406.330
Personalaufwand	-2.714.135	-2.847.108	-3.027.969	-3.069.696	-3.069.696	-3.112.094
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-398.645	-461.434	-478.687	-478.687	-478.687	-477.597
Zuschüsse, Umlagen	-998.065	-825.300	-956.300	-831.300	-831.300	-831.300
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-4.110.846	-4.133.842	-4.462.957	-4.379.683	-4.379.683	-4.420.991
Produktsaldo	-3.810.244	-3.680.072	-3.956.627	-3.873.353	-3.873.353	-4.014.661
Kostendeckungsgrad	7,3%	11,0%	11,3%	11,6%	11,6%	9,2%

Neben Zuschüssen, die an Vereine und Verbände für deren Jugendarbeit gezahlt werden, wird im Bereich der Jugendsozialarbeit vor allem auch die Ganztagsbetreuung gefördert sowie die Zuschüsse zur Stadtranderholung an bedürftige Eltern gezahlt. Diese Ausgaben werden von der Stadt stabil gehalten. Aufgrund der Zuweisungen des Landes wird ein Kostendeckungsgrad von 42 % erreicht.

Der Abschlussbericht zur 91. Vergleichende Prüfung "Konsolidierung der Großstädte" des Landesrechnungshofes (im Folgenden VPKG genannt) stellte fest, dass in diesem Leistungsbereich der Stadt Offenbach kein Konsolidierungspotential festzustellen ist.

Hintergrund hierfür war ein erheblicher Stellenabbau in diesem Leistungsbereich seit Beginn der Haushaltssanierung und die umgesetzten Optimierungsprozesse für die gesamte Jugendarbeit im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses während der 90er Jahre.

Leistungserweiterungen wurden im Wesentlichen durch die Akquise von Drittmitteln ermöglicht.

Für diese Aufgaben, die nach dem Sozialgesetzbuch IIIV in den Zuständigkeitsbereich der Kommune fallen, die jedoch in ihrem Umfang und ihrer Ausgabenhöhe dem Bedarf in der Stadt angepasst werden müssen, erhält die Stadt Zuweisungen des Landes und der EU, die in 2009 11,3 % der Kosten decken. In diesem Produkt sind deshalb als freiwillig definierte Leistungen enthalten, die am Ende des 3. Kapitels noch einmal im Zusammenhang

thematisiert werden. Insgesamt steigt der Kostendeckungsgrad von 7,3 % im Jahr 2007 auf 9,2 % im Jahr 2012.

3.5.3 Erzieherische Hilfen

Hierzu gehört das Produkt:

06.03.03 Erzieherische Hilfen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	3.454	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	2.878.367	2.584.550	2.603.950	2.603.950	2.603.950	2.603.950
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	2.881.821	2.584.550	2.603.950	2.603.950	2.603.950	2.603.950
Personalaufwand	-1.410.822	-1.450.436	-1.579.718	-1.603.096	-1.603.096	-1.626.787
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-106.416	-130.662	-134.227	-134.227	-134.227	-134.227
Zuschüsse, Umlagen	-11.000.462	-11.601.580	-13.303.680	-13.303.680	-13.303.680	-13.303.680
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-12.517.701	-13.182.678	-15.017.624	-15.041.003	-15.041.003	-15.064.693
Produktsaldo	-9.635.880	-10.598.128	-12.413.674	-12.437.053	-12.437.053	-12.460.743
Kostendeckungsgrad	23,0%	19,6%	17,3%	17,3%	17,3%	17,3%

In diesem Bereich geht es u.a. um das Einleiten von Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls. Die Hilfe zur Erziehung wird weiter ansteigen, da vor allem mehr Kinder in Obhut genommen werden mussten und voraussichtlich müssen. Grund hierfür ist die erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung und bei den Kinder betreuenden Berufsgruppen und der damit verbundenen höheren Quote von aufgedeckten Hilfebedarfen. Das im Mai 2008 beschlossene „Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls“ wird die Einleitung von Hilfemaßnahmen beschleunigen und bei Bedarf unter Umständen deren Umsetzung erleichtern. In Offenbach werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt ca. 250 Kinder stationär oder teilstationär betreut. Es handelt sich also um eine kleine Population, die mit großem pädagogischen Aufwand betreut werden muss.

Sich im Rahmen des Kommunalen Lastenausgleichs werden von den Aufwendungen dieser Pflichtaufgabe in Höhe von 13,1 Mio. € knapp 2 Mio. € ersetzt. Der Kostendeckungsgrad beträgt insgesamt 17 %.

Die VPKG stellte fest, dass die Stadt Offenbach die niedrigste Zahl an Fällen der Hilfen zur Erziehung pro 1000 junge Menschen im Städtevergleich aufzuweisen hatte. Im Städtevergleich lag der nächstgünstigste Wert circa 80% über dem der Stadt Offenbach. Dies, obwohl die Stadt Offenbach sozialstrukturell im interkommunalen Vergleich quantitativ und qualitativ in überdurchschnittlichem Ausmaß Problemlagen zu bewältigen hat.

Entscheidend für das Aufkommen bei den Hilfen zur Erziehung sind die Fälle im System. Von daher kann festgestellt werden, dass unter Ausgabegesichtspunkten das Jugendhilfesystem in Offenbach effizient und effektiv funktioniert.

Die Tatsache, dass die Hilfen zur Erziehung subjektive Rechtsansprüche sind und nicht zu erwarten ist, dass die sozialen Problemlagen der Stadt Offenbach sich kurz- oder mittelfristig reduzieren lassen, schließt in diesem Geschäftsfeld der Jugendhilfe weiterer Ausgabenreduktionen aus. Geringfügige Steigerungen in diesem Leistungsbereich wären angesichts der Ausgangslage bereits als Erfolg der Konsolidierungsanstrengungen in der Jugendhilfe anzusehen

3.5.4 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Hierzu gehören die Produkte:

- 06.03.02 Landesaufgaben Heimaufsicht
- 06.03.04. Kindschaftsrechtsangelegenheiten
- 06.03.01 Allgemeine Förderung von Erziehung in der Familie (§§ 17, 28 und 52)
- 06.06.01 Start-Projekt (Produktionsschule)

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	1.200	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	379.850	558.650	546.150	546.150	546.150	546.150
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	381.050	558.650	546.150	546.150	546.150	546.150
Personalaufwand	-1.649.396	-1.737.436	-1.727.176	-1.752.739	-1.752.739	-1.778.624
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-49.304	-54.250	-56.713	-56.713	-56.713	-56.713
Zuschüsse, Umlagen	-515.406	-655.000	-655.000	-655.000	-655.000	-655.000
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.214.106	-2.446.687	-2.438.889	-2.464.452	-2.464.452	-2.490.337
Produktsaldo	-1.833.056	-1.888.037	-1.892.739	-1.918.302	-1.918.302	-1.944.187
Kostendeckungsgrad	17,2%	22,8%	22,4%	22,2%	22,2%	21,9%

Hier machen sich die Steigerungen aufgrund der Tarifierhöhungen und der Preissteigerungen bei der Beschaffung von Büromaterial bemerkbar.

Bei der Heimaufsicht handelt es sich um die Sicherung des Wohles der in Einrichtungen untergebrachten Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen. Diese Pflichtaufgabe des Landes wurde zu großen Teilen vom Land Hessen auf die öffentlichen, örtlichen Träger der Jugendhilfe delegiert.

Hierfür gibt es keinen hinreichenden Kostenersatz, ebenso wenig für die Aufgabe der Unterstützung in Kindschaftsrechtsangelegenheiten. Eltern und Kinder werden bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und Vaterschaftsfeststellungen zu unterstützen. Diese Leistungen sind per Gesetz ohne Gebührenerhebung bereitzustellen.

Diesem Produktbündel wurde auch das Start-Projekt zugeordnet. Es handelt sich um eine Produktionsschule für Jugendliche/junge Menschen, bei dem praktisches und theoretisches Lernen verzahnt wird (Produkt aus dem Bereich der Arbeitsförderung). Durch die Zuweisungen wird ein Kostendeckungsgrad von 63,3 % erreicht.

Insgesamt steigt wegen der höheren Kostenerstattung im Bereich des Start-Projekts der Kostendeckungsgrad vom Rechnungsergebnis 2007 mit 17,2 % auf 21,9 % im Jahr 2012.

3.5.5 Zusammenfassung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	41.444	0	0	0	0	0
Gebühren	1.200	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	5.336.421	5.448.570	5.719.670	5.719.670	5.719.670	5.619.670
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	5.379.065	5.448.570	5.719.670	5.719.670	5.719.670	5.619.670
Personalaufwand	-5.971.181	-6.243.840	-6.557.550	-6.651.539	-6.651.539	-6.746.888
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-559.380	-782.688	-1.132.711	-1.118.711	-1.107.811	-1.046.921
Zuschüsse, Umlagen	-34.751.244	-39.294.370	-44.872.030	-45.983.800	-45.734.610	-45.734.610
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-41.281.806	-46.320.898	-52.562.291	-53.754.050	-53.493.960	-53.528.420
Produktsaldo	-35.902.741	-40.872.328	-46.842.621	-48.034.380	-47.774.290	-47.908.750
Kostendeckungsgrad	13,0%	11,8%	10,9%	10,6%	10,7%	10,5%

Dieser Bereich wird dominiert von den Zuschüssen an Träger zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Hierbei spielt die Erfüllung des bedarfsgerechten Angebots an Krabbel-, Hort- und Kindertagesplätzen eine zentrale Rolle.

Die Summe der Aufwendungen steigt im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe vom Rechnungsergebnis 2007 zum Haushaltsansatz 2009 um 11 Mio. €, die Erträge lediglich um 350 T€, so dass eine Saldendifferenz in Höhe von ca. 10,6 Mio. € entsteht. Der Anstieg resultiert vor allem aus dem Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, bei denen die Stadt Offenbach aufgrund gesetzlicher Vorgaben den Betreuungsanspruch sicherstellen muss. Auch bei dem zweiten großen Kostenfaktor, den erzieherischen Hilfen, hat die Stadt keinen Handlungsspielraum. Die Personensorgeberechtigten haben einen subjektiven Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn Sie von der Aufgabe eine dem Wohl ihrer Kinder gerecht werdenden Erziehung überfordert sind. Im akuten Gefährdungsfall muss das Jugendamt entsprechend handeln und teilweise Kinder auch entgegen dem Willen ihrer Erziehungsberechtigten in Obhut nehmen. Die in den letzten Jahren in der Presse kommunizierten Todesfälle von vernachlässigten Kindern und nicht rechtzeitig einsetzender Hilfe zeigen, dass in diesem Bereich keine 'falschen', d.h. der Aufgabe nicht angemessene, Mittelrestriktionen Platz greifen dürfen.

Der Kostendeckungsgrad bei diesen Leistungen, bei denen es sich überwiegend um Pflichtleistungen handelt, sinkt von 13,0 % im Jahr 2007 auf 10,5 % im Jahr 2012.

3.6. Gesundheitsdienste (Produktbereich 07)

3.6.1 Gesundheit und Veterinäraufsicht

Hierzu gehören die Produkte:

- 07.02.01 Überwachung von Lebensmittelbetrieben u. Erzeugnissen
- 07.02.02 Veterinäraufsicht: Tierschutz (tierschutzrechtliche Erlaubnisse, Überwachungen von Tierhaltungen und Tiertransporten)
- 07.02.03 Veterinäraufsicht: Tierseuchenbekämpfung
- 07.03.01 Begutachtung und gesundheitliche Belange
- 07.03.02 Gesundheitsförderung und Prävention
- 07.03.03 Gesundheitsschutz

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	600	100	100	100	100	0
Gebühren	302.143	238.000	238.000	238.000	238.000	229.000
Kostenerstattung	447.799	448.000	448.000	448.000	448.000	448.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	750.542	686.100	686.100	686.100	686.100	677.000
Personalaufwand	-1.799.388	-1.972.370	-2.187.600	-2.219.300	-2.219.300	-2.251.300
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-74.207	-105.880	-106.845	-105.905	-105.905	-100.805
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
Summe Aufwendungen	-1.873.595	-2.083.250	-2.299.445	-2.330.205	-2.330.205	-2.357.105
Produktsaldo	-1.123.053	-1.397.150	-1.613.345	-1.644.105	-1.644.105	-1.680.105
Kostendeckungsgrad	40,1%	32,9%	29,8%	29,4%	29,4%	28,7%

In dieser Tabelle sind die Pflichtaufgaben des Staatlichen Veterinäramtes und des Gesundheitsamtes gemeinsam dargestellt. Das Staatliche Veterinäramt ist seit 2005 kommunalisiert und in die Organisation der Stadt Offenbach eingebunden. Das Land stellt hierfür die erforderlichen Verwaltungskosten zur Verfügung, so dass die Organisationseinheit bei konstanten Erträgen und Aufwendungen kostendeckend arbeiten kann.

Die Gebühren, die als Gefahrenabwehrbehörde im Rahmen des Veterinärwesens gefordert werden, sind bei der hauptsächlichen Einnahmequelle, den Zweit/Nachkontrollen im Lebensmittelbereich, vorgegeben und von der Stadt in der Höhe nicht beeinflussbar. Andere Genehmigungen richten sich nach dem Aufwand und sind in einem bestimmten Rahmen vorgegeben. Da in Offenbach keine großen Betriebe zugelassen sind, von denen hohe Gebühren zu bezahlen wären (z.B. Geflügelzucht, Fleischgroßhandel), sind keine Einnahmesprünge zu erwarten.

Die Aufgaben in den Produkten Begutachtung gesundheitlicher Belange, Gesundheitsförderung und Prävention sowie Gesundheitsschutz finanzieren sich durch Verwaltungsgebühren nach der Trinkwasserverordnung und aus den Gebühren für Untersuchungen. Diese Gebühren sind durch die Gebührenordnung für Gesundheitsämter in Hessen vorgegeben und können von der Stadt Offenbach nicht verändert werden. In einigen Fällen gibt es einen vorgegebenen Rahmen, in dem die Gebühren nach Art und Umfang der

Untersuchung variieren können. In halbjährlichen Treffen der Verwaltungsleiter werden u.a. auch diesbezüglich entsprechende Verfahrensgrundsätze besprochen. Während die Begutachtungen einen Kostendeckungsgrad von 39 % produzieren, liegt der Kostendeckungsgrad beim Gesundheitsschutz bei 3 % und bei der Gesundheitsvorsorge bei 2 %.

Die Aufwendungen für Personal steigen im Produktbündel, da sowohl in 2008 als auch in 2009 mehrere Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase geplant sind.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich aufgrund eines größeren Bedarfs / höherer Preise für Praxis- und Laborbedarf sowie der Instandhaltung von Büromaschinen und Einrichtungen. Dies ist auch künftig planerisch und faktisch nicht auszuschalten, da bestimmte Ereignisse nicht steuerbar sind (z. B. Anzahl der Laboruntersuchungen, Anzahl der Tbc-Umgebungsuntersuchungen). Auch Preissteigerungen sind schlecht kalkulierbar.

Der Kostendeckungsgrad insgesamt sinkt dementsprechend von 40,1 % im Jahr 2007 auf 28,7 % im Jahr 2012.

In diesem sensiblen Bereich der Gefahrenabwehr können die Aufwendungen, vor allem im Personalbereich nicht mehr nach unten reduziert werden, ohne den Auftrag, die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, zu gefährden. Das Stadtgesundheitsamt kann mit dem vorhandenen Personal generell nur versuchen, die gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben zu erledigen. Viele dieser Aufgaben können nicht in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfang wahrgenommen werden, so dass in beiden Bereichen eine Erledigung nur durch Setzen von Prioritäten möglich ist.

3.7. Sportförderung (Produktbereich 08)

3.7.1 Sportförderung

Hierzu gehört das Produkt:

08.01.01 Sportförderung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	29.599	37.750	37.550	37.550	39.550	39.750
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	19.887	35.000	34.000	34.000	34.000	37.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670
Summe Erträge	57.157	80.420	79.220	79.220	81.220	84.420
Personalaufwand	-208.570	-234.316	-171.544	-174.019	-174.019	-176.444
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-398.259	-273.947	-250.670	-240.813	-251.928	-252.068
Zuschüsse, Umlagen	-1.048.738	-875.940	-832.190	-832.320	-832.320	-832.320
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250
Summe Aufwendungen	-1.666.818	-1.395.454	-1.265.655	-1.258.403	-1.269.518	-1.272.083
Produktsaldo	-1.609.661	-1.315.034	-1.186.435	-1.179.183	-1.188.298	-1.187.663
Kostendeckungsgrad	3,4%	5,8%	6,3%	6,3%	6,4%	6,6%

Die Aufgaben in diesem Bereich werden den freiwilligen Aufgaben zugeordnet.

Die höheren privatrechtlichen Entgelte ab dem Jahr 2008 resultieren aus den Teilnehmerentgelten der von der Stadt finanzierten Sportkurse, die je nach Teilnehmerzahl und angebotener Dauer variieren. Die Kursgebühren wurden im Jahr 2008 angehoben, um eine bessere Kostendeckung zu erreichen.

Das niedrige Rechnungsergebnis 2007 beim Kostenersatz ergibt sich aus Umbuchungen, die noch für Verrechnungen aus dem Jahr 2006 erforderlich waren.

Die Personalaufwendungen sind im Jahr 2008 höher, da eine Beurlaubungsrückkehr eingeplant ist. Die Reduzierung erklärt sich durch die Stellenverlagerung zu einem anderen Amt.

Das Sinken der Sach- und Dienstleistungen ab 2008 resultiert vor allem aus geringerem Kostenersatz für den Aufwand, der durch die GBM im Auftrag des damaligen Sport- und Badeamtes im Zusammenhang mit der Durchführung von Sportveranstaltungen zu erbringen war sowie geringeren Aufwendungen für Sportveranstaltungen mit Partnerstädten.

Die Erhöhung der Vereinszuschüsse im Berichtsjahr 2007 begründet sich hauptsächlich aus einer einmaligen Zahlung an das Waldschwimmbad Rosenhöhe in Höhe von 245 T€: Der laufende Betriebskostenzuschuss an das Waldschwimmbad Rosenhöhe beinhaltet keine Dynamisierung und wurde seit 2000 in unveränderter Höhe gezahlt. Diese zusätzliche Zahlung glich die vom Revisionsamt festgesetzten kumulierten Verluste bis einschließlich

2007 aus. Sie sind u. a. durch Tarifsteigerungen im Personalbereich, durch gestiegene Energie- und Sachkosten und durch witterungsbedingte Einnahmeausfälle entstanden.

Grundsätzlich erfolgt die Auszahlung nach den städtischen Sportförderrichtlinien auf Antrag.

Ab dem Haushaltsjahr 2009 werden die städtischen Aufwendungen für die Sportförderung im Rahmen der Budgetvereinbarungen auf 1,2 Mio. € fixiert. Ziel ist es, noch verstärkter private Gelder im Rahmen des Fundraisings zu akquirieren. Die Kostendeckung dieser freiwilligen Aufgabe erhöht sich somit auf über 6 %.

3.7.2 Sportstätten und Badeseen

Hierzu gehört das Produkt:

08.02.01 Sportstätten und Badeseen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	27.120	20.300	19.660	19.660	19.760	19.900
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	25.258	33.230	31.870	32.910	32.910	34.010
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	52.378	53.530	51.530	52.570	52.670	53.910
Personalaufwand	-193.659	-220.264	-194.756	-197.481	-197.481	-200.456
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.993.417	-1.578.553	-1.728.510	-1.728.817	-1.729.142	-1.733.452
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.187.076	-1.798.816	-1.923.265	-1.926.297	-1.926.622	-1.933.907
Produktsaldo	-2.134.697	-1.745.286	-1.871.735	-1.873.727	-1.873.952	-1.879.997
Kostendeckungsgrad	2,4%	3,0%	2,7%	2,7%	2,7%	2,8%

Auch hier handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, deren Saldo 2008 auf 1,8 Mio. € stabilisiert ist, so dass auch die Kostendeckung bei 2,7 % verharrt.

Die privatrechtlichen Entgelte sinken ab dem Jahr 2007, da weniger Dienstwohnungen vermietet sind.

Die Kostenerstattung steigt ab dem Jahr 2008 aufgrund höherer Beiträge der Vereine für die Instandhaltung und der höheren Energiekosten.

Die einmalige Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2007 resultiert aus einer Nachzahlung bisher nicht in Rechnung gestellter Leistungen der GBM, die für die Stadt Offenbach die Unterhaltung der Sportstätten inklusive der Hausmeistertätigkeiten wahrnimmt.

3.7.3 Zusammenfassung Sportförderung

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	56.719	58.050	57.210	57.210	59.310	59.650
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	45.146	68.230	65.870	66.910	66.910	71.010
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670	7.670
Summe Erträge	109.535	133.950	130.750	131.790	133.890	138.330
Personalaufwand	-402.229	-454.580	-366.300	-371.500	-371.500	-376.900
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.391.676	-1.852.500	-1.979.180	-1.969.630	-1.981.070	-1.985.520
Zuschüsse, Umlagen	-1.048.738	-875.940	-832.190	-832.320	-832.320	-832.320
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250	-11.250
Summe Aufwendungen	-3.853.893	-3.194.270	-3.188.920	-3.184.700	-3.196.140	-3.205.990
Produktsaldo	-3.744.358	-3.060.320	-3.058.170	-3.052.910	-3.062.250	-3.067.660
Kostendeckungsgrad	2,8%	4,2%	4,1%	4,1%	4,2%	4,3%

Die freiwilligen Maßnahmen der Sportförderung verringern sich ab dem Haushaltsansatz 2008 im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2007 im Produktsaldo um fast 700 T€, so dass für diesen Bereich im Rahmen der Ziel- und Budgetvereinbarungen ein Zuschuss von insgesamt etwas mehr als 3 Mio. € eingeplant wird.

Die Zuschüsse an Vereine und Verbände betragen knapp 900 T€ und sind so festgesetzt, dass eine sinnvolle Betätigung noch möglich ist. Die Vereine leisten einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag zur sozial- und sportpolitischen Gestaltung in Offenbach, auch gerade in der Arbeit mit Senioren, Migranten und insbesondere Kindern und Jugendlichen.

Der Kostendeckungsgrad steigt von 2,8 % im Jahr 2007 auf 4,3 % im Jahr 2012.

3.8. Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen (Produktbereich 09)

3.8.1 Stadterneuerung

Hierzu gehören die Produkte:

09.01.01	Aktivierung und Neuordnung von Bauland
09.01.07	Stadterneuerung
09.01.10	Formelle Planung

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	50.000	0	0	0	0
Gebühren	5.180	8.000	6.500	6.500	6.500	6.500
Kostenerstattung	182.363	228.270	205.770	220.770	220.770	220.770
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	187.543	286.270	212.270	227.270	227.270	227.270
Personalaufwand	-763.764	-859.386	-860.453	-872.974	-872.974	-885.822
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-205.054	-337.452	-442.426	-458.744	-464.491	-463.279
Zuschüsse, Umlagen	-75.620	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.044.438	-1.280.038	-1.386.080	-1.414.918	-1.420.666	-1.432.300
Produktsaldo	-856.895	-993.768	-1.173.810	-1.187.648	-1.193.396	-1.205.030
Kostendeckungsgrad	18,0%	22,4%	15,3%	16,1%	16,0%	15,9%

Das Produkt der Aktivierung und Neuordnung von Bauland beinhaltet u.a. die Prüfung von Vorkaufsrechten sowie die Durchführung von Bebauungsplan- und Umlegungsverfahren. Für das Vorkaufsrecht kann eine Schreibgebühr erhoben werden, die sich nach dem Wert des Grundstücks staffelt. Im Jahr 2008 sind 50 T€ im Umlegungsverfahren für das Gebiet Waldeck Bieber eingeplant sowie etwas höhere Zuweisungen des Landes im Bereich der Stadterneuerung, so dass sich die Ertragsseite in 2008 einmalig verbessert.

Im Bereich des Produkts Stadterneuerung gibt es Zuweisungen, die im Bereich des Projekts Soziale Stadt die Sachkosten zu 87 % decken, der Kostendeckungsgrad beläuft sich insgesamt auf 38 %.

Bei der Formellen Planung gehören zum Aufgabengebiet u.a. die Mitwirkung am Flächennutzungsplan, Stellungnahmen zu Bauvorhaben Dritter und die Verhandlungen bei städtebaulichen Verträgen. Für diese kommunalen Pflichtaufgaben können keine Gebühren verlangt werden, so dass keinerlei Erträge vorhanden sind. In diesem Bereich wird auch die vertraglich festgelegte RMV-Umlage abgeführt, die in den Folgejahren stabil bleiben wird.

Diese Aufgaben gehören zu den Pflichtaufgaben, wobei die Stadt Handlungsspielraum bei der Ausweisung der Baulandflächen hat. Die Maßnahmen dienen jedoch der dringend benötigten Strukturverbesserung und Einnahmeentwicklung der Stadt.

Die Personalkosten steigen in 2008 um rund 100 T€, da mehrere Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase eingeplant sind.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen in Planungszeitraum ab 2009 um 120 T€ hauptsächlich durch die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt und Stadtumbau in Hessen (HEGISS). Bei diesem Projekt handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme, die mit bis zu 70 % durch Fördermittel refinanziert wird. Die Zuwendungen werden im Finanzhaushalt aufgeführt, wo sie den entsprechenden Hochbaumaßnahmen gegenüberstehen.

Insgesamt verteuern sich deshalb die Aufwendungen für das Produktbündel Stadterneuerung um 200 T€, der Kostendeckungsgrad sinkt demzufolge von 18,0 % in 2007 auf 15,9 % in 2009.

3.8.2 Grundstückswertermittlung

Hierzu gehören die Produkte:

- 09.01.03 Grundstückswertermittlung
- 09.01.06 Informelle Planung
- 09.01.08 Städtebauliche Beratung und Information

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	18.528	55.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	18.528	55.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Personalaufwand	-864.300	-915.187	-936.815	-950.430	-948.430	-964.355
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-194.569	-179.490	-180.752	-180.882	-180.972	-174.492
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.058.868	-1.094.677	-1.117.567	-1.131.313	-1.129.403	-1.138.847
Produktsaldo	-1.040.341	-1.039.677	-1.077.567	-1.091.313	-1.089.403	-1.098.847
Kostendeckungsgrad	1,7%	5,0%	3,6%	3,5%	3,5%	3,5%

Bei der Grundstückswertermittlung, einer Pflichtaufgabe, werden Gutachtergebühren fällig, die sich nach der Landesdurchführungsverordnung zum Baugesetzbuch richten. Sie sind somit von der Stadt Offenbach nicht beeinflussbar. Im Jahr 2007 wurden weniger Grundstücke bewertet. Für die Folgejahre wird jedoch wieder mit einem etwas höheren Ertrag gerechnet.

Das Produkt Informelle Planung umfasst u.a. die Stadtentwicklungsplanungen mit mittel- / langfristiger Perspektive sowie konzeptionelle Planungen (z.B. Verkehrsmanagement) und hat keine Ertragspositionen. Auch bei der Beratung von Investoren, Architekten, Bauherrn und Bürgern sowie der Stellungnahme aus planungsrechtlicher Sicht im Baugenehmigungsverfahren können keine Gebühren erhoben werden, so dass keinerlei Kostendeckung vorhanden ist.

Die Steigerung bei den Personalaufwendungen resultiert aus Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Der Saldo dieses Produktbündels steigt ab 2007 von -1,04 Mio. € leicht auf -1,09 Mio. €, dabei erhöht sich der Kostendeckungsgrad von 1,7 % in 2007 auf 3,5 % in 2012.

Einflussmöglichkeiten auf höhere Erträge hat die Stadt in diesem Bereich nicht.

3.8.3 Raumbezogene Informationssysteme, Flughafenausbau

Hierzu gehören die Produkte:

09.01.02	Erhebung und Bereitstellung von Geobasisdaten
09.01.04	Raumbezogene Informationssysteme und kartografische Produkte
09.01.05	Projekt „HEGISS“
09.01.09	Integrierte Handlungskonzepte zum /gegen Flughafenausbau Frankfurt/Main

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	44.264	50.000	50.000	55.000	60.000	60.000
Gebühren	100.029	60.000	100.000	60.000	60.000	60.000
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	144.294	110.000	150.000	115.000	120.000	120.000
Personalaufwand	-1.141.976	-1.251.743	-1.293.305	-1.312.350	-1.312.350	-1.331.602
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-337.229	-379.284	-383.459	-388.802	-390.332	-386.279
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.479.205	-1.631.027	-1.676.764	-1.701.153	-1.702.683	-1.717.881
Produktsaldo	-1.334.912	-1.521.027	-1.526.764	-1.586.153	-1.582.683	-1.597.881
Kostendeckungsgrad	9,8%	6,7%	8,9%	6,8%	7,0%	7,0%

Das Produkt 09.01.02 beinhaltet die Bereitstellung von digitalen Geobasisdaten. Die hierfür nach Satzung erhobenen Vermessungsgebühren sind dynamisch an die Erhöhungen der Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen angepasst. Durch diese Erträge wird ein Kostenbeitrag geleistet, so dass sich der Kostendeckungsgrad auf 20,7 % beläuft.

Beim Produkt 09.01.04 - Raumbezogene Informationssysteme und kartografische Produkte - werden durch den Verkauf von Karten, Plänen und sonstigen Geobasisdaten (z. B. Koordinaten von Grenz-, Gebäude- und sonstigen topografischen Punkten) im Rahmen des Ausbaus des Geografischen Informationssystems (GIS) in digitaler und analoger Form an private und städtische Gesellschaften 10,9 % Kostendeckung erzielt. Die bereitgehaltenen Geobasisdaten werden aber nicht zu diesem Zwecke erhoben, sondern werden für städtische Vorhaben benötigt. Durch den Verkauf an Dritte wird eine zusätzliche Einnahmemöglichkeit erschlossen.

Diese beiden Aufgaben lassen sich nicht direkt aus dem Baugesetzbuch ableiten, doch sind diese Leistungen erforderlich, um z. B. Bebauungspläne aufstellen oder Baulandumlegungen abwickeln zu können. So kann ein Bebauungsplan nur auf der Basis einer aktuellen Karte erstellt werden. Um eine aktuelle Karte vorzuhalten, sind Bestandsaufnahmen durch Vermessungen oder Luftbildauswertungen erforderlich, so dass diese Aufgaben nicht als freiwillige Leistungen definiert werden können.

Beim Projekt „HEGISS“ handelt es sich um ein vom Land gefördertes Projekt zur sozialen Stadtentwicklung, das zu den freiwilligen Leistungen gehört. Die Zuwendungen werden im Finanzhaushalt aufgeführt, wo sie den entsprechenden Hochbaumaßnahmen gegenüberstehen. Für die Teilnahme hat sich die Stadt Offenbach entschieden, da die Aufwendungen zu 70 % durch Fördermittel gedeckt werden.

Auch bei dem Produkt Integrierte Handlungskonzepte zum/gegen den Flughafenausbau Frankfurt/Main handelt es sich um eine freiwillige Aufwendung. Die Mittel müssen zur Wahrung der Offenbacher Rechtsposition u.a. durch Stellungnahmen und Klageverfahren zur Verfügung gestellt werden. Eine Ertragsposition ist nicht vorhanden. Die Aufwendungen in diesem Bereich werden insgesamt um 400 T€ sinken, sobald das Verfahren gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens abgeschlossen ist.

Die Personalaufwendungen steigen aufgrund Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Der Kostendeckungsgrad schwankt abhängig von den vereinnahmten Vermessungsgebühren zwischen 9,8 % in 2007 und 7,0 % in 2011/2012.

3.8.4 Zusammenfassung Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	44.264	100.000	50.000	55.000	60.000	60.000
Gebühren	123.737	123.000	146.500	106.500	106.500	106.500
Kostenerstattung	182.363	228.270	205.770	220.770	220.770	220.770
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	350.364	451.270	402.270	382.270	387.270	387.270
Personalaufwand	-2.770.039	-3.026.316	-3.090.573	-3.135.755	-3.133.755	-3.181.779
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-736.852	-896.226	-1.006.637	-1.028.428	-1.035.796	-1.024.050
Zuschüsse, Umlagen	-75.620	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200	-83.200
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.582.512	-4.005.742	-4.180.410	-4.247.383	-4.252.751	-4.289.028
Produktsaldo	-3.232.148	-3.554.472	-3.778.140	-3.865.113	-3.865.481	-3.901.758
Kostendeckungsgrad	9,8%	11,3%	9,6%	9,0%	9,1%	9,0%

Die Steigerung im Produktsaldo ab 2007 ist vor allem auf die Erhöhung der Personalaufwendungen und auf die beschriebenen höheren Aufwendungen für Dienst- und Sachleistungen ab 2008 zurück zu führen.

Da es sich fast ausschließlich um Pflichtleistungen mit Erträgen handelt, bei denen die Gebühren vorgegeben sind, hat die Stadt keinen spürbaren Einfluss auf eine Ertragssteigerung und damit auf eine Erhöhung der Kostendeckung, die von 9,8 % im Rechnungsergebnis 2007 auf 9,0 % im Jahr 2012 sinkt.

3.9. Bauen und Wohnen (Produktbereich 10)

3.9.1 Bauaufsicht

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.01 Bauaufsicht

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	29.298	15.200	19.000	15.200	15.200	15.200
Gebühren	447.410	1.193.062	1.193.062	932.062	932.062	932.062
Kostenerstattung	-6.800	47.630	47.630	47.630	47.630	47.630
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	469.908	1.255.892	1.259.692	994.892	994.892	994.892
Personalaufwand	-1.023.092	-1.063.887	-1.103.238	-1.119.236	-1.119.236	-1.135.595
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-31.406	-77.273	-82.950	-82.950	-82.950	-82.950
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-60.530	-67.780	-67.780	-67.780	-67.780	-67.780
Summe Aufwendungen	-1.115.028	-1.208.939	-1.253.968	-1.269.966	-1.269.966	-1.286.325
Produktsaldo	-645.120	46.953	5.724	-275.074	-275.074	-291.433
Kostendeckungsgrad	42,1%	103,9%	100,5%	78,3%	78,3%	77,3%

Bei dem Produkt Bauaufsicht handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Baugesetzbuch. Die dort erhobenen Gebühren (gilt auch für Abweichungs- und Befreiungsgebühren) werden auf der Grundlage der Bauaufsichtsgebührensatzung der Stadt Offenbach a.M. vom 03.05.1988, die Stellplatzabgabe wird auf der Grundlage der Stellplatzsatzung vom 30.10.1997 erhoben. Im Bedarfsfall wird die Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen herangezogen. Die Höhe der jeweiligen Gebührentatbestände ist seit dem Inkrafttreten der Satzung unverändert geblieben. Das Ersetzen der Satzung durch das Übernehmen der entsprechenden Tatbestände aus der Verwaltungskostenordnung des Landes würde nach Einschätzung des Bauaufsichtsamtes zu einer Senkung der Gebühreneinnahmen und damit zu Einnahmeverlusten führen.

Die prognostizierten Mehreinnahmen in den Jahren 2008 und 2009 gehen überwiegend auf höhere Gebühren im Zusammenhang mit der Genehmigung eines großen Bauprojekts zurück. Deshalb wird in diesen beiden Jahren das Bauaufsichtsamt kostendeckend arbeiten.

Bei dem im Rechnungsergebnis 2007 geringeren Aufwand im Bereich der Sach- und Dienstleistungen handelt es sich vor allem um nicht benötigte Mittel für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände und für die Auslagen für Statiker-/ Prüfgebühren. Bei den Mitteln für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände werden Missstände, die durch Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen, im Wege der Ersatzvornahme von der Stadt Offenbach beseitigt, sofern die verantwortlichen Bürger den Misstand nicht selbst beheben. Die Bürger sind dann zur Erstattung der Aufwendungen verpflichtet. Bei den Auslagen für Statiker-/ Prüfgebühren ist die Stadt, die den Prüfauftrag erteilt hat, gehalten, die entsprechenden Gebühren, die der Bauherr wegen Zahlungsunfähigkeit etc. nicht zahlen kann, vorzufinanzieren. (Hier kann Gefahr im Verzug sein oder es ist ein Grundstück von

Schutt oder Müll zu räumen.) Diese Kosten werden über die Vollstreckungsstelle begetrieben.

Der Kostendeckungsgrad steigt von 42,1 % im Jahr 2007 auf 77,3 % im Jahr 2012, in den Jahren 2008 und 2009 wird kostendeckend gearbeitet. Dieser Bereich kann auf Dauer jedoch nur dann ein ausgeglichenes Produktsaldo aufweisen, wenn größere Bauvorhaben für entsprechende Gebühreneinnahmen sorgen.

3.9.2 Grundstücksgeschäfte und Erbbaurechte

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.02 Abwicklung von Grundstücksgeschäften sowie Bereitstellung und Verwaltung von Erbbaurechten

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	7.322.958	13.350.000	9.100.000	7.700.000	7.700.000	2.950.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	7.322.958	13.350.000	9.100.000	7.700.000	7.700.000	2.950.000
Personalaufwand	-263.487	-302.096	-293.745	-297.896	-297.896	-302.133
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-10.142	-7.515	-7.706	-7.625	-7.625	-7.625
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-273.630	-309.611	-301.450	-305.520	-305.520	-309.758
Produktsaldo	7.049.329	13.040.389	8.798.550	7.394.480	7.394.480	2.640.242
Kostendeckungsgrad	2676,2%	4311,9%	3018,7%	2520,3%	2520,3%	952,4%

Im Jahr 2008 wurde mit besonders hohen Erträgen bei den Grundstücksverkäufen gerechnet. Die eingenommenen Mittel dienen der Finanzierung des Schulbauprojekts. (siehe auch Kapitel 6.)

Die höheren Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2007 erklären sich aus einmalig benötigten Gerichtskosten für ein seit mehreren Jahren laufendes gerichtliches Streitverfahren wegen einer Schadenersatzforderung aus einem Grundstücksverkauf.

3.9.3 Verwaltung von Grundstücken, Wohnungsbau, Landwirtschaft

Hierzu gehört das Produkt:

10.01.03 Verwaltung und Bewirtschaftung bebauter und unbebauter Grundstücke (Wohn- und Gewerbeliegenschaften, Wohnungsbau, Landwirtschaft, Kleingärten) für externe Nutzer

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.449.062	1.468.070	1.514.070	1.514.070	1.514.070	1.514.070
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	132	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.449.194	1.468.070	1.514.070	1.514.070	1.514.070	1.514.070
Personalaufwand	-74.023	-86.053	-83.233	-84.405	-84.405	-85.597
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-729.373	-785.305	-1.040.818	-1.044.564	-1.046.964	-1.050.664
Zuschüsse, Umlagen	-39.056	-46.920	-46.920	-47.650	-46.920	-46.920
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-205.800	-256.960	-255.730	-255.730	-255.730	-255.730
Summe Aufwendungen	-1.048.252	-1.175.238	-1.426.701	-1.432.349	-1.434.019	-1.438.911
Produktsaldo	400.942	292.832	87.369	81.721	80.051	75.159
Kostendeckungsgrad	138,2%	124,9%	106,1%	105,7%	105,6%	105,2%

Durch Mieterhöhungen für Verwaltungs- und Gewerberäume steigen die privatrechtlichen Erträge. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab 2008 erhöhen sich vor allem aufgrund der ab diesem Jahr zu buchenden Abschreibungen und gestiegener Heizungskosten.

Dieses Produkt arbeitet kostendeckend, allerdings wirkt sich hier die Abschreibung negativ auf den Produktsaldo aus.

3.9.4 Fehlbelegungsabgabe

Hierzu gehört das Produkt:

10.02.02 Fehlbelegungsabgabe

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	346.969	685.000	685.000	685.000	685.000	685.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	300	300	300	300	300
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	346.969	685.300	685.300	685.300	685.300	685.300
Personalaufwand	-73.502	-70.621	-77.227	-78.301	-78.301	-79.383
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-8.692	-13.114	-12.840	-12.090	-12.090	-12.090
Zuschüsse, Umlagen	-57.134	-80.000	-90.000	-80.000	-75.000	-75.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-139.328	-163.734	-180.067	-170.391	-165.391	-166.473
Produktsaldo	207.642	521.566	505.233	514.909	519.909	518.827
Kostendeckungsgrad	249,0%	418,5%	380,6%	402,2%	414,4%	411,7%

Die von Mietern in Sozialwohnungen aufgrund von Einkommensüberschreitung erhobene Fehlbelegungsabgabe bemisst sich nach einem vom Land vorgeschriebenen Schlüssel. Die geringe Summe der privatrechtlichen Erträge im Rechnungsergebnis 2007 ergibt sich aus den noch offenen Forderungen zum Jahresabschluss, die im Folgejahr realisiert werden.

Die Einnahmen werden im Finanzhaushalt zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt, wobei 10 % als Bearbeitungspauschale bei der Stadt Offenbach verbleiben.

Die Beratung der Bürger wird über das nachfolgende Produkt Wohnbauförderung dargestellt.

3.9.5 Wohnbauförderung

Hierzu gehört das Produkt:

10.02.03 Wohnbauförderung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	322.844	237.480	586.000	551.000	526.000	511.000
Gebühren	13.839	49.500	49.500	35.000	35.000	35.000
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	336.684	286.980	635.500	586.000	561.000	546.000
Personalaufwand	-79.156	-84.645	-90.246	-91.595	-91.595	-92.943
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.784	-2.722	-2.771	-2.771	-2.771	-2.561
Zuschüsse, Umlagen	-176.715	-470.000	-190.000	-190.000	-190.000	-190.000
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-257.655	-557.367	-283.017	-284.366	-284.366	-285.504
Produktsaldo	79.029	-270.387	352.483	301.634	276.634	260.496
Kostendeckungsgrad	130,7%	51,5%	224,5%	206,1%	197,3%	191,2%

Im Rahmen der Beratung und Prüfung von Wohnungsbauprojekten werden nach bestimmten Kriterien Zuschüsse / Darlehen des Bundes / Landes und der Stadt vergeben. Das im Jahr 2008 aufgezeigte Minus im Saldo resultierte aus der Annahme, dass Zuschüsse in Höhe von fast 500 T€ zu zahlen wären. Bei einer Überprüfung der Altverträge im Jahr 2007 wurde nach dem Planungszeitraum festgestellt, dass für das Jahr 2008 die Anspruchsgrundlage in vielen Fällen beendet ist, vor allem bei den Annuitätsbeihilfen.

Die Mehreinnahmen aufgrund privatrechtlicher Entgelte ergeben sich aus der vertraglichen Rückzahlungspflicht der Bezuschussten.

Bei der Wohnbauförderung handelt es sich um eine Pflichtaufgabe aufgrund des Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Wohnraumförderungsgesetzes, für die die Stadt keine Personalkostenerstattung erhält.

Die Einnahmen der damit verbundenen Fehlbelegungsabgabe werden im Finanzhaushalt, abzüglich der Einnahmen aus Wohnungen der Landesbediensteten, zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt. Die Wohnbauförderung arbeitet kostendeckend.

3.9.6 Sonstige Pflichtaufgaben im Bereich Bauen und Wohnen

Hierzu gehören die Produkte:

- 10.02.01 Wohnberechtigung
- 10.03.01 Denkmalschutz

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.542	830	1.030	830	830	830
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	0	300	300	300	300	300
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	1.542	830	1.030	830	830	830
Personalaufwand	-180.015	-176.173	-188.223	-190.850	-190.850	-193.528
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-14.636	-17.939	-17.319	-17.319	-17.319	-17.319
Zuschüsse, Umlagen	-1.022	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060	-1.060
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-195.673	-195.172	-206.602	-209.229	-209.229	-211.907
Produktsaldo	-180.292	-144.414	-155.644	-172.971	-172.971	-175.649
Kostendeckungsgrad	0,8%	0,4%	0,5%	0,4%	0,4%	0,4%

Die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen für öffentlich geförderte Wohnung an Anspruchsberechtigte ist laut Gesetz gebührenfrei zu erstellen. Aus diesem Grund können für die Erstellung dieses Produkts keine Erträge generiert werden. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe.

Im Produkt der Pflichtaufgabe Denkmalschutz dürfen ebenfalls keine Gebühren erhoben werden. Dies entspricht der Regelung in ganz Hessen.

3.9.7 Zusammenfassung Bauen und Wohnen

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	9.472.674	15.756.580	11.905.100	10.466.100	10.441.100	5.676.100
Gebühren	461.249	1.242.562	1.242.562	967.062	967.062	967.062
Kostenerstattung	-6.668	48.230	48.230	48.230	48.230	48.230
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	9.941.095	17.097.000	13.245.520	11.516.520	11.491.520	6.726.520
Personalaufwand	-1.693.275	-1.783.475	-1.835.911	-1.862.282	-1.862.282	-1.889.180
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-796.035	-903.867	-1.164.404	-1.167.319	-1.169.719	-1.173.209
Zuschüsse, Umlagen	-273.926	-597.980	-327.980	-318.710	-312.980	-312.980
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-266.330	-324.740	-323.510	-323.510	-323.510	-323.510
Summe Aufwendungen	-3.029.566	-3.610.062	-3.651.804	-3.671.820	-3.668.490	-3.698.878
Produktsaldo	6.911.529	13.486.938	9.593.716	7.844.700	7.823.030	3.027.642
Kostendeckungsgrad	328,1%	473,6%	362,7%	313,6%	313,2%	181,9%

Der Produktbereich weist aufgrund der Einnahmeerlöse durch den Grundstücks- und Gebäudeverkauf insgesamt beachtliche Erträge mit einer hohen Kostendeckung auf. Dabei sind die mit der Erzielung von Verkäufen vereinnahmten Erträge für die Investitionen des Schulbauprogramms vorgesehen. Hier gibt es entsprechende Schwankungsbreiten, die von der tatsächlichen Verkaufsreife abhängen. Die Einnahmen der Fehlbelegungsabgabe werden im Finanzhaushalt zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verausgabt.

Die Aufwendungen inklusive der Personalaufwendungen bleiben konstant.

3.10. Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV (Produktbereich 12)

3.10.1 Gemeinde- und Kreisstraßen

Hierzu gehören die Produkte:

- 12.01.01 Gemeindestraßen – Planung, Neubau und Unterhaltung der Verkehrsanlagen
 12.02.01 Kreisstraßen – Planung, Neubau und Unterhaltung der Verkehrsanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	72.802	50.200	50.200	50.200	50.200	50.200
Gebühren	2.087	700	700	700	700	700
Kostenerstattung	31.668	12.248.167	12.439.593	12.721.689	12.948.940	13.128.548
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	908	908	908	908	908	908
Summe Erträge	107.465	12.299.975	12.491.401	12.773.497	13.000.748	13.180.356
Personalaufwand	-712.396	-749.901	-687.232	-697.015	-697.015	-707.320
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-5.905.329	-19.521.712	-20.177.914	-20.383.202	-20.614.513	-20.861.676
Zuschüsse, Umlagen	-2.837.725	-2.767.600	-2.837.725	-2.837.725	-2.837.725	-2.837.725
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-20.613	-33.679	-33.679	-33.679	-33.679	-33.679
Summe Aufwendungen	-9.476.063	-23.072.891	-23.736.550	-23.951.620	-24.182.931	-24.440.399
Produktsaldo	-9.368.598	-10.772.917	-11.245.149	-11.178.123	-11.182.183	-11.260.043
Kostendeckungsgrad	1,1%	53,3%	52,6%	53,3%	53,8%	53,9%

Bei beiden Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben nach dem Hessischen Straßengesetz. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit sind in diesem Produkt die Bereitstellung und Erhaltung der Straßen sowie die Planung und Unterhaltung von Verkehrsanlagen gebündelt. Beim Straßenbau der Gemeindestraßen sind 90,0 % der abschreibungsfähigen Sachaufwendungen von Dritten finanziert (Anlieger, Landeszuschüsse). Die deutliche Erhöhung der Kostenerstattung ab 2008 ist durch die doppelte Darstellung begründet. Die Kostenerstattung beinhaltet die Auflösung der Sonderposten aus Investitionsbeiträgen.

Bei den Kreisstraßen ist der Anteil der Zuwendungen wesentlich geringer. Hier erhält die Stadt geringfügige Mittel vom Land Hessen, die einen Kostendeckungsgrad von 5 % verursachen.

In diesem Produktbündel verschlechtert sich der Saldo insgesamt vom Rechnungsergebnis 2007 zum Haushaltsansatz 2009 um knapp 2 Mio. €. Dies ist auf die Erhöhungen der Stromkosten bei den Betriebskosten der S-Bahnunterführung, den Verkehrssignalanlagen und der Beleuchtung, deren Instandhaltung sowie den Aufwendungen für die Wegesicherung –und beschilderung, aber auch auf die Abschreibungen zurückzuführen. Die Erhöhung beim Personalaufwand resultiert aus Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Insgesamt liegt der Kostendeckungsgrad in den Jahren 2007 -2012 bei durchschnittlich 53%.

3.10.2 Landes- und Bundesstraßen

Hierzu gehören die Produkte:

- 12.03.01 Landesstraßen – Planung, Neubau und Unterhaltung von Verkehrsanlagen
 12.04.01 Bundesstraßen – Planung, Neubau und Unterhaltung von Verkehrsanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.036	0	0	0	0	0
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	42.600	44.253	60.147	81.151	96.100	104.692
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	112	112	112	112	112	112
Summe Erträge	43.748	44.365	60.259	81.263	96.212	104.804
Personalaufwand	-298.040	-324.372	-313.625	-318.138	-318.138	-322.777
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.263.854	-1.326.680	-1.412.455	-1.423.367	-1.427.006	-1.430.694
Zuschüsse, Umlagen	-197.275	-192.400	-197.275	-197.275	-197.275	-197.275
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-1.433	-2.341	-2.341	-2.341	-2.341	-2.341
Summe Aufwendungen	-1.760.602	-1.845.794	-1.925.697	-1.941.122	-1.944.761	-1.953.087
Produktsaldo	-1.716.854	-1.801.428	-1.865.438	-1.859.859	-1.848.549	-1.848.283
Kostendeckungsgrad	2,5%	2,4%	3,1%	4,2%	4,9%	5,4%

Auch bei diesen Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben zur Verkehrssicherheit. Den jährlichen Abschreibungen sind die jährlichen Auflösungen aus den Sonderposten gegenübergestellt. Letztere betragen bei den Landes- und Bundesstraßen knapp die Hälfte der Abschreibungen.

Die Personalaufwendungen sind in 2008 erhöht, weil sich auch hier anteilig die Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase bemerkbar machen.

Die Kostendeckung insgesamt steigt mit den entsprechenden Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz von 2,5 % in 2007 auf 5,4 % im Jahr 2009.

3.10.3 Zusammenfassung Verkehrsflächen und –anlagen

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	73.837	50.200	50.200	50.200	50.200	50.200
Gebühren	2.087	700	700	700	700	700
Kostenerstattung	74.268	12.292.420	12.499.740	12.802.840	13.045.040	13.233.240
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020
Summe Erträge	151.213	12.344.340	12.551.660	12.854.760	13.096.960	13.285.160
Personalaufwand	-1.010.436	-1.074.273	-1.000.857	-1.015.152	-1.015.152	-1.030.097
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-7.169.183	-20.848.392	-21.590.369	-21.806.569	-22.041.519	-22.292.369
Zuschüsse, Umlagen	-3.035.000	-2.960.000	-3.035.000	-3.035.000	-3.035.000	-3.035.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-22.046	-36.020	-36.020	-36.020	-36.020	-36.020
Summe Aufwendungen	-11.236.665	-24.918.685	-25.662.247	-25.892.742	-26.127.692	-26.393.486
Produktsaldo	-11.085.452	-12.574.345	-13.110.587	-13.037.982	-13.030.732	-13.108.326
Kostendeckungsgrad	1,3%	49,5%	48,9%	49,6%	50,1%	50,3%

Der Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen verschlechtert sich vor allem aufgrund der gestiegenen Stromkosten auf 13 Mio. €. Die Stadt hat bereits Sonderkonditionen mit der EVO vereinbart.

Es ist festzustellen, dass soweit keine erhöhten Mittel für den Unterhalt der Straßen zur Verfügung gestellt werden, eine kurz- und mittelfristige Verschlechterung der Straßenqualität (auch Geh- und Radwege) zu erwarten ist. In diesem Bereich erhält die Stadt Investitionsbeiträge, die zu einer Kostendeckung von 50 % führen.

3.11. Natur- und Landschaftspflege (Produktbereich 13)

3.11.1 Freiflächen und Gewässerschutz

Hierzu gehören die Produkte:

- 13.01.01 Freiflächenplanung, -entwicklung und -unterhaltung
- 13.02.01 Ausbau und Unterhaltung von Fließgewässern, wasserbaulichen Anlagen und Hochwasserschutzanlagen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	895	300	300	300	300	300
Kostenerstattung	0	0	145.300	145.300	145.300	145.200
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	895	300	145.600	145.600	145.600	145.500
Personalaufwand	-287.404	-303.361	-252.352	-256.033	-256.033	-259.779
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.511.107	-4.839.189	-5.441.656	-5.524.356	-5.587.806	-5.627.856
Zuschüsse, Umlagen	-160.736	-198.100	-190.000	-190.000	-190.000	-190.000
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-4.959.247	-5.340.650	-5.884.008	-5.970.389	-6.033.839	-6.077.635
Produktsaldo	-4.958.352	-5.340.350	-5.738.408	-5.824.789	-5.888.239	-5.932.135
Kostendeckungsgrad	0,0%	0,0%	2,5%	2,4%	2,4%	2,4%

Dieses Produktbündel fasst die Erneuerung bzw. Erhaltung von Freiflächen sowie die Gewässerunterhaltung und den Hochwasserschutz zusammen. Der Kostendeckungsgrad liegt ab 2009 bei 2,5 %, ab 2010 bei 2,4 %.

Beim Produkt 13.02.01 handelt es sich um eine Pflichtaufgabe nach dem Hessischen Wassergesetz. Für die Aufwendungen der Stadt ist kein Kostenersatz des Landes vorgesehen, die Einnahmemöglichkeit über Beiträge existiert nicht.

Bei der minimalen Gebühr handelt es sich um Entgelte aus Ausschreibungsverfahren, bei der Kostenerstattung ab 2009 um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich, ein Untersachkonto, das im Rahmen des teilhaushaltsbezogenen Ressourcenverbrauchs gebildet wurde.

Aufgrund der Doppelbesetzungen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase erhöhen sich die Personalaufwendungen.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen aufgrund erhöhter Aufwendungen im Bereich der Instandhaltung von Grünflächen. Es handelt sich hierbei um eine Pflichtaufgabe, die aus beschlossenen Bebauungsplänen sowie Stadtverordnetenbeschlüssen resultiert und die mit 4 Mio. € veranschlagt ist. Die Erhöhungen resultieren vor allem aus der Anwendung der Preisgleitklausel aus dem Vertrag zwischen ESO Eigenbetrieb und ESO GmbH, hier insbesondere der Erhöhung der Personalkosten und der Betriebskosten der Fahrzeuge. Aufgrund des von der ESO GmbH an den ESO Eigenbetrieb gemeldeten Mittelbedarfs wird bereits in 2008 über den Nachtragshaushalt 2008 eine Anpassung der Mittelbereitstellung erforderlich sein.

3.11.2 Bewirtschaftung des Stadtwaldes

Hierzu gehört das Produkt:

13.05.01 Bewirtschaftung des Stadtwaldes

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	242.772	188.640	182.880	144.250	144.250	144.250
Gebühren	11.478	12.670	12.670	12.670	12.670	12.670
Kostenerstattung	0	0	0	0	0	0
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	254.250	201.310	195.550	156.920	156.920	156.920
Personalaufwand	-203.116	-213.630	-216.440	-219.482	-219.482	-222.505
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-69.314	-77.835	-98.553	-99.637	-99.437	-99.537
Zuschüsse, Umlagen	-56.224	-66.100	-56.250	-56.250	-56.250	-56.250
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-21.220	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320
Summe Aufwendungen	-349.874	-377.885	-391.563	-395.689	-395.489	-398.611
Produktsaldo	-95.624	-176.575	-196.013	-238.769	-238.569	-241.691
Kostendeckungsgrad	72,7%	53,3%	49,9%	39,7%	39,7%	39,4%

Bei der Bewirtschaftung des Stadtwaldes handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe.

Der Holzverkauf im Jahr 2007 war durch eine besonders positive Lage auf dem Holzmarkt, bedingt durch eine hohe Nachfrage und den hieraus resultierenden hohen Verkaufspreisen, gekennzeichnet. Die gute Marktlage wurde insofern dazu genutzt, Defizite beim Holzeinschlag der vergangenen Jahre nachzuholen. Eine zukünftige Erhöhung des Holzeinschlages im Stadtwald Offenbach ist vor dem Hintergrund der Maßgabe einer nachhaltigen Bewirtschaftung nicht vorgesehen. Insofern kann in den Folgejahren bis 2010 nicht mit der gleichen Summe an Einnahmen gerechnet werden, zumal auch die Entwicklung der Holzpreise nur schwer eingeschätzt werden kann.

Eine weitere Einnahmequelle sind die Pächterlöse für Fischerei- und Jagdberechtigungen. Aufgrund mangelnder Nachfrage von Interessenten in den vergangenen Jahren sind für diesen Bereich keine höheren Pachtpreise durchsetzbar.

Im gleichen Zeitraum erhöhen sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da neben den Betriebsstoffen vor allem bei Arbeitsspitzen mit einem steigenden Einsatz von Fremdunternehmen zu rechnen ist.

Die Erhöhung der Zuschüsse ist durch einen größeren Verwaltungskostenanteil gekennzeichnet, den die Stadt an das Land für die Bewirtschaftung des Offenbacher Stadtwaldes zahlt. Die Bewirtschaftung umfasst die komplette Palette der notwendigen forstfachlichen Betreuung (Erstellung Waldwirtschaftspläne und Forsteinrichtungswerke, komplette Abwicklung des Holzverkaufes etc.) und die Personalstellung.

In Abstimmung mit dem Forstamt Langen wird der Stadtwald unter dem Gesichtspunkt der Naherholung und der Freizeitnutzung im Ballungsraum Rhein-Main nachhaltig bewirtschaftet, d.h. dass entsprechend dem Holzeinschlag Neuanpflanzungen vorgenommen werden. Da auf großflächige Rodungen verzichtet wird, sinkt der Kostendeckungsgrad von 72,7 % im Jahr 2007 auf 39,4 % in 2012.

3.11.3 Zusammenfassung Natur- und Landschaftspflege

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	242.772	188.640	182.880	144.250	144.250	144.250
Gebühren	12.372	12.970	12.970	12.970	12.970	12.970
Kostenerstattung	0	0	145.300	145.300	145.300	145.200
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	255.145	201.610	341.150	302.520	302.520	302.420
Personalaufwand	-490.520	-516.991	-468.792	-475.515	-475.515	-482.284
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-4.580.421	-4.917.024	-5.540.208	-5.623.992	-5.687.242	-5.727.392
Zuschüsse, Umlagen	-216.960	-264.200	-246.250	-246.250	-246.250	-246.250
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-21.220	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320	-20.320
Summe Aufwendungen	-5.309.121	-5.718.535	-6.275.571	-6.366.078	-6.429.328	-6.476.246
Produktsaldo	-5.053.977	-5.516.925	-5.934.421	-6.063.558	-6.126.808	-6.173.826
Kostendeckungsgrad	4,8%	3,5%	5,4%	4,8%	4,7%	4,7%

In diesem Produktbündel sind Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben zusammengefasst.

Die Kostendeckung ist mit geringen Schwankungsbreiten konstant.

Bei der Abwägung zur Ertragssteigerung durch großflächige Abholzungen wurde aufgrund des Erholungswertes und der Funktion des Stadtwalds zur Verbesserung der Luftqualität im Ballungsraum Rhein-Main von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

3.12. Umweltschutz (Produktbereich 14)

3.12.1 Umweltdienstleistungen

Hierzu gehört das Produkt:

14.01.01 Umweltdienstleistungen

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	23.449	9.530	19.530	19.530	19.530	19.530
Kostenerstattung	7.754	4.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	31.203	13.530	24.530	24.530	24.530	24.530
Personalaufwand	-798.731	-918.147	-885.407	-898.344	-898.344	-911.509
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-152.399	-222.040	-276.400	-276.400	-276.400	-276.400
Zuschüsse, Umlagen	-250	-500	-500	-500	-500	-500
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-951.381	-1.140.687	-1.162.307	-1.175.244	-1.175.244	-1.188.409
Produktsaldo	-920.177	-1.127.157	-1.137.777	-1.150.714	-1.150.714	-1.163.879
Kostendeckungsgrad	3,3%	1,2%	2,1%	2,1%	2,1%	2,1%

Die Stadt handelt in Umsetzung dieser Pflichtaufgabe nach umweltrechtlichen Landes- und Bundesvorschriften. Die Erträge resultieren aus Verwaltungsgebühren, die abhängig von der Anzahl und Größe der Vorhaben erhoben werden. Grundlagen sind insbesondere das Hessische Naturschutzgesetz, das Hessische Wassergesetz und das Hessische Altlasten- und Bodenschutzgesetz. Abhängig von der Fallgestaltung werden dann Forderungen aufgrund der Gebührenordnung für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums erstellt. Im Jahr 2007 waren diese Erträge aufgrund von Genehmigungen im Zusammenhang mit einer großen Baumaßnahme sowie durchgeführter Bußgeldverfahren in zwei größeren Fällen höher als gewöhnlich. Aufgrund der neuen Aufgabenstrukturen wird mittelfristig mit leicht erhöhten Gebühreneinnahmen gerechnet.

Die Personalaufwendungen und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen, da das Thema Klimaschutz mit neuen Aufwendungen neues Personal erforderlich macht. Das Thema erneuerbare Energien wird aufgrund der finanziellen und organisatorischen Einbindung der unabhängigen privaten Energiesparinitiative ohne zusätzliche Aufwendungen betreut.

Der Kostendeckungsgrad sinkt vom Rechnungsergebnis 2007 mit 3,3 % auf 2,1 % ab 2009.

3.13. Wirtschaft und Tourismus (Produktbereich 15)

3.13.1 Wirtschaftsförderung, Europaangelegenheiten

Hierzu gehören die Produkte:

15.01.01	Wirtschaftsförderung
15.01.02	Existenzgründungsförderung
15.02.01	Wochenmarkt
15.02.02	Europareferat

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

e

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	214.253	220.000	210.000	220.000	220.000	220.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	86.533	279.000	249.000	249.000	249.000	249.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	0	0	0	0	0	0
Summe Erträge	300.786	499.000	459.000	469.000	469.000	469.000
Personalaufwand	-433.442	-388.761	-418.082	-424.318	-424.318	-430.565
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-97.843	-145.173	-196.529	-196.700	-196.700	-196.520
Zuschüsse, Umlagen	-400.650	-511.100	-516.100	-511.100	-516.100	-511.100
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-8.840	-9.030	-9.030	-9.030	-9.030	-9.030
Summe Aufwendungen	-940.776	-1.054.064	-1.139.741	-1.141.148	-1.146.148	-1.147.215
Produktsaldo	-639.990	-555.064	-680.741	-672.148	-677.148	-678.215
Kostendeckungsgrad	32,0%	47,3%	40,3%	41,1%	40,9%	40,9%

In diesem Produktbündel sind verschiedene freiwillige Maßnahmen zusammengefasst, der Kostendeckungsgrad verbessert sich seit dem Rechnungsergebnis 2007 mit 32,0 % auf 40,9 % im Jahr 2012.

Die privatrechtlichen Erträge resultieren aus der Miete für die Standplätze des Wochenmarktes, der trotz der Erhöhung für Energie- und Wasserkosten, die ein Grund für die höheren Sach- und Dienstleistungen sind, einen Überschuss von 17 % erwirtschaftet.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung, die alle Offenbacher Unternehmen, Gewerbebetriebe und Einzelhändler betreut, als Ansprechpartner für Kammern und Verbände dient sowie Ansiedlungspolitik betreibt, steigen ab 2008 die Aufwendungen für Wirtschaftswerbung und Standortmarketing, was sich auch insgesamt in der Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen niederschlägt. Mit einer Steigerung dieser Aufwendungen wird verstärkt für den Wirtschaftsstandort Offenbach geworben, um die Gewerbeansiedlung und damit eine Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen zu erreichen.

Der Kostenersatz im Produkt der Existenzförderung für das Jahr 2007 fiel wesentlich geringer aus, als in 2008 und den Folgejahren, da es im Jahr 2007 keine Erstattung der Arbeitsverwaltung gab und die Förderungen von Projekten durch den EFS (Europäischen Sozialfonds) deutlich geringer ausfielen als in den Folgejahren. Aufgrund der Förderung mit EU-Geldern wird bei den verschiedenen Projekten (u.a. Gründerstadt Offenbach) ein Kostendeckungsgrad von 62 % erreicht.

Im Produkt Europareferat sind die Erschließung von EU-Förderprogrammen sowie die Durchführung von EU-geförderten Projekten zusammengefasst. Hauptsächlich werden Projekte zur schulischen und beruflichen Bildung durchgeführt. Die Erstattung der EU an den Zuschüssen beträgt 63 %, der Kostendeckungsgrad insgesamt 59 %. Mit diesen Projekten wird ein wichtiger Beitrag zur städtischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie der Stadtentwicklung geleistet.

Eine Reduzierung der Aufwendungen in beiden letztgenannten Produkten ist nicht angezeigt, da mit Hilfe des hohen Förderanteils der EU, Projekte mit einem großen Wirkungskreis durchgeführt werden können, die sonst nicht möglich wären.

3.14. Allgemeine Finanzwirtschaft (Produktbereich 16)

3.14.1 Steuern und Finanzwirtschaft

Hierzu gehören die Produkte:

16.01.01	Kommunale Steuern
16.01.02	Steuern im Rahmen des Finanzausgleichs
16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
16.02.02	Weiterleitung der Wohngeldentlastung des Landes

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.428.845	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	77.950.775	82.886.460	72.414.600	70.324.000	70.704.800	71.096.100
Steuern	118.774.883	117.422.000	121.415.000	120.965.000	120.965.000	120.965.000
innere und kalku- latorische Erträge	262.270	312.880	310.880	310.110	309.350	308.580
Summe Erträge	198.416.773	202.621.340	196.140.480	193.599.110	193.979.150	194.369.680
Personalaufwand	0	0	0	0	0	0
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-19.903.920	-18.696.000	-20.334.800	-20.334.800	-20.334.500	-20.334.000
Zuschüsse, Umlagen	-30.594.372	-27.760.000	-28.760.000	-28.760.000	-28.760.000	-28.760.000
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-50.498.292	-46.456.000	-49.094.800	-49.094.800	-49.094.500	-49.094.000
Produktsaldo	147.918.481	156.165.340	147.045.680	144.504.310	144.884.650	145.275.680
Kostendeckungsgrad	392,9%	436,2%	399,5%	394,3%	395,1%	395,9%

In diesem Produktbündel sind verschiedene Pflichtaufgaben zusammengefasst worden.

Bei den privatrechtlichen und sonstigen Erträgen handelt es sich um Nachzahlungszinsen aus Gewerbesteueranlagen. Hierbei werden Liquiditätsvorteile abgeschöpft, die sich daraus ergeben, dass Gewerbesteueranlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten von den Finanzämtern festgesetzt werden. Zweiter Faktor ist die Höhe der Nachforderungen, d.h., je geringer die Differenz von Vorauszahlungen zu den endgültigen Veranlagungen ausfällt, desto niedriger fallen die Zinsen aus. Auf diesen Verfahrensablauf hat die Kommune keinen Einfluss. Die Entwicklung der Folgejahre ist daher auch schwer abschätzbar und bleibt risikobehaftet.

Der Kostenersatz umfasst zum Großteil die Schlüsselzuweisungen des Landes, also unseren Anteil an den Landessteuern nach dem Hessischen Finanzausgleichsgesetz, den Anteil der Grunderwerbsteuer sowie anderen Zuweisungen des Landes.

Im Jahr 2007 hat die Stadt Offenbach aufgrund der guten konjunkturellen Lage und der damit verbundenen hohen Einnahmen beim Land sowie der Frankfurter Abundanz 68,0 Mio. € an Schlüsselzuweisung erhalten, in 2008 werden 75,5 Mio. € erwartet. Für die Folgejahre ist aufgrund des sich ankündigenden konjunkturellen Abschwungs mit einer Reduzierung zu rechnen, in 2009 sind 60,8 Mio. € eingeplant.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Steuerarten, die zu obiger Ertragsposition führen. Insgesamt wird mit einer Stabilisierung auf leicht erhöhtem Niveau gerechnet.

Steuerart	RE 07	Ans 08	Ans 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
Grundsteuer A	21.786	27.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Grundsteuer B	17.122.827	17.700.000	17.700.000	17.700.000	17.700.000	17.700.000
Gewerbsteuer	51.626.055	51.000.000	54.000.000	54.000.000	54.000.000	54.000.000
Sonstige Vergnügungssteuer einschl. Spielapparatesteuer	211.755	370.000	370.000	370.000	370.000	370.000
Hundesteuer	185.545	225.000	225.000	225.000	225.000	225.000
Getränkesteuer	288.038	450.000	450.000	0	0	0
Gaststättenerlaubnissteuer	-53.901	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	42.114.859	41.000.000	42.000.000	42.000.000	42.000.000	42.000.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.257.918	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000	6.500.000

Die Gewerbesteuererinnahmen werden trotz der neuen Unternehmensteuerreform und wegen der noch guten Konjunkturlage auf einen leicht erhöhten Ansatz geschätzt. Diese Einschätzung basiert auf den Prognoseberechnungen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF). Da in Offenbach jedoch nur wenige Großunternehmen für über 80% des Gewerbesteueraufkommens stehen, wirken sich singuläre Veränderungen in diesem Bereich überproportional auf das Gesamtaufkommen aus. Eine positive Veränderung der Konjunkturlage macht sich bei der Gewerbesteuer oft erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 2 Jahren und mehr bemerkbar. Erst ab diesem Zeitpunkt liegen endgültige Veranlagungen vor. Eine konjunkturelle Abschwächung dagegen schlägt zeitnah durch, da gerade die großen Steuerzahler sofort begründete Herabsetzungsanträge für die laufenden Vorauszahlungen stellen.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ist beschäftigungs- und damit ebenfalls konjunkturabhängig. Daneben ist beachtlich, dass die Schlüsselzahlen zur Verteilung des Aufkommens des Gemeindeanteils turnusmäßig umdatiert werden. Ein geänderter Prozentsatz auf Basis der Einkommensteuerstatistik 2004 wird ab 2009 anzusetzen sein. Aufgrund der Entwicklung des Schlüssels in der Vergangenheit wird mit einer weiteren Minderung bei gegenläufiger Tendenz im Aufkommensbereich gemäß den Orientierungsdaten für die Finanzplanung des Hess. Ministeriums der Finanzen kalkuliert. Insofern wird 2009 - 2012 mit Stagnation auf dem jeweiligen Niveau der Vorjahre gerechnet.

Allgemeine Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums der Finanzen (HMdF) oder des BMF bzw. der Wirtschaftsforschungsinstitute sind aus den bereits genannten Gründen nur sehr eingeschränkt auf die Offenbacher Verhältnisse anwendbar. Hier spielt die Abhängigkeit von den wenigen großen Steuerzahlern eine entscheidende Rolle.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Vergleich zu 2007 im Jahr 2009 um 430 T€ aufgrund steigender Kosten für Bankzinsen zur Liquiditätssicherung.

Der Kostendeckungsgrad steigt von 2007 in Höhe von 392,3 % auf 395,9 % im Jahr 2012, die beste Kostendeckung mit 436,2 % und der höchste Überschuss werden in 2008 erwartet.

3.15. Innere Verwaltung (Produktbereich 01)

3.15.1 Stadtverordnetenversammlung und Magistrat

Hierzu gehören die Produkte:

01.01.01	Stadtverordnetenversammlung und Ausländerbeirat
01.01.12	Magistrat

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	2.147	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	28.906	27.760	27.760	27.760	28.000	28.000
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	50.580	51.865	51.865	51.865	51.865	51.865
Summe Erträge	81.633	81.925	81.925	81.925	82.165	82.165
Personalaufwand	-2.006.972	-2.065.035	-2.117.160	-2.142.740	-2.142.740	-2.169.060
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-127.545	-189.921	-194.030	-194.030	-194.030	-199.030
Zuschüsse, Umlagen	-651.364	-691.850	-694.250	-771.740	-811.940	-699.050
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-2.785.881	-2.946.806	-3.005.440	-3.108.510	-3.148.710	-3.067.140
Produktsaldo	-2.704.248	-2.864.881	-2.923.515	-3.026.585	-3.066.545	-2.984.975
Kostendeckungsgrad	2,9%	2,8%	2,7%	2,6%	2,6%	2,7%

In diesem Produktbündel sind die Erträge und Aufwendungen der Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats zusammen dargestellt. Es handelt sich um die mit der Organisation der politischen Entscheidungsträger und städtischen Verwaltungsspitze verbundenen erforderlichen Aufgaben.

Die stabilen Erträge resultieren hauptsächlich aus der Verwaltungskostenerstattung der Eigenbetriebe ESO und EKO.

Die Aufwendungen erhöhen sich vor allem in den Jahren 2008 und 2009. Dies liegt u.a. an steigenden Zuschüssen an die Fraktionen im Bereich der Stadtverordnetenversammlung. Aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses werden Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst mit zweijähriger Verzögerung umgesetzt und an die Fraktionen ausgezahlt. Bei Letzteren handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe nach § 36 a (4) HGO.

Der Kostendeckungsgrad verschlechtert sich ab dem Rechnungsergebnis 2007 von 2,9 % auf 2,7 % im Jahr 2012.

3.15.2 Personalsteuerung

Hierzu gehört das Produkt:

01.01.02 Personalsteuerung und –service

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.660	900	1.100	1.100	1.100	1.100
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	452.499	376.140	428.390	428.140	428.140	428.200
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	47.020	48.910	48.910	48.910	48.910	48.910
Summe Erträge	501.179	425.950	478.400	478.150	478.150	478.210
Personalaufwand	-2.093.321	-2.242.860	-2.036.840	-2.063.840	-2.063.840	-2.091.140
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.195.314	-1.303.980	-1.254.530	-1.254.810	-1.257.300	-1.257.680
Zuschüsse, Umlagen	-145.612	-151.250	-151.700	-151.700	-152.400	-152.400
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-3.434.247	-3.698.090	-3.443.070	-3.470.350	-3.473.540	-3.501.220
Produktsaldo	-2.933.068	-3.272.140	-2.964.670	-2.992.200	-2.995.390	-3.023.010
Kostendeckungsgrad	14,6%	11,5%	13,9%	13,8%	13,8%	13,7%

Der Bereich der Personalentwicklung gehört zu den freiwilligen Aufgaben, die restliche Personalbetreuung ist aufgrund der bestehenden Vertrags- und Beschäftigungsverhältnisse eine Pflichtaufgabe. Der Kostendeckungsgrad verringert sich von 2007 bis 2012 um 0,9 % auf 13,7 %.

Der Kostenersatz in Form von Verwaltungskostenerstattung der Kindertagesstätten und der Arbeitsgemeinschaft SGB II MainArbeit fiel im Rechnungsergebnis 2007 höher als erwartet aus und war bei Planung des Haushaltsansatzes 2008 nicht bekannt. Ab 2009 kann mit einer Kostenerstattung von knapp 430 T€ gerechnet werden.

Der in 2008 erhöhte Personalkostenansatz wird im Nachtragshaushalt angepasst, d.h. um 200 T€ reduziert. Der Abwärtstrend 2008 / 2009 ergibt sich daraus, dass die Anzahl der Auszubildenden stetig abgenommen hat. Die Verringerung der Quote ist eine Maßnahme zur Reduzierung der Personalaufwendungen.

Mit der geringeren Zahl an Ausbildungsplätzen reduzierten sich ab 2009 auch die Ausbildungskosten im Bereich der Sach- und Dienstleistungen. Diese Aufwendungen waren im Rechnungsergebnis 2007 noch niedriger, da die Aufwendungen für Personal- und Organisationsentwicklungsmaßnahmen nicht in der geplanten Höhe ausgeschöpft worden sind. Verschiedene eingeplante Schulungsmaßnahmen konnten in 2007 nicht stattfinden, die teilweise im Jahr 2008 nachgeholt werden sollen. Darüber hinaus sind 2007 aufgrund externer Teilnehmer/-innen Einnahmen erzielt worden. Eine Reduzierung von Fortbildungsmaßnahmen für die Folgejahre wird nicht geplant, da sich aufgrund wandelnder Anforderungen an die Mitarbeiter/-innen des öffentlichen Dienstes Personalentwicklungsmaßnahmen notwendig sind.

Insgesamt bleibt der Produktsaldo stabil auf dem Niveau von 2007.

3.15.3 Personalvertretung, Gleichstellung, Prüfungen

Hierzu gehören die Produkte:

- 01.01.04 Gesetzliche und übertragene Prüfungen
- 01.01.05 Personalvertretung
- 01.01.06 Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0
Gebühren	17.134	13.520	13.390	13.520	13.520	13.520
Kostenerstattung	40.646	36.850	24.830	24.830	24.830	24.830
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	24.550	24.440	24.440	24.440	24.440	24.440
Summe Erträge	82.330	74.810	62.660	62.790	62.790	62.790
Personalaufwand	-1.336.499	-1.309.070	-1.287.300	-1.306.100	-1.306.100	-1.325.000
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-38.891	-44.700	-44.650	-45.450	-45.450	-45.450
Zuschüsse, Umlagen	-82.679	-83.280	-83.280	-83.280	-83.280	-83.280
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.458.069	-1.437.050	-1.415.230	-1.434.830	-1.434.830	-1.453.730
Produktsaldo	-1.375.738	-1.362.240	-1.352.570	-1.372.040	-1.372.040	-1.390.940
Kostendeckungsgrad	5,6%	5,2%	4,4%	4,4%	4,4%	4,3%

Bei diesen drei Produkten handelt es sich um Pflichtaufgaben.

Das Revisionsamt erhält teilweise für die Durchführung von Pflichtprüfungen und übertragenen Prüfungen Entgelte. Die Mehreinnahmen im Berichtsjahr 2007 gegenüber dem Planansatz resultieren aus einer einmaligen, nicht geplanten Sonderprüfung.

Der Kostenersatz, bei dem es sich um Personalkostenerstattung im Bereich der Gleichberechtigung von Frauen handelt, reduziert sich aufgrund Kündigung der Geschäftsbesorgungsverträge von ESO GmbH und der GBM GmbH im Jahresverlauf 2008.

Der Kostendeckungsgrad verschlechtert sich von 2007 um 1,3 % auf 4,3 % im Jahr 2012.

3.15.4 Gebäudeverwaltung

Hierzu gehört das Produkt:

01.01.08 Gebäudeverwaltung und Gebäudeunterhaltung

Die Aufwendungen und Erträge dieses Produkts entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	1.919.943	1.420.660	1.921.900	1.961.900	1.921.900	1.921.900
Gebühren	0	0	11.500	11.500	11.500	11.500
Kostenerstattung	8.881	9.240	9.240	9.240	9.240	9.240
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	13.770	37.490	37.490	37.490	37.490	37.490
Summe Erträge	1.942.594	1.467.390	1.980.130	2.020.130	1.980.130	1.980.130
Personalaufwand	-341.630	-361.204	-378.827	-384.333	-384.333	-389.985
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-25.977.791	-26.317.425	-26.688.543	-27.136.706	-26.839.438	-26.838.831
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	-28.070	-32.450	-31.680	-30.910	-30.150	-29.380
Summe Aufwendungen	-26.347.491	-26.711.079	-27.099.050	-27.551.949	-27.253.921	-27.258.196
Produktsaldo	-24.404.897	-25.243.689	-25.118.920	-25.531.819	-25.273.791	-25.278.066
Kostendeckungsgrad	7,4%	5,5%	7,3%	7,3%	7,3%	7,3%

In diesem Bereich werden öffentliche Liegenschaften und Gebäude verwaltet und unterhalten sowie deren Bau geplant. Es handelt sich somit um eine mit der Leistungserbringung der öffentlichen Verwaltung erforderliche Aufgabe und kann nicht als freiwillige Aufgabe definiert werden. Das Produkt hat einen fast konstanten Kostendeckungsgrad von 7,3 %.

Bei den privatrechtlichen Erträgen handelt es sich zum Großteil um die Gebäudeunterhaltungskosten der Kindertagesstätten, die im Jahr 2007 gestiegen sind. Zum Zeitraum für die Planung 2008 war dies noch nicht absehbar. Der Kostenersatz für die Betriebskosten der Tiefgarage stabilisiert sich ab dem Jahr 2008 auf einem höheren Niveau. Die Betriebskosten, die dem Pächter in Rechnung gestellt werden, richten sich nach den Aufwendungen, daher sind erhebliche Jahresabweichungen möglich. Ab 2009 werden die von den Bediensteten zu zahlenden Gebühren für eine Codekarte der Rathaustiefgarage auf ein eigenes Untersachkonto in diesem Bereich gebucht.

Insgesamt sind die Erträge stabil, die Aufwendungen erhöhen sich vor allem aufgrund höherer Energie – und Mietpreise sowie steigender Kosten für die Gebäudereinigung.

Um die Aufwendungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung möglichst niedrig zu halten, wurde diese Aufgabe im Rahmen der Ausgliederung städtischer Mitarbeiter an die gegründete Tochtergesellschaft GBM ausgelagert. Ein sogenannter Abschmelzvertrag garantierte bis zum Jahr 2008 sinkende Erstattungen für Aufwendungen.

3.14.5 Zentrale Dienste

Hierzu gehören die Produkte:

- 01.01.13 Zentrale Dienste
- 01.01.14 Post- und Telekommunikation
- 01.01.15 Informationstechnologie

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	124.580	143.140	143.140	143.140	143.140	143.140
Gebühren	700	1.450	1.450	1.450	1.450	0
Kostenerstattung	598.175	721.690	751.270	751.690	751.690	751.170
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalkulatorische Erträge	53.530	53.385	53.385	53.385	53.385	53.385
Summe Erträge	776.985	919.665	949.245	949.665	949.665	947.695
Personalaufwand	-1.730.407	-1.797.475	-1.779.710	-1.805.610	-1.805.610	-1.824.400
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-2.667.871	-3.461.199	-3.578.480	-3.613.380	-3.708.980	-3.824.380
Zuschüsse, Umlagen	0	0	0	0	0	0
innerer und kalkulatorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-4.398.278	-5.258.674	-5.358.190	-5.418.990	-5.514.590	-5.648.780
Produktsaldo	-3.621.293	-4.339.009	-4.408.945	-4.469.325	-4.564.925	-4.701.085
Kostendeckungsgrad	17,7%	17,5%	17,7%	17,5%	17,2%	16,8%

Bei diesen Produkten handelt es sich wiederum um notwendige Aufgaben, die die Verwaltungsarbeit möglich machen.

Im Rechnungsjahr 2007 wurde u.a. die Ansatzhöhe für die Verrechnung von Fotokopien nicht erreicht, so dass sich die privatrechtlichen Entgelte reduzierten. Im Gegenzug verringerten sich auch die Aufwendungen im Sachleistungsbereich.

Der geringere Kostenersatz im Rechnungsergebnis 2007 ergibt sich aus dem niedrigeren Telefongebührenersatz von anderen Ämtern.

Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören u.a. die Postgebühren. Diese fielen aufgrund des Großkundenrabatts im Jahr 2007 niedriger als geplant aus. Wegen der Europa- und Bundestagswahlen im Jahr 2009 muss jedoch mit höheren Portokosten gerechnet werden. Bei der Miete der Telekommunikationsanlage, ein weiterer Ausgabenfaktor im Bereich der Sach- und Dienstleistungen, ist vertraglich eine jährliche Preissteigerung vereinbart. Zudem variiert die Höhe der externen Dienstleistung für die Informationstechnologie, abhängig von Baumaßnahmen, Auslieferung neuer Hardware und dem Austausch von Systemkomponenten. Letztere mussten ebenfalls nicht in veranschlagter Höhe ausgegeben werden.

Durch neue Vertragsverhandlungen bzw. Ausschreibungen im Fall der Kündigungsmöglichkeit sowie durch Vereinbarungen über Großkundenrabatte wird höheren Steigerungen entgegengewirkt. Allerdings sinkt der Kostendeckungsgrad von 17,7 % im Jahr 2007 auf 16,8 % im Jahr 2012.

3.15.6 Sonstige Aufgaben im Bereich Innere Verwaltung

Hierzu gehören die Produkte:

01.01.03	Öffentlichkeitsarbeit
01.01.07	Rechnungswesen und Controlling
01.01.09	Rechtsangelegenheiten
01.01.10	Zwangswise Einziehung von Geldforderungen
01.01.11	Kassenmanagement
01.01.16	Festsetzung und Erhebung von Steuern und steuerlichen Nebenleistungen

Die Aufwendungen und Erträge dieser Produktgruppe entwickeln sich wie folgt:

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	10.959.503	10.053.730	8.950.970	8.930.970	8.910.970	8.887.680
Gebühren	0	0	0	0	0	0
Kostenerstattung	9.135.077	10.795.720	7.006.820	7.002.870	7.002.920	7.002.970
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	71.900	72.500	72.500	72.500	72.500	72.500
Summe Erträge	20.166.480	20.921.950	16.030.290	16.006.340	15.986.390	15.963.150
Personalaufwand	-4.017.621	-4.119.970	-4.207.980	-4.278.280	-4.278.280	-4.329.080
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-1.151.607	-2.005.890	-2.124.070	-2.257.010	-2.261.540	-2.264.590
Zuschüsse, Umlagen	-6.341.180	-6.126.400	-5.445.210	-5.445.210	-5.445.210	-5.445.210
innerer und kalku- latorischer Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-11.510.408	-12.252.260	-11.777.260	-11.980.500	-11.985.030	-12.038.880
Produktsaldo	8.656.072	8.669.690	4.253.030	4.025.840	4.001.360	3.924.270
Kostendeckungsgrad	175,2%	170,8%	136,1%	133,6%	133,4%	132,6%

In diesem Produktbündel ist eine Vielzahl von verschiedenen Aufgaben zusammengefasst, von denen lediglich die Öffentlichkeitsarbeit zu den freiwilligen Leistungen zählt.

Die Summe der privatrechtlichen Erträge ergibt sich zum Großteil aus den Konzessionsabgaben für Gas, Strom und Wasser, die die Stadt von der EVO erhält. Diese werden weiterhin aufgrund ihrer verbrauchsabhängigen Festlegung und der geänderten Rahmenbedingungen durch die modifizierte Konzessionsabgabenverordnung (KAV) sinken. Außerdem wird hier auch die Gewinnausschüttung der SOH verbucht.

Die Reduzierung des Kostenersatzes resultiert vor allem aus der Verringerung der Landeszuweisungen im Bereich des Sozialhilfelausgleichs.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich: im Referat Recht verteuern sich die veranschlagten Rechts- und Gerichtskosten, da, um Personalkosten einzusparen, in größerem Umfang Rechtsangelegenheiten an Rechtsanwälte vergeben werden; im Kassen- und Steueramt wurde im Jahr 2008 eine neue Software im Steuerbereich eingeführt; in der Kämmerei wurden die Versicherungsprämien erstmalig im Jahr 2007 nicht mehr auf einem Vorkonto verbucht; im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit muss mit einem Mehraufwand bei den Öffentlichen Bekanntmachungen und den Kosten für den Internetauftritt gerechnet werden.

Die Zuschüsse im Rechnungsergebnis 2007 sind höher als in den Folgejahren, da die Reduzierung des Verlustausgleichs durch den positiven Jahresabschluss des Eigenbetriebs

Kindertagesstätten (EKO) noch nicht gebucht wurde. In den Folgejahren wurde dies berücksichtigt.

In diesem Bereich werden Zuschüsse für die gesamte Stadtverwaltung vereinnahmt, weswegen die Kostendeckung mehr als 100 % beträgt.

3.15.7 Zusammenfassung Innere Verwaltung

Ertrags-/ Aufwandsgruppe	RE 07	Ans. 08	Ans. 09	Ans. 10	Ans. 11	Ans. 12
privatrechtliche und sonstige Erträge	13.007.833	11.620.730	11.019.410	11.039.410	10.979.410	10.956.120
Gebühren	17.834	14.970	26.340	26.470	26.470	25.020
Kostenerstattung	10.264.185	11.967.400	8.248.310	8.244.530	8.244.820	8.244.410
Steuern	0	0	0	0	0	0
innere und kalku- latorische Erträge	261.350	288.590	288.590	288.590	288.590	288.590
Summe Erträge	23.551.202	23.891.690	19.582.650	19.599.000	19.539.290	19.514.140
Personalaufwand	-11.526.450	-11.895.614	-11.807.817	-11.980.903	-11.980.903	-12.128.665
Sach-, Dienst- und sonstige Leistungen	-31.159.019	-33.323.115	-33.884.303	-34.501.386	-34.306.738	-34.429.961
Zuschüsse, Umlagen	-7.220.834	-7.052.780	-6.374.440	-6.451.930	-6.492.830	-6.379.940
innerer und kalku- latorischer Aufwand	-28.070	-32.450	-31.680	-30.910	-30.150	-29.380
Summe Aufwendungen	-49.934.373	-52.303.959	-52.098.240	-52.965.129	-52.810.621	-52.967.946
Produktsaldo	-26.383.172	-28.412.269	-32.515.590	-33.366.129	-33.271.331	-33.453.806
Kostendeckungsgrad	47,2%	45,7%	37,6%	37,0%	37,0%	36,8%

Bei den Produkten der Inneren Verwaltung handelt es sich um Aufgaben, die zur Sicherstellung der Verwaltungsprozesse erforderlich sind oder die in der Regel aufgrund gesetzlicher Grundlagen zu den Pflichtaufgaben zählen.

Die negative Entwicklung im Periodensaldo resultiert vor allem aus sinkenden Zuschüssen des Landes und sinkenden Erträge aus Konzessionsabgaben. Bei den Landeszuschüssen ist die Kommune von der Landesgesetzgebung sowie den Steuereinnahmen abhängig, die Höhe der Konzessionsabgaben ist ebenfalls nicht beeinflussbar. Die Höhe der Gewinnausschüttung ist abhängig von der Dividende der EVO und dem Verlustausgleich für die OVB. Im Rahmen des Beteiligungsmanagement wird auf eine Reduzierung des Verlusts hingewirkt.

Die höheren Aufwendungen im Sach- und Dienstleistungsbereich ergeben sich aus höheren Aufwendungen u.a. aufgrund von Preissteigerungen, aber auch durch die geringeren Aufwendungen im Rechnungsjahr.

Die Personal- und Verwaltungsstrukturen sind so angelegt, dass die Aufgabenerfüllung, die sich aus der Offenbacher Bevölkerungsstruktur ergibt, möglichst effizient erfolgt.

3.16. Zusammenfassung: Aufgaben und Leistungen der Stadt Offenbach

Vergleicht man den Ergebnishaushalt 2009 – 2012 mit dem von 2008 (jeweils Haushaltsansätze) insgesamt, ergibt sich unter Einbeziehung der oben im Einzelnen dargestellten Produktkosten und –erträgen folgendes Bild:

Stadt Offenbach
Der Magistrat der Stadt Offenbach

Gesamtergebnishaushalt 2009

Bezeichnung	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Ordentliche Erträge						
01 Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.648.551,47	12.273.730	8.022.326	6.579.086	6.589.036	1.836.626
02 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.891.891,62	8.711.870	8.909.779	8.552.659	8.553.149	8.235.449
03 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.144.948,01	4.463.100	4.219.489	4.181.749	4.182.039	4.152.729
04 Bestandsveränderungen u. a. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
05 Steuern und ähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	125.353.096,41	117.422.000	121.415.000	120.965.000	120.965.000	120.965.000
06 Erträge aus Transferleistungen	29.788.488,13	26.881.430	25.740.100	25.741.100	25.741.100	25.740.100
07 Zuwendungen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	85.404.525,31	93.806.610	75.404.144	72.863.144	72.863.144	72.758.034
08 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0,00	12.256.080	16.778.895	17.545.795	18.167.294	18.743.896
09 Sonstige ordentliche Erträge	14.926.979,65	13.734.330	14.128.140	14.177.760	14.140.300	14.139.470
10 = Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)	273.158.480,60	289.549.150	274.617.873	270.606.293	271.201.062	266.571.304
Ordentliche Aufwendungen						
11 Personalaufwendungen	43.900.552,08	45.015.050	45.677.475	46.270.258	46.335.058	46.884.588
12 Versorgungsaufwendungen	9.541.740,03	10.400.500	10.665.363	10.862.961	10.862.961	11.012.968
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	50.734.591,48	57.415.530	58.714.410	58.585.363	58.355.253	58.259.213
14 Abschreibungen	0,00	15.636.590	18.092.290	19.104.092	19.825.790	20.350.091
15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzausgaben	33.412.691,56	41.485.560	43.356.332	44.366.172	42.650.502	42.544.552
16 Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	30.863.143,60	29.801.850	30.544.200	30.544.200	30.544.700	30.544.700
17 Transferaufwendungen	91.677.228,66	90.392.520	96.770.660	96.955.260	96.958.902	96.951.402
18 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	67.410,44	77.270	76.750	76.750	76.800	76.900
19 = Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 bis 18)	-260.197.357,85	-290.224.870	-303.897.480	-306.765.056	-305.609.966	-306.624.414
20 = Verwaltungsergebnis (Position 10 ./. Position 19)	12.961.122,75	-675.720	-29.279.607	-36.158.763	-34.408.904	-40.053.110
II. Finanzergebnis						
21 Finanzerträge	5.384.951,69	5.616.170	4.751.530	4.696.530	4.651.930	4.616.930
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.804.312,30	18.696.000	20.334.800	20.334.800	20.334.500	20.334.000
23 = Finanzergebnis (Position 21 ./. Position 22)	-15.419.360,61	-13.079.830	-15.583.270	-15.638.270	-15.682.570	-15.717.070
24 = Ordentliches Ergebnis (Position 20 + Position 23)	-2.458.237,86	-13.755.550	-44.862.877	-51.797.033	-50.091.474	-55.770.180
III. Außerordentliches Ergebnis						
25 Außerordentliche Erträge	102.689,81	148.390	108.390	108.390	108.390	105.000
26 Außerordentliche Aufwendungen	49.535,04	75.500	75.510	75.510	75.510	75.000
27 = Außerordentliches Ergebnis (Position 25 ./. Position 26)	53.154,77	72.890	32.880	32.880	32.880	30.000
28 IV. Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (Position 24 + Position 27)	-2.405.083,09	-13.682.660	-44.829.997	-51.764.153	-50.058.594	-55.740.180
29 V. Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
30 VI. Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen (Position 28 + Position 29)	-2.405.083,09	-13.682.660	-44.829.997	-51.764.153	-50.058.594	-55.740.180

Die Ansätze der Verwaltungsergebnisse 2009 und folgende Jahre (Zeile 20) weisen eine deutliche Verschlechterung aus (in der Haushaltsplanung 2009 steigt der negative Saldo um 28,7 Mio.€ gegenüber 2008). Dies resultiert auf der einen Seite aus der Erwartung sinkender Erträge (in 2009 allein ein Minus von insgesamt 14,9 Mio. € - Zeile 10) und auf der anderen Seite aus der Erwartung steigender Aufwendungen (in 2009 allein ein Plus in Höhe von 13,8 Mio. € - Zeile 19). Im Folgenden wird auf die Entwicklung 2009 im Vergleich zu 2008 Bezug genommen, tendenziell gelten die Aussagen aber auch für die folgenden Jahre.

Ordentliche Erträge

Größten Anteil an den sinkenden Erträgen im Jahr 2009 und folgende haben die niedriger veranschlagten Schlüsselzuweisung vom Land (2009: minus 14,7 Mio. €) sowie die sonstigen Finanzzuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz (2009: minus 3,8 Mio. € - Zeile 07). Die geplante Zuweisung für 2008 lag auf einem außerordentlich hohen Niveau, die planerischen Ansätze für die Folgejahre wurden daher zurückgenommen. Erträge aus der Kostenerstattung des Landes/Bundes/EU sind zum Großteil nicht beeinflussbar.

Die Höhe der privatrechtlichen Leistungserträge (Zeile 01) wird maßgeblich bestimmt durch Grundstückserlöse. Hier wird konservativ mit einer Absenkung geplant. Der für die Finanzierung des städtischen Eigenanteils des Schulbauprogramms vorgesehene Erlös durch Verkäufe von Grundstücken ist aber weiter sichergestellt. Nach Vorliegen der Grundstücksbewertungen und der Einstellung in die Bilanz, werden die im Ergebnishaushalt ausgewiesenen Erträge um die Buchwerte reduziert werden.

Die erwarteten Steuereinnahmen (Zeile 05) erhöhen sich um 3 - 4 Mio. €, von denen 2009 3,0 Mio. € auf die Gewerbesteuer und 1,0 Mio. € auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entfallen.

Die Erträge aus Transferleistungen (Zeile 06) verringern sich aufgrund der gesunkenen Leistungsbeteiligung des Bundes für die Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende (2009: um 1,5 Mio. €).

Wie im Einzelnen beschrieben ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben eine Steigerung durch Gebühreneinnahmen meist nicht oder nur in geringem Maß möglich. Im Bereich der Kindertagesstätten ist besonders im Hinblick auf die Offenbacher Bevölkerungsstruktur und die Aufgabe als Bildungsträger, vor allem für die Erziehung und Bildung der jüngsten Generation, eine Erhöhung der Gebühren nicht sinnvoll.

Es wird deutlich, wie eingeschränkt die Möglichkeiten der Stadt Offenbach zur Ertragssteigerung sind. In diesem engen Rahmen macht die Stadt unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ihrer Bürger davon Gebrauch. Sie nutzt projektbezogen finanzielle Fördermöglichkeiten, um so mit möglichst geringem Eigenanteil einen großen Kostenwirkungsgrad und Nutzen für ihre Bürger zu erzielen.

Ordentliche Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind es vor allem die 2009 erwarteten gestiegenen Transferleistungen (6,4 Mio. € - Zeile 17) besonders im Sozialbereich, die die Summe der Aufwendungen erhöhen. Ursache für die Erhöhungen sind gesetzliche Ansprüche. Die von Offenbach zu erbringenden Transferleistungen von knapp 100 Mio. € machen rund ein Drittel der ordentlichen Haushaltsaufwendungen aus.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich durch steigenden Energie- und Instandhaltungskosten für Straßen, Grünanlagen und Spielplätzen (Zeile 13).

Die Abschreibungen erhöhen sich um 2,5 Mio. €, sie waren im ersten doppischen Haushalt nur als erste Hochrechnung mit noch nicht vollständig erfasstem Anlagevermögen eingegangen (Zeile 14).

Die Zuweisungen und Zuschüssen (Zeile 15) erhöhen sich im Jahr 2009 insgesamt um 1,9 Mio. €, im Wesentlichen durch gestiegene Zuwendungen an freie Träger im Bereich der Kindertagesstätten in Höhe von 2,2 Mio. €.

Die vorangegangene Darstellung der Produktbereiche hat deutlich gezeigt, dass die Stadt Offenbach aufgrund von Landes- und Bundesgesetzgebung mit Aufgaben betraut wird, für die sie oft keine oder nur eine geringe Kostenerstattung erhält und derer, da es sich um Pflichtaufgaben handelt, sie sich nicht entledigen kann. Insgesamt wird die Ausgabenseite zu 97 % durch Pflichtaufgaben bestimmt.

Freiwillige Leistungen

Neben den Pflichtaufgaben erfüllt die Stadt Aufgaben, die gesetzlich nicht konkret vorgeschrieben sind, jedoch ebenso der Daseinsvorsorge dienen. Diese sogenannten freiwilligen Leistung (aber wie bereits ausgeführt nur der Höhe nach freiwillig) betreffen die Bereiche Bildung, Kultur und Sport. Hier muss die Stadt Offenbach als Oberzentrum und Bildungsträger Angebote vorhalten bzw. unterstützen. Die Förderung von Kunst-, Kultur-, Sportvereinen und –initiativen ist Aufgabe jeder Stadt. Die freiwilligen Leistungen betragen in 2009 9,1 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil von 3 % am Ausgabevolumen und ist als sehr niedrig anzusehen.

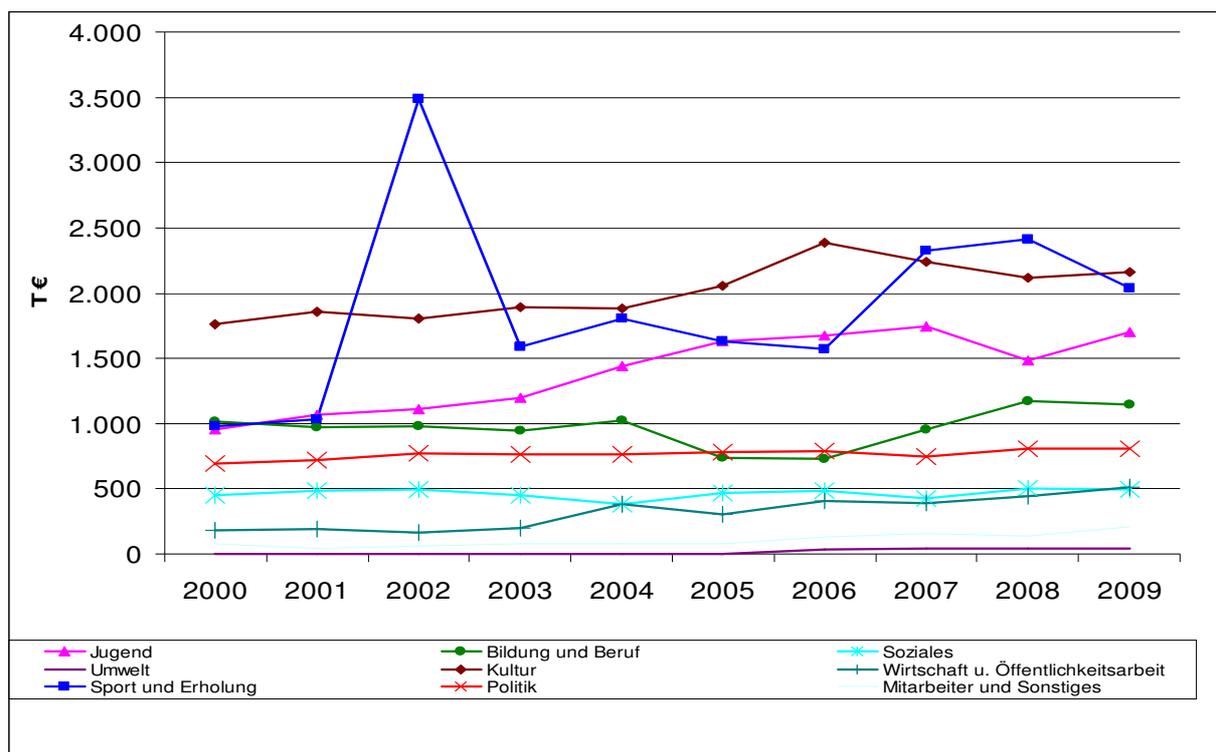
In der Vergangenheit wurden bereits zur Haushaltssanierung gerade in diesem Bereich Leistungen gekürzt (u.a. Schließung des Theaters und der Schwimmbäder). Ein minimales Angebot muss jedoch in Offenbach aufrechterhalten werden, um die Mindeststandards bei den sogenannten weichen Standortfaktoren zu erfüllen. Ansonsten verliert Offenbach jede Attraktivität für Einkommensbezieher und Gewerbebetriebe.

Unverzichtbar ist die Förderung freier Träger und Vereine in den Bereichen Kultur, Jugend, Soziales und Sport, die ihrerseits durch viel ehrenamtliches Engagement einen Beitrag leisten, der so von der Stadt nicht finanziert werden könnte. Aufgrund dieses Multiplikatoreffekts sind die Zuwendungen in diesem Bereich äußerst wirtschaftlich, so dass Kürzungen kontraproduktiv sind und deshalb davon abgesehen wird.

Die Höhe und Entwicklung der freiwilligen Leistungen bezogen auf verschiedene Bereiche wird in der folgenden Grafik dargestellt:

Freiwillige Leistungen der Stadt Offenbach

Abbildung 6



in T€ \ Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Jugend	958	1070	1112	1200	1444	1631	1672	1748	1488	1699
Bildung und Beruf	1013	972	978	943	1026	734	728	958	1168	1145
Soziales	455	484	491	447	381	465	482	425	499	494
Umwelt	1	3	1	2	1	2	37	41	46	46
Kultur	1762	1859	1805	1890	1881	2057	2382	2236	2118	2162
Wirtschaft u. Öffentlichkeitsarbeit	181	194	168	203	378	302	405	390	441	510
Sport und Erholung	981	1034	3492	1586	1807	1634	1567	2322	2412	2038
Politik	691	716	769	764	767	785	787	749	809	811
Mitarbeiter und Sonstiges	74	47	57	81	79	79	132	159	141	206
Summe	6115	6380	8874	7116	7764	7688	8192	9028	9122	9111

Erläuterungen:

2000-2007: Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009: Planansätze

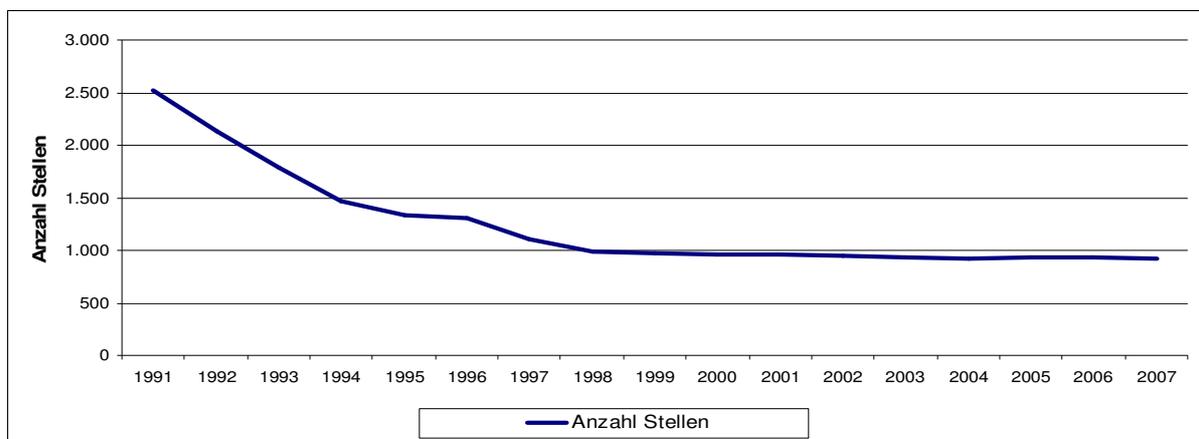
4. Personalzahlen und –kosten

Wie bereits ausführlich in den HSK der Vorjahre dargestellt wurde, werden seit dem Jahre 1991 in der Stadtverwaltung Offenbach stetig Stellen abgebaut. Während dies bis etwa 1998 durch Auslagerungen und Vereinbarungen auf freiwilliger Basis noch in großen Sprüngen möglich war, sind seit diesem Zeitpunkt nur noch graduelle Veränderungen möglich gewesen. Insgesamt wurden rund 1.120 Stellen ausgegliedert und 480 eingespart. Somit verfügt die Kernverwaltung im Jahr 2008 über rund 1.600 Stellen weniger als in 1991. Vergleicht man die fortgeschriebenen Personalkosten von 1991 mit den aufgrund der Sanierung niedriger ausfallenden tatsächlichen Personalkosten, so errechnet sich ein bereinigter kumulierter Sanierungserfolg in Höhe von mehr als 300 Mio. € für die Jahre 1991 bis 2008. Die Personalausgaben, die 1991 vor Beginn der Sanierungsmaßnahmen noch rund 83 Mio. € betragen, sanken bis 2008 trotz Tarifsteigerungen auf knapp 55 Mio. €. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt konnte daher von mehr als 30% Anfang der 1990er Jahre auf lediglich noch 18 % in 2008 reduziert werden.

Im Personalbericht 2008 (ebenso wie in den früheren Personalberichten) wird detailliert die Personalentwicklung in der Stadt, die Erfolge der Sanierungsbemühungen und Beiträge zur Haushaltssanierung wiedergegeben. Dieser Bericht wurde auch der Kommunalaufsicht zur Verfügung gestellt und ist in Inter- und Intranet eingestellt. Soweit die hier wiedergegebenen Informationen nicht ausreichen, verweisen wir daher auf den Personalbericht 2008: (<http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/54/0e/00/personalbericht2008.pdf>). Nachfolgende Abbildung 7 zeigt den bisherigen Stellenabbau:

Stellenentwicklung seit 1991

Abbildung 7



Stellenplan / Jahr	Anzahl der Stellen		Stellenstreichung gegenüber Vorjahr			Stellenstreichungen kumuliert
	ohne Sanierung	mit Sanierung	eigener Stellenabbau	Ausgliederungen	insgesamt	
1991	2.526,5	2.526,5	0,0	0,0	0,0	0,0
1992	2.526,5	2.128,3	56,2	342,0	398,2	398,2
1993	2.526,5	1.786,0	109,3	233,0	342,3	740,5
1994	2.526,5	1.466,0	96,5	223,5	320,0	1.060,5
1995	2.526,5	1.340,0	47,5	78,5	126,0	1.186,5
1996	2.526,5	1.309,0	31,0		31,0	1.217,5
1997	2.526,5	1.104,0	36,5	168,5	205,0	1.422,5
1998	2.526,5	988,0	43,5	72,5	116,0	1.538,5
1999	2.526,5	973,0	15,0		15,0	1.553,5
2000	2.526,5	963,0	7,0	3,0	10,0	1.563,5
2001	2.526,5	953,5	9,5		9,5	1.573,0
2002	2.526,5	944,5	9,0		9,0	1.582,0
2003	2.526,5	934,5	10,0		10,0	1.592,0
2004	2.526,5	926,5	7,0	1,0	8,0	1.600,0
2005	2.526,5	930,0	-3,5		-3,5	1.596,5
2006	2.526,5	929,5	0,5		0,5	1.597,0
2007	2.526,5	926,5	3,0		3,0	1.600,0
Summe			478,0	1.122,0	1.600,0	

Quelle: Personalbericht 2007

Die anschließende Abbildung gibt eine Übersicht, wie viele Stellen in den verschiedenen Bereichen vorhanden sind.

Abbildung 8

Stellen-Soll der Stadtverwaltung Offenbach 2009	
Bereich	Stellen Soll
Gesamt Innere Verwaltung <u>Ämter:</u> Stadtverordnetenbüro, Personalamt, Personalvertretung, Hauptamt, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Revisionsamt, Frauenbüro, Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Rechtsamt	164,2
Gesamt Sicherheit und Ordnung <u>Ämter:</u> Ordnungsamt, Feuerwehr, Bürgerbüro, Ausländeramt, Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration	249,5
Gesamt Schulträgeraufgaben <u>Amt:</u> Stadtschulamt	42,8
Gesamt Kultur, Sport und Wissenschaft <u>Ämter:</u> Forum Kultur und Sport, VHS	66,4
Gesamt Soziale Leistungen <u>Ämter:</u> Sozialamt, Ausgleichsamt, Wohnungs - Versicherungs-Standesamt	94,0
Gesamt Kinder-, Jugend- und Familienhilfe <u>Amt:</u> Jugendamt	117,8
Gesamt Gesundheitsdienste <u>Ämter:</u> Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Stadtgesundheitsamt	33,1
Gesamt Räumliche- und Freiflächenplanung, Bauen, Verkehrsflächen <u>Ämter:</u> Stadtplanung und Baumanagement, Vermessungsamt, Bauaufsichtsamt	88,6
Gesamt Umweltschutz <u>Amt:</u> Amt für Umwelt, Energie und Mobilität	18,2
Gesamt Wirtschaftsförderung und Liegenschaften <u>Amt:</u> Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	15,5
Sollstellen Gesamt	890,1

Die ja weiterhin bestehende Verpflichtung der Stadt zur Erfüllung ihrer (teilweise zunehmenden) gesetzlichen Aufgaben schränkt den Spielraum für weitere Personalreduzierungen stark ein. Zwar sind für den künftigen Abbau bereits heute ca. 50 Stellen mit kw- Vermerk versehen worden; d. h. diese Stellen werden im Falle einer anstehenden Nachbesetzung gestrichen. Allerdings zeigt sich auch, dass neue der Stadt durch Gesetze oder Verordnungen übertragene Aufgaben meist nicht ohne entsprechendes Mehrpersonal erledigt werden können.

Des Weiteren wurden im Stellenplan 2008 insgesamt 173 Stellen ohne einzelnes Bewertungsverfahren mit einem kb- Vermerk versehen, um bei Neubesetzung den Stellenwert zu überprüfen. Eine zusätzliche Reduzierung der Personalkosten erfolgt bei Freiwerden von Stellen durch eine 15-monatige Stellenbesetzungssperre.

Die Festlegung der Ausbildungsquoten wurde neu vereinbart. Das vorrangige Ziel ist es, bedarfsgerecht auszubilden und Auszubildenden zeitnah nach Abschluss ihrer Ausbildung eine feste Planstelle anbieten zu können. Im Jahr 2008 wurden lediglich 4 Auszubildende in das Beamtenverhältnis auf Widerruf ernannt.

Auch ein Vergleich der Personalaufwendungen der Stadt Offenbach mit denen der anderen hessischen Großstädte zeigt, dass Offenbach hier sehr deutlich unter dem vergleichbaren Niveau der anderen kreisfreien Städte liegt:

Abbildung 9

Hessisches Statistisches Landesamt

Personalausgaben der kreisfreien Städte 2000 bis 2005 in Euro pro Einwohner / Einwohnerin

Quelle: Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden/Gv.

kreisfreie Stadt	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Trend für Offenbach	
							2006	2007
Darmstadt								
insgesamt:	97.429.628	98.322.611	100.985.411	100.433.654	100.719.904	96.387.805		
Einwohner	138.242	138.457	138.959	139.698	140.078	140.562		
PKO pro Einw.	705	710	727	719	719	686		
Frankfurt								
insgesamt:	522.124.813	522.562.409	532.749.101	542.120.789	526.955.337	468.835.726		
Einwohner	646.550	641.076	643.726	643.432	646.889	651.899		
PKO pro Einw.	808	815	828	843	815	719		
Wiesbaden								
insgesamt	180.393.134	187.606.691	193.755.363	195.927.166	191.985.824	191.241.006		
Einwohner	270.109	271.076	271.553	271.995	274.076	274.611		
PKO pro Einw.	668	692	714	720	700	696		
Kassel								
insgesamt:	116.486.193	118.642.041	120.527.205	122.597.496	121.098.553	125.078.188		
Einwohner	194.766	194.748	194.146	194.322	194.464	194.427		
PKO pro Einw.	598	609	621	631	623	643		
Offenbach								
insgesamt:	50.550.151	51.547.237	52.264.927	53.058.506	54.083.615	53.530.136	52.862.981	53.450.187
Einwohner	117.535	118.429	119.233	119.208	119.527	119.430	118.533	118.111 *
PKO pro Einw.	430	435	438	445	452	448	446	453

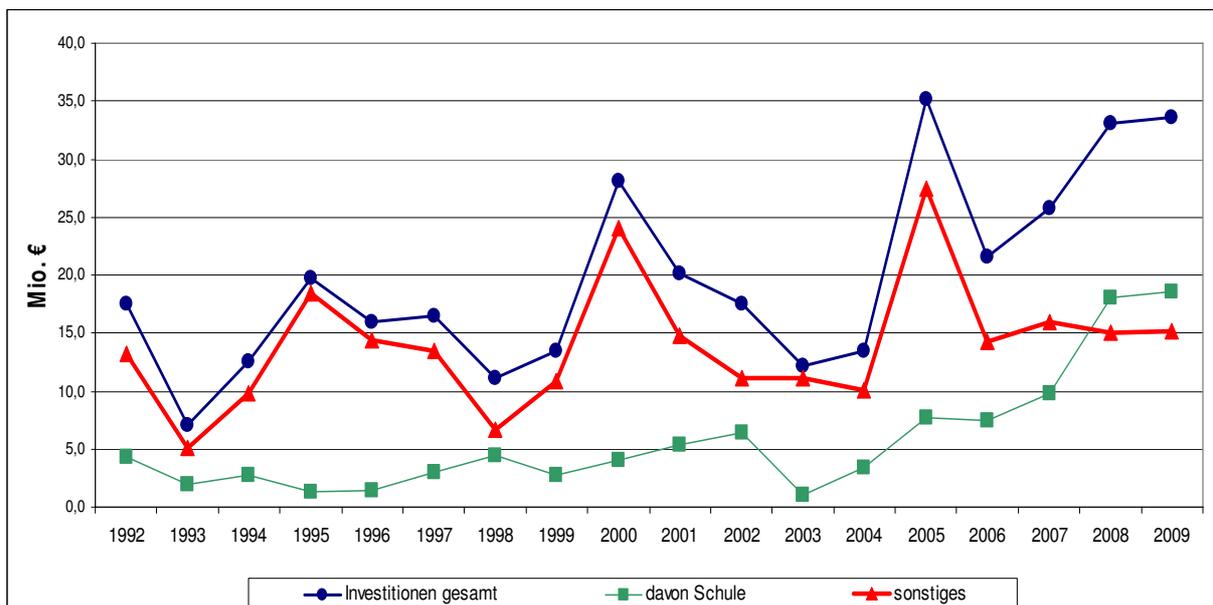
Die PKO (Personalkosten) verstehen sich **einschließlich** der externen PKO. Die PKO 2006 und 2007 für Offenbach am Main beruhen auf den städtischen Rechnungsergebnissen, Angaben des Hess. Stat. Landesamtes liegen noch nicht vor. Die Bevölkerungszahlen sind zum Stand 31.12. des jeweiligen Jahres angegeben, *abweichender Stand: 30.09.2007

5. Investitionen und Finanzierung

Bedeutende öffentliche Investitionen haben nach dem Bau der S-Bahn in den 90er Jahren in Offenbach (mit Ausnahme des Neubaus des Klinikums, der u.a. durch städtisch verbürgte Kredite finanziert wird) nicht mehr stattgefunden. Die Investitionstätigkeit der Stadt diente im Betrachtungszeitraum weitgehend der Substanzerhaltung der Infrastruktur und der Anpassung an sich ändernde Bedürfnisse. Aber selbst die Substanzerhaltung konnte nur begrenzt gewährleistet werden. Eine an sich notwendige Ausweitung des Investitionshaushalts ist angesichts der Finanzsituation Offenbachs nicht möglich. Ein Sonderfall ist das Schulbau- und Schulsanierungsprogramm.

Abbildung 10

Investitionen



Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Investitionen gesamt	17,5	7,0	12,5	19,7	15,9	16,5	11,1	13,5	28,1	20,1	17,5	12,1	13,5	35,2	21,6	25,8	33,1	33,6
davon Schule	4,3	1,9	2,7	1,3	1,5	3,0	4,4	2,7	4,0	5,3	6,4	1,0	3,4	7,7	7,4	9,8	18,1	18,5
sonstiges	13,2	5,1	9,8	18,4	14,4	13,5	6,7	10,8	24,1	14,8	11,1	11,1	10,1	27,5	14,2	16,0	15,0	15,1

Erläuterungen:

1992-2007 Rechnungsergebnisse, 2008 und 2009: Planansätze

Anmerkungen zu den Zahlen 1992 – 2007:

- 1993 entstand im Bereich der S-Bahn ein negatives Ergebnis, da für den Bau der S-Bahn veranschlagte Haushaltsausgabereste aufgelöst werden konnten.
- 2000 und 2005 wurden in die Rumpenheim Südwest GmbH 12,1 Mio. € bzw. 14,5 Mio. € Grundstückswerte eingelegt, so dass sich die Gesamtinvestitionen entsprechend erhöhten.

Aufgrund der Finanzsituation und zur Vermeidung einer Nettoneuverschuldung Offenbachs wurde der Planansatz für Investitionen außerhalb des beschlossenen Schulbausanierungsprogramms auf nur 15 Mio. € p.a. in den nächsten Jahren festgesetzt. Die Stadt bewegt sich damit am untersten Limit. Die Abbildung 10 zeigt die Aufwendungen für Investitionen in der Zeit von 1992 bis 2009.

Seit 2008 ist erkennbar, dass die Stadt Offenbach mit dem Schulbausanierungsprogramm den Schwerpunkt auf die Verbesserung des kindlichen Bildungsumfelds legt. Im Jahr 2009 sind hierfür 17,7 Mio. € bereitgestellt.

Bei den zu realisierenden sonstigen Investitionen in Höhe von 15,2 Mio. € werden im Zuge einer Priorisierung hauptsächlich Bauprojekte verfolgt, die

- bereits begonnen wurden (z.B. Mainzer Ring),
- bei denen im Fall der Untätigkeit Gefahr in Verzug entstehen könnte (Brandschutzmaßnahmen Rathaus, Investitionen im Bereich der Feuerwehr) oder
- große Anteile an EU-, Bundes- oder Landesmitteln (Hochwasserschutz, Umsetzung HEGISS) verbunden mit der Maßgabe, eine signifikante Qualitätsverbesserung des Standorts Offenbach zu verwirklichen, genutzt werden können.

Weitere für Offenbach wichtige Investitionen in der Stadt, die aber nicht aus Haushaltsmitteln finanziert werden, werden sein:

- die für 2009 vorgesehene Fertigstellung des Neubaus des Klinikums mit der damit verbundenen Neuorganisation des Klinikumgeländes; dieses Projekt wird durch kommunal verbürgte Kredite und einen Zins- und Tilgungszuschuss des Landes über insgesamt 50 Mio. € finanziert (siehe Kapitel 7)
- die Sanierung und Entwicklung des Gebiets des ehemaligen (mit Altlasten verunreinigten) Industriehafens, finanziert durch die stadt-eigene SOH
- die Neubebauung des Gebiets Waldheim-Süd, dem ehemaligen und zwischen 2001 - 2005 abgerissenen sozialen Brennpunkts Lohwald, ebenfalls finanziert durch die SOH

Finanzierung Schulbausanierungsprogramm

Die aus dem Haushalt zu finanzierenden Investitionen der folgenden Jahre werden im Wesentlichen durch dieses Schulbauprogramm bestimmt. Das 2007 beschlossene Schulbauprogramm umfasst für die Zeit bis 2012 neun Schulen. Insgesamt sollen bis 2012 rund 105 Mio. € hierfür investiert werden. Folgende Maßnahmen sind geplant:

- die Sanierung maroder Baustrukturen; insbesondere die Schulbauten aus den 1970er Jahren weisen erhebliche Baumängel auf. Teilweise mussten Schultrakte bereits geschlossen werden.
- den Ausbau der Schulen für den Ganztagsunterricht
- die Erweiterung der Gymnasien für G8
- die Erweiterung und Anpassung der Berufsschulen an die geänderte Bedarfslage (Trend zum beruflichen Gymnasium)
- die energetische Sanierung, dies ist insbesondere durch die drastischen Energiepreissteigerungen von großer Bedeutung
- die Erfüllung des Mindeststandards in den Ausschreibungen, angelehnt an den Richtlinien zur Klassengröße etc.

Darüber hinaus ist vorgesehen, drei der neun Schulen, nämlich die Beethovenschule, die Käthe-Kollwitz-Schule und die Theodor-Heuss-Schule, im Rahmen eines PPP-Verfahrens zu bauen bzw. zu sanieren (siehe auch Kapitel 6).

Aus der Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock in Höhe von 20,0 Mio. € werden 10,0 Mio. € zur Schulbausanierung eingesetzt. Die restlichen 10,0 Mio. € aus der Zuweisung zum Landesausgleichsstock werden bestimmungsgemäß für die Abdeckung der Altdefizite verwendet.

6. Städtisches Vermögen (Beteiligungen, Grundstücke)

Eine Übersicht über das vollständige Vermögen der Stadt wird im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz gefertigt und im 1. Quartal 2009 den Gremien zur Beschlussfassung gegeben.

An dieser Stelle soll vor allem die Höhe der Grundstücksveräußerungen zur Finanzierung des Schulbausanierungsprogramms gezeigt werden. Eine konkrete Liste wird als Anlage des Haushaltssicherungskonzepts dem Regierungspräsidenten vorgelegt. Vor dem Verkauf der Grundstücke wird die Genehmigung der Kommunalaufsicht eingeholt. Eine Übersicht mit den geplanten Verkaufswerten mit Stand September 2008 zeigt das Volumen der Eigenbeteiligung.

RE 2007	HP 2008	HP 2009	HP 2010	HP 2011	HP 2012
4,9 Mio. €	2,3 Mio. €	6,6 Mio. €	3,0 Mio. €	5,0 Mio. €	5,0 Mio. €

Im Jahr 2007 wurden Grundstücke im Wert von 4,9 Mio. € veräußert. Der ursprünglich für 2008 vorgesehene Verkauf des Geländes auf dem Buchhügel für den Bau des neuen Polizeipräsidiums wird über die SOH abgewickelt. Im nächsten Abschnitt wird in diesem Zusammenhang der Beitrag der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH (SOH) beschrieben. Grundsätzlich werden die Grundstücke zu Preisen veräußert, die sich an der Marktentwicklung orientieren.

Beitrag der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH (SOH) zum städtischen Haushalt 2008 - 2009

Nach kommunalaufsichtlicher Vorgabe hat die Stadt Offenbach zur Finanzierung von Schulbauten vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation zu einem Drittel Eigenmittel (insbesondere durch Vermögensveräußerungen) einzusetzen. Zur Sicherung dieser Vorgabe wurde mit der Haushaltsgenehmigung 2008 vom 28. Mai 2008 die Auflage verbunden, 30,0 Mio. € an Rücklagemitteln der SOH zur Finanzierung der Schulbaumaßnahmen einzusetzen.

In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium übernimmt die SOH Aufgaben und damit verbundene Kosten der Kommune. Darüber hinaus erwirbt die Gesellschaft städtische Liegenschaften in einer Größenordnung von insgesamt 10,0 Mio. €.

Details sind nachfolgend aufgeführt:

Die SOH kauft der Stadt Gelände für das künftige Polizeipräsidium in Höhe von 7,0 Mio. € ab. Damit wird ein Liquiditätszufluss an den Kernhaushalt um 2 Jahre vorgezogen. Weiterhin erwirbt die SOH mit 2,0 Mio. € das Gebäude des ehemaligen Gesundheitsamtes und verpflichtet sich, dieses mit eigenen Mitteln für die Einrichtung einer pädagogischen Einrichtung zu entwickeln. Ferner erwirbt die SOH die Liegenschaft Senefelderstr. 162 für 1,0 Mio. €.

Die SOH errichtet zur Förderung des Breitensports ein neues Sportzentrum auf dem Gelände des ehemaligen Tambourbades am Bieberer Berg. Außerdem übernimmt die SOH die Verantwortung für mögliche Sanierungs- oder Baumaßnahmen für das Stadion am Bieberer Berg. Die Umsetzung und Finanzierung der Projekte erfolgt aus der Liquidität der SOH in einer Größenordnung von insgesamt 5,0 Mio. €.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass mit dem Regierungspräsidenten vereinbart ist, dass eine Summe von maximal 10,0 Mio. € für den Komplex Bieberer Berg (inklusive Sportgelände ehemaliges Tambourbad) in Anspruch genommen werden darf.

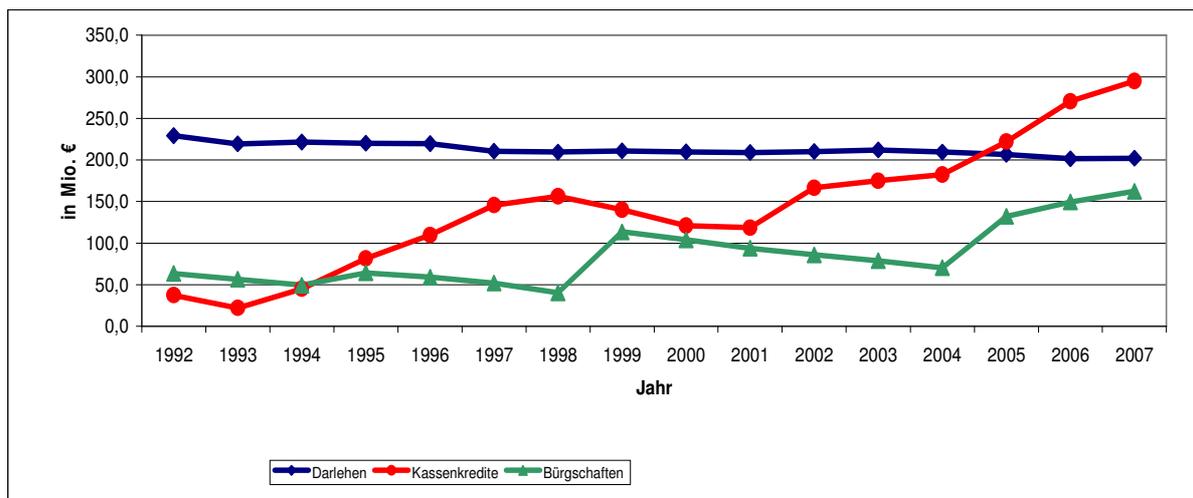
Von Seiten der Stadt wird darüber hinaus die verschuldete RSW Rumpenheim Südwest GmbH auf die SOH übertragen werden. Durch die Überleitung von Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 15,2 Mio. € (davon 7,0 Mio. € von städtischer Seite verbürgt) und einer gesellschaftsrechtlichen Verschmelzung der beiden Beteiligten kann der Gesellschaftszweck fortgeführt werden. Damit gehen auch die Vermarktungsrisiken der eingelegten Grundstücke von der Kommune auf die neue Gesellschaft über.

7. Kreditaufnahmen, Schuldenstand, Bürgschaften

In diesem Kapitel wird im Rahmen der Finanzierungstätigkeit des Finanzhaushalts eine Übersicht über den Schuldenstand, den Stand der Kreditaufnahmen und Bürgschaften sowie die Entwicklung des Altdefizits gezeigt.

Abbildung 11

Übersicht Darlehen, Kassenkredite und Bürgschaften
Stand: jeweils 31.12.

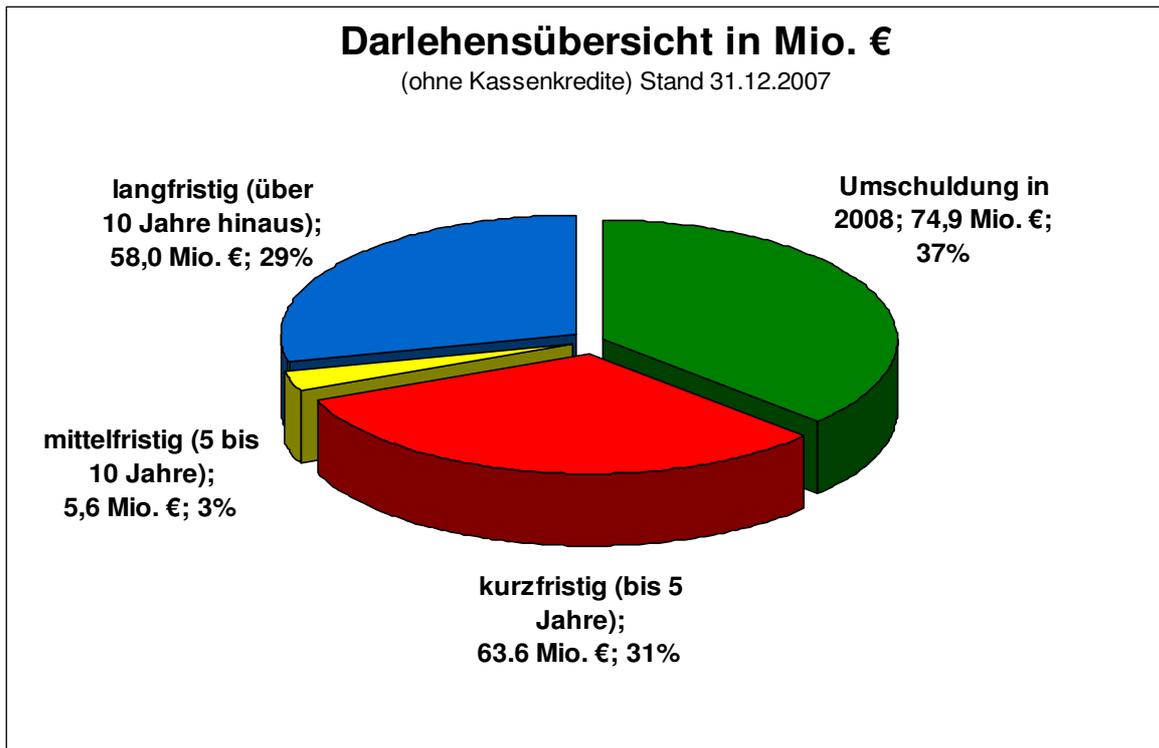


Jahr (in Mio. €)	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Darlehen	229,2	219,5	221,4	220,2	219,6	210,5	209,5	210,9	209,7	209,1	210,2	212,0	209,5	206,7	201,7	202,2
Kassenkredite	37,6	22,1	45,2	81,6	109,9	145,7	156,5	140,1	121,2	118,6	166,5	175,0	182,5	222,0	270,5	295,0
Bürgschaften	63,6	56,6	49,6	64,4	59,3	51,9	40,2	113,8	104,0	94,0	86,0	78,9	70,5	132,3	149,5	162,5

Während die Darlehen aus Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung in den letzten Jahren leicht abgebaut wurden und nunmehr mit 202,2 Mio. € knapp über 200 Mio. € liegen, stieg das Volumen der Kassenkredite zur Finanzierung der Defizite der laufenden Haushalte (bis 2007 bezeichnet als Verwaltungshaushalte, seitdem Ergebnishaushalt) fast kontinuierlich an.

Darlehensübersicht

Nachfolgende Übersicht (Abbildung 12) zeigt die gegenwärtige Struktur gegliedert nach Restlaufzeiten. Für 2008 stehen 74,9 Mio. € (37% des Volumens) zur Umschuldung an, von denen bis zum 31.08.2008 bereits der komplette Betrag umgeschuldet wurden.



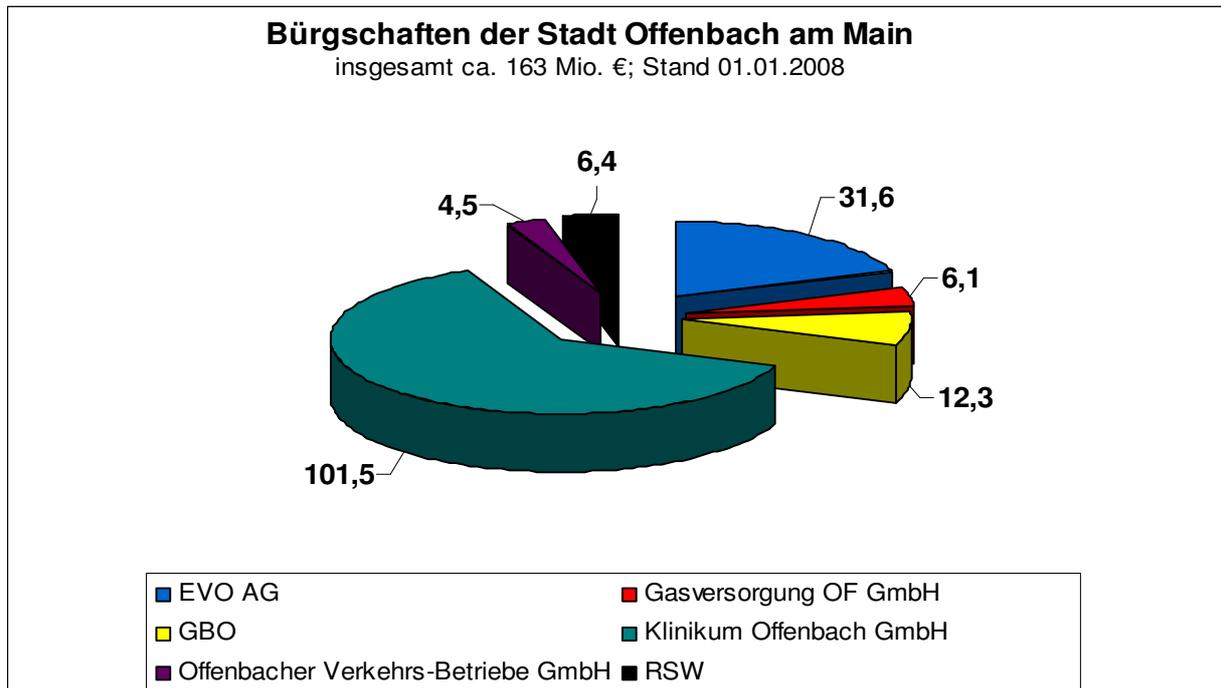
Weitere 63,6 Mio. € (31% des Volumens) sind in den nächsten 5 Jahren neu zu verhandeln. Die langfristigen Darlehen (über 10 Jahren) umfassen ein Volumen von 60 Mio. € (29 % des Volumens). In den letzten Jahren refinanziert die Stadt nur begrenzt langfristig, da die Zinsen sich im kurzfristigen Bereich günstiger entwickelt haben als im langfristigen Bereich.

Kassenkredite

Die Kassenkredite sind durchgehend kurzfristig finanziert. Durch ihre kurze Laufzeiten und kommunale Absicherung sind die Konditionen als sehr gut zu bezeichnen. Kassenkredite stellen inzwischen wie in vielen anderen Kommunen, so auch in Offenbach eine Art Dauerfinanzierung dar. Grundsätzlich widerspricht diese Form der Finanzierung dem Grundgedanken der Kassenkredite, die eigentlich nur der Abdeckung kurzfristig auftretender Unterdeckungen dienen sollten.

Bürgschaften

Die Stadt Offenbach übernimmt Bürgschaften für Eigenbetriebe und Gesellschaften im städtischen Eigentum, um diesen Kreditaufnahmen zu den günstigen Bedingungen, die für Kommunen gelten, zu ermöglichen. Meist sind dies langfristige Kredite. Die folgende Grafik (Abbildung 13) zeigt den Stand der Bürgschaften von insgesamt 163 Mio. € mit Stichtag zum 01.01.2008 und deren Aufteilung:



Die Bürgschaften für die EVO (31,6 Mio. €) und Gasversorgung Offenbach (6,1 Mio. €) stammen noch aus der Zeit, als diese kommunale Gesellschaften waren. Sie dienen im Wesentlichen dem Ausbau des Müllheizkraftwerks und dem Ausbau der Versorgungsnetze.

Der überwiegende Teil der bestehenden städtischen Bürgschaften (101 Mio. €) wurden dem städtische Klinikum gewährt. Die Bürgschaften für das Klinikum dienen im Wesentlichen der Absicherung der Kredite, die für die Finanzierung des Neubaus notwendig sind.

Die Bürgschaften an die GBO wurden für die 2006/07 durchgeführten Maßnahmen zur Modernisierung und Wärmedämmung vergeben.

Die Bürgschaft für die RSW dient der Absicherung eines Kredits der HELABA.

Die OVB nutzt Bürgschaften zur Finanzierung der Erneuerung der Busflotte.

Insgesamt hat die Stadt Offenbach Bürgschaften in Höhe von 163 Mio. € übernommen.

Darlehen und Bilanzsumme der wirtschaftlichen Beteiligungen

Die folgende Tabelle (Abbildung 14) zeigt die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der wirtschaftlichen Beteiligungen. Ebenfalls zeigt diese Tabelle die Bilanzsumme (Anlage- und Umlaufvermögen) der wirtschaftlichen Beteiligungen. Hierbei wird deutlich, dass die anteiligen Verbindlichkeiten rund 30 % der anteiligen Bilanzsumme darstellt.

Abbildung 14

Gesellschaft	Anteil	anteilige Bilanzsumme in Mio. €	anteilige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Mio. €
Beteiligung an wirtschaftliche Unternehmen			
Klinikum Offenbach GmbH	100,0%	235,9	93,0
SOH	100,0%	109,8	1,2
LNO	100,0%	0,5	0,0
GOAB	98,0%	4,0	0,0
OSG	64,5%	0,2	0,0
MainArbeit GmbH	51,0%	0,0	0,0
Sondervermögen mit Sonderrechnung			
EKO	100,0%	4,7	0,0
ESO	100,0%	90,9	51,4
RSW	100,0%	17,3	15,0
Zweckverbände			
ZV Wasserverband Bieber	25,0%	0,0	0,0
ZWO	50,0%	7,8	5,2
Summe		471,1	165,8

8. Abstimmung des Haushaltssicherungskonzepts mit den Leitlinien des Innenministeriums

Die Erläuterung orientiert sich an der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden im Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 3.8.2005 (StAnz. S. 3261).

1. Gesamtausgaben

Wie in Kapitel 2 und 3 dargestellt, entwickeln sich die von der Stadtverwaltung Offenbach beeinflussbaren Kosten seit Jahren unterhalb der Inflationsrate, teilweise effektiv abwärts oder weitgehend seitwärts (Zinsausgaben, Verwaltungs- und Betriebsausgaben, bereinigt um Kosten der Unterkunft). Insgesamt steigend sind die nicht beeinflussbaren Kosten für den Sozialtransfer und die Aufgaben im Jugendbereich wie Kindergärten. Dies wurde im Rahmen des vorliegenden Haushaltssicherungskonzepts mehrfach dargelegt.

2. Personalkosten

Wie in Kapitel 4 erläutert, tragen die Stellenreduzierungen der vergangenen Jahre erheblich zur Konsolidierung der Ausgaben bei. Weitere Streichungen und Umwandlungen sind für die nächsten Jahre geplant. Dabei richtet sich der Fokus nunmehr auf die Senkung bzw. Deckelung der Personalkosten und nicht mehr nur auf die Stellenanzahl.

3. Gebühren und Beiträge

Die Stadt Offenbach hat bereits aus Effizienzgründen einen Großteil der Gebühren- und Beitragshaushalte in Form von Eigenbetrieben und Gesellschaften (ESO, EVO) ausgegliedert, was sich in regelmäßigen Erträgen aus Beteiligungen (2008: 2.686.640 €) und Konzessionserträgen (2008: 6.600.000 €) zeigt. Ein nennenswerter Beitrag für die Haushaltskonsolidierung ist durch Gebührenerhöhung nicht zu erreichen. Nach der Kommentierung zum Kommunalabgabengesetz (KAG) sollen sich die Gebühren nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Benutzer richten. Dies wird in Offenbach umgesetzt. Bezüglich der Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen siehe unten.

4. Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Elternentgelte in Kinderbetreuungseinrichtungen decken zu weniger als 25 % die Kosten. Hiervon müssen zudem noch ca. 50 % gem. § 90 SGB VIII durch die Stadt übernommen werden (siehe auch Kapitel 3.5.1). Die Offenbacher Kita-Gebühren nehmen im Vergleich zu Frankfurt, Wiesbaden und anderen Nachbarstädten bei den Ganztags- und 2/3-Plätzen mit Abstand eine Spitzenposition ein, bei den Halbtagsplätzen liegt Offenbach knapp hinter Wiesbaden und Frankfurt. Eine drastische Gebührenerhöhung zur Kostendeckung des Kindergartenbesuchs ist theoretisch denkbar, würde aber allen sozial- und bildungspolitischen Zielen der Stabilisierung der schwierigen sozialen Struktur und der Integration breiter Teile der Offenbacher Bevölkerung entgegenstehen. Kostendeckende Elternbeiträge für die Kindertagesstätten in Offenbach würden einen erheblichen Teil der Bevölkerung vom Kindergartenbesuch ausschließen. Aufgrund von Vorgaben des Bundes und des Landes (z.B. die BAMBINI- und KNIRPS- Programme) werden die Kosten wahrscheinlich weiter steigen ohne ausreichende Deckung des Landes, des Bundes oder durch Gebühren. Ein Kompensationsplan ist nicht erforderlich,

da in Offenbach lediglich das vom Land Hessen festgesetzte letzte Kindergartenjahr ab 01.01.2007 gebührenbefreit ist und diese Kosten zu 100 % durch Landesmittel gedeckt sind.

5. Freiwillige Leistungen

Auf die Höhe und die Inhalte der freiwilligen Leistungen der Stadt Offenbach ist insbesondere in Kapitel 3.16 eingegangen worden. Sie betragen 2008 knapp 3% an den Gesamtaufwendungen der Stadt. Das absolute und relative Volumen der Gesamtaufwendungen macht deutlich, dass sich die Stadt Offenbach keinesfalls im unangemessenen Rahmen bewegt, sondern lediglich eine Grundförderung leistet und das vorrangig in Bereichen, in denen vor allem freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit in hohem Maße stattfindet. Hier besteht ein zwingender öffentlicher Bedarf für die Wahrnehmung der Aufgabe.

6. Ämterstrukturen

In 2008 stand die Reorganisation des Rechtsbereiches sowie des Kultur- und Sportbereiches im Vordergrund. Im Rahmen der Organisationsentwicklungsprozesse wurden Analysen der Aufgaben und Prozesse durchgeführt. Außerdem wurden in den Schulsekretariaten Aufgabenstruktur und Ablaufprozesse beleuchtet.

7. Kommunale Kooperation

Der Öffentliche Personennahverkehr wird in kommunaler Kooperation (Rhein-Main-Verkehrsverbund – RMV) durchgeführt. Im Bereich der Berufsschulen findet eine Kooperation und Abstimmung mit dem Kreis Offenbach statt. Insgesamt ist die Kooperation mit dem Kreis Offenbach nach Verlagerung der Kommunalverwaltung nach Dietzenbach seitens des Kreises reduziert worden; dies betrifft beispielsweise die früher gemeinsam betriebene Leitstelle der Feuerwehr. Versuche einer verstärkten Kooperation mit Frankfurt zeigten bisher nur begrenzte Erfolge. Die Offenbacher Museen nehmen inzwischen teil an der Frankfurter „Nacht der Museen“, die Bibliotheksausweise der beiden Städte werden gegenseitig anerkannt. Weitere Beispiele der Schaffung von Synergien sind die überörtliche Vermarktung der Rhein Main Region, die gemeinsamen Deponienachsorgearbeiten, die in der RMN Rhein-Main Deponienachsorge GmbH gebündelt werden, der gemeinsame Aufbau von Geodaten, der Regionalpark Rhein Main gGmbH, das Integrierte Verkehrsmanagement Rhein Main sowie die Kulturregion Frankfurt Rhein Main gGmbH.

8. PPP

Im Hinblick auf effiziente und effektive Planung, Durchführung und Abwicklung von Baumaßnahmen werden im Rahmen des Schulsanierungskonzepts Teile der Sanierung im Rahmen eines PPP- Projektes geprüft. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs wurden Prioritäten gesetzt und die Projekte über einen Zeitraum von 10 Jahren gestaffelt.

9. Kreisumlage

Die Kreisumlage ist für die kreisfreie Stadt Offenbach nicht relevant.

10. Anhörung der Bürgermeister

Auch dieser Punkt ist nur für kreisangehörige Kommunen relevant.

11. Nettoneuverschuldung

Das Ziel, ohne Nettoneuverschuldung zu bleiben, wird für das Haushaltsjahr 2009 erreicht.

12. Einzelkreditgenehmigung

Der Regierungspräsident behält sich bei der Genehmigung des Gesamtbetrags der Kredite bereits die Einzelgenehmigung gem. § 114j IV Ziff. 2 HGO vor.

13. Bürgschaften

Bürgschaften der Stadt Offenbach werden anhand strenger Maßstäbe unter Berücksichtigung der aktuellen EU-Rechtsprechung und nur unter der Bedingung der Genehmigung des Regierungspräsidiums vergeben. Grundsätzlich werden Bürgschaften nur an städtische Gesellschaften im Rahmen der Daseinsvorsorge vergeben.

14. Steuerhebesätze

Die Hebesätze liegen deutlich über dem Landesdurchschnitt. Nach Frankfurt hat die Stadt Offenbach mit der Landeshauptstadt Wiesbaden die zurzeit höchsten Gewerbesteuersätze. Eine weitere Erhöhung gefährdet aufgrund gegenläufiger Tendenzen im Umland die positive Entwicklung der letzten Jahre.

15. Haushaltsausgabereise

Die Haushaltsausgabereise werden seit Jahren zur Absenkung des Rechnungsfehlbetrags weitestgehend aufgelöst.

16. Konsolidierungsmaßnahmen

Im Entwurf des Haushaltsplans 2009 wurden die Maßnahmen des vorliegenden Haushaltssicherungskonzepts haushaltsstellenscharf umgesetzt.

9. Fazit

Die **Einnahmen** der Stadt Offenbach werden im Wesentlichen durch zwei Größen bestimmt, die Gewerbesteuer einerseits und den Anteil an den Landessteuern (die allgemeinen Finanzaufweisungen, den KFA) andererseits. Beide Aufkommensarten unterlagen in den vergangenen Jahren deutlichen Schwankungen (2004: insgesamt 122 Mio. €, 2006: 86 Mio. €, 2007: 123 Mio. € - vgl. Abb. 4) und reichten seit 2002 zu einem Haushaltsausgleich nicht aus.

Die Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen muss unverändert höchste Priorität haben. Tatsächlich ist hier der Einfluss der Stadt aber begrenzt. Zwar kann und muss versucht werden, neue potentielle Gewerbesteuerzahler anzusiedeln, ob diese dann tatsächlich Gewinne erwirtschaften und nachhaltig Gewerbesteuer zahlen, ist, wie Offenbach mehrfach erfahren hat, keineswegs sicher.

Auf den Anteil an den Landessteuern hat die Stadt keinen Einfluss. Es muss bedenklich stimmen, dass es seitens des Landes starke Bestrebungen gibt, Mittel des KFA für die Erfüllung landespolitischer Aufgaben einzusetzen und somit den Kommunen zu entziehen. Hinzu kommt die Problematik, dass falls Frankfurt nicht mehr abundant ist, die für Offenbach zur Verfügung stehenden Mittel stark sinken.

Die **Ausgaben** werden ebenfalls im Wesentlichen durch die Entwicklung zweier Ausgabegruppen bestimmt. Es sind die von der Stadt zu erbringenden sozialen Transferleistungen und die Leistungen für den Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Verpflichtung zum Bau und Betrieb von Kindergärten. Die Kosten in beiden Bereichen werden stetig zu einer immer größeren Belastung des städtischen Haushalts, da sie kontinuierlich steigen und die Unterstützung durch Bund und Land bei den laufenden Ausgaben insgesamt rückläufig ist. Beide Kostengruppen werden bestimmt durch gesetzliche Vorgaben, beide Kostengruppen sind durch die Stadt Offenbach nicht zu beeinflussen.

Darüber hinaus belasten zwei wesentliche potentielle Risiken die Haushaltsentwicklung in der Zukunft. Es sind die mit steigender Verschuldungshöhe zunehmenden Zinslasten und der über viele Jahre entstandene Sanierungsstau (z.B. für Strassen und Kindergärten).

Ein **Haushaltsausgleich** ist in Anbetracht der dargestellten Entwicklungen in absehbarer Zeit dauerhaft aus eigener Kraft Offenbachs nicht zu erwarten, da das Defizit strukturell angelegt ist. Die von der Stadt Offenbach notwendigerweise zu erbringenden Leistungen übersteigen auf einen längeren Zeitraum hin die Möglichkeiten der Stadt, entsprechende Einnahmen zu generieren. Eine Besserung durch stark steigende Gewerbesteuereinnahmen ist zumindest kurzfristig nicht wahrscheinlich, eher ist ein Rückgang der KFA bedingten Einnahmen und ein weiterer Anstieg der großen Ausgabepositionen zu erwarten.

Ein nachhaltiger Haushaltsausgleich ist daher abhängig von der Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Soziallasten. Es gibt hierfür grundsätzlich **mehrere Möglichkeiten**:

- eine bundespolitische Lösung: Die Situation Offenbachs ist keineswegs selten oder gar einzigartig in der Bundesrepublik. Der Strukturwandel hat in vielen Regionen Deutschlands Industrien wegbrechen lassen. Bekannte Beispiele hierfür sind neben den Regionen in den neuen Bundesländern viele Städte an der Küste und im Ruhrgebiet. Die Folgen sind weitgehend gleichgerichtet: die Steuereinnahmen der Kommunen sinken bei gleichzeitigem Anstieg der Sozialkosten. Da die Soziallasten

der Kommunen auf gesetzlichen Vorgaben des Bundes beruhen, wäre daher eine **Übernahme der Soziallasten durch den Bund** durchaus konsequent.

- eine landespolitische Lösung wäre z.B. über eine **Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs** (KFA) denkbar. Die heutige Ausgestaltung des KFA (einschließlich des Landesausgleichsstocks) trägt nur in begrenztem Umfang zu einem wirklichen Ausgleich unterschiedlicher Lasten der Kommunen bei. Zwar erhielt Offenbach aus dem KFA 2008 ein Rekordvolumen, als stabile Finanzierungsbasis ist der KFA in der heutigen Ausgestaltung aber nicht geeignet, da er abhängig ist von den Steuereinnahmen des Landes, der Abundanz Frankfurts und gegebenenfalls sonstiger aus dem KFA zu finanzierender Leistungen.
- Auch eine **regionale Strukturreform** als Mittel für eine angemessene Verteilung von Einkünften und Lasten in der Region wurde mehrfach in verschiedenen Varianten diskutiert.

Selbst wenn die grundlegenden Probleme der kommunalen Finanzausstattung und die Lösungsmöglichkeiten alle plausibel erscheinen, ist eine tatsächliche Reform der kommunalen Finanzierung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Bis zu einer nachhaltigen Änderung der Rahmenbedingungen muss die Stadt Offenbach daher den seit 1992 eingeschlagenen Weg fortsetzen. Das zentrale Ziel der kommunalen Finanzwirtschaft (und des Haushaltssicherungskonzepts) ist trotz der genannten Widrigkeiten weiterhin, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das erfordert:

- Verwaltungskosten (im Wesentlichen Personalkosten) zu senken ohne die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen in Frage zu stellen.
- Die Ausgaben für Reparaturen und Sanierungen zu minimieren ohne den Sanierungsstau weiter anwachsen zu lassen.
- Nur in geringem Umfang zu investieren ohne auf die notwendige städtische Infrastruktur zu verzichten (Schulen, Kindergärten, Gefahrenabwehr, Strassen etc.).
- Die freiwilligen Leistungen zu minimieren und trotzdem ein Sport- und Kulturangebot aufrecht zu erhalten, das seitens der interessierten Bevölkerung als akzeptabel angesehen wird (ansonsten ziehen diese für die Stadt wichtigen Bürger weg). Insgesamt ist die Stadt Offenbach verpflichtet, den jetzigen Bürgern Offenbachs kulturell und bildungspolitisch ein Mindestangebot zur Verfügung zu stellen.
- Möglichst kostendeckende Gebühren zu erheben ohne gleichzeitig den Besuch der städtischen Einrichtungen wie z.B. Kindergärten für größere Bevölkerungskreise unerschwinglich zu machen.

Insgesamt steht die Stadt Offenbach auf absehbare Zeit bei jeder Entscheidung über eine Ausgabe vor der Frage, ob der aus der Ausgabe entstehende Nutzen für die Infrastruktur, Kultur, Bildung etc. auch im Sinne der Generationengerechtigkeit größer ist als die daraus entstehenden Lasten, nämlich die Zins- und Tilgungsleistungen. Es sind also trotz defizitärer Finanzlage Maßnahmen einzuleiten, die der Stadt Offenbach und ihrer Bevölkerung mittel- und langfristig Wachstumsperspektiven in relevanten Bereichen ermöglichen. Hiervon profitiert dann auch die nächste Generation, die Straßen, Schulen und Gebäude nutzen kann, deren Wert erhalten worden ist und die in einem lebenswerten, attraktiven und zukunftsfähigen Offenbach wohnt.